

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 1**

(Beginn: 14.11 Uhr - Ende: 21.18 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 13. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße hier im Großen Saal des Gürzenich zunächst unsere Gäste im Zuschauerbereich und alle, die im Livestream die Ratssitzung verfolgen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Meine Damen und Herren, hinter uns liegen in diesem Jahr bisher neun Ratssitzungen mit intensiven Debatten. Es war ein besonderes Jahr, was uns allen viele Herausforderungen beschert hat; ein weiteres Jahr in Zeiten der Pandemie, die auch den kommunalen Gremien viel abverlangt hat. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich im Namen der Kölnerinnen und Kölner bei Ihnen allen für die Ausübung Ihres ehrenamtlichen Ratsmandats, das sehr viele Stunden wöchentlicher Arbeit bedeutet, viel Engagement, viel Herzblut, und dafür, dass Sie auch als Ansprechpartner für die Kölnerinnen und Kölner da sind. Herzlichen Dank für Ihren Einsatz!

Für das nächste Jahr bleibt uns der Wunsch, dass wir uns bald wieder ohne Abstände und Masken zusammensetzen können, aber heute ist es noch nicht so weit, sodass auch der traditionelle Empfang nach der letzten Ratssitzung des Jahres ein weiteres Mal ausfallen muss. Den Kalender des Historischen Archivs für 2022 finden Sie - mittlerweile als traditionelles Weihnachtsgeschenk - daher schon jetzt auf Ihren Plätzen.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu den Formalien. Nach den mir vorliegenden Meldungen sind für die heutige Sitzung entschuldigt: Herr Dr. Akude, Herr Boyens, Frau Dickas, Frau Frebel<sup>1</sup>, Frau Heuser, Herr Jeschka, Herr Kaske<sup>2</sup>, Herr van Benthem und Herr Welter<sup>3</sup>.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Schallehn, Frau Scho-Antwerpes und Frau Roß-Belkner.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind darin gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen unter TOP 4.2 bis TOP 4.4, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 6.1.5, 10.35, 10.36, 11.1 und 12.3. sowie bei den Gremienbesetzungen TOP 17.8 bis 17.12. Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.3 und 16.2.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte sehr.

**Matthias Büschges** (AfD): Vielen Dank für das erteilte Wort. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem Austausch, auch mit der Stadtverwaltung, ziehen wir den Antrag 3.1.14 *Städtebauliche Identität bewahren - Denkmalschutz nicht schleifen* zurück.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen? - Herr Hammer und dann Herr Breite.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin. - Zur Reihenfolge kommen wir ja gleich noch. Ich hätte zu zwei Punkten Anmerkungen: Wir würden gern den Tagesordnungspunkt 10.2 zur Beschlussfassung in den Hauptausschuss im Januar verweisen und den TOP 6.1.5 - das ist die Stellplatzsatzung - in die nächste Ratssitzung verschieben, weil noch nicht alle Bezirke von ihrem Recht, beteiligt zu werden, Gebrauch gemacht haben. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Herr Breite bitte.

<sup>1</sup> Anwesend zu TOP 11.1 und 12.3.

<sup>2</sup> Anwesend zu TOP 11.1 und 12.3.

<sup>3</sup> Anwesend zu TOP 11.1 und 12.3.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 2**

**Ulrich Breite** (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir hatten den Vorschlag unterbreitet, als wir uns mit anderen Fraktionen getroffen haben, dass jeder, um diese Ratssitzung zeitlich zu kürzen, weil wir eine lange Tagesordnung haben, vielleicht auf einen Antrag verzichtet. Dazu ist es nicht gekommen. Wir möchten aber an unserem Vorschlag festhalten, daher vertragen wir unseren Antrag unter 3.1.8 in die Februarsitzung, um die Ratssitzung zu verkürzen. Ich bitte zudem darum, dass auch 10.31 - da geht es um die Innenstadt-Veedel - in die Februarsitzung verlagert wird.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Homann.

**Mike Homann** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bei 10.2 wird die Mehrheit wohl der Verweisung in den Hauptausschuss zustimmen. Wir würden zu Protokoll geben, dass wir das für sehr bedenklich halten. Rondorf Nord-West ist ein sehr großes und wichtiges Bauprojekt. Wir brauchen Wohnungsbau sehr dringend, und wir haben das Thema jetzt schon drei Mal im Verkehrsausschuss gehabt. Wir haben es im Rat schon geschoben; so langsam, glaube ich bzw. wir, sollte dort eine Entscheidung getroffen werden können, weswegen wir diesen TOP ungern in den Hauptausschuss verweisen wollen würden.

Zu TOP 11.1 und 12.3, die wir gemeinsam behandeln werden, beantragen wir hiermit geheime Abstimmung.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja, das hatte ich noch nicht vorgeschlagen, aber das nehmen wir natürlich trotzdem schon einmal zur Kenntnis. - Frau Tokyürek.

**Güldane Tokyürek** (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche hier für die Fraktion DIE FRAKTION und für die Kollegin Gabrysch von KLIMA FREUNDE. Unseren gemeinsamen Antrag unter 3.1.7 möchten wir gern zurückziehen. Sie haben es der Presse entnommen, dass der Beitritt zur Städteinitiative schon erfolgt ist. Ganz

herzlichen Dank! Es ist schön, wenn Anträge schon vor der Besprechung und vor der Beschlussfassung umgesetzt werden. Auch noch einmal an Sie, Herr Egerer, ein Dankeschön, dass Sie das durchgezogen haben. Es ist auf jeden Fall ein sehr guter Weg, dass Köln dieser Städteinitiative beigetreten ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Dann eine Frage an Herrn Homann: War Ihr Vortrag zu Tagesordnungspunkt 10.2 eine Gegenrede zum Antrag? Wenn ja, würde ich darüber jetzt abstimmen lassen.

(Mike Homann [SPD] nickt)

- Das ist der Fall. Wer zuzustimmen wünscht, dass der Punkt 10.2 nicht verlagert werden soll, sondern dass er auf der Tagesordnung verbleiben soll, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, DIE LINKE, Herr Bezirksbürgermeister Giesen, Frau Gabrysch - ich muss das nächste Mal wirklich ein Fernglas haben, mindestens ein Opernglas; es tut mir wirklich leid - und die FDP-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? - Ja, das sind die anderen.

(Heiterkeit)

Ja, das konnte man jetzt sehen. Das war so eine große Mehrheit. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist der Antrag von Herrn Homann abgewiesen und die Verlagerung akzeptiert.

Wir kommen jetzt, meine Damen und Herren, zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich hatte vor, vorzuschlagen, die Tagesordnungspunkte 11.1 und 12.3 gemeinsam unter TOP 11.1 zu beraten; natürlich getrennt abzustimmen, das ist selbstverständlich. Herr Homann hat geheime Abstimmung beantragt. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Bitte sehr, Herr Hammer.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. - Wir beantragen, dass TOP 10.33 - das ist das Einigungsergebnis zur Klimawende - zu Beginn der Vorlagen, also unter TOP 10.0, behandelt wird.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 3**

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Okay. Dann würde ich jetzt, bevor wir über die Reihenfolge der Tagesordnung abstimmen, vorschlagen, dass wir die Behandlung von TOP 11.1 und die geheime Abstimmung so vorziehen, dass ausgezählt werden kann. - Ich versuche einfach, auch zu straffen, nachdem Sie mir bei den Anträgen, wofür ich Ihnen wirklich dankbar bin, entgegengekommen sind, um die Zeit möglichst kurz zu halten. - Unter TOP 10.0? Das könnten wir machen. Dann könnten wir auszählen, und die Sitzung könnte weiterlaufen. Dann haben wir vielleicht einen kleinen Zeitgewinn, wenn wir unter 10.0 die Tagesordnungspunkte 11.1 und 12.3 gemeinsam behandeln. - Herr Hammer.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Entschuldigung, Frau Oberbürgermeisterin. Ich hatte beantragt, den TOP 10.33, die Klimawende, unter 10.0 zu behandeln.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja, dann machen wir es unter 10 minus 1.

(Heiterkeit)

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Gut, okay.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja, das war mir schon bewusst. Also, vielleicht ganz vorne oder direkt nach TOP 10.0.

Gut, dann frage ich noch einmal, ob es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung gibt. - Das ist nicht der Fall.

Um die Sitzungsdauer aus Infektionsschutzgründen insgesamt zu verkürzen, schlage ich vor, die Redezeit auf drei Minuten festzulegen.

Ich frage abschließend, ob es Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt. - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Über einen Änderungsvorschlag haben wir bereits abgestimmt. Gibt es Gegenstimmen, die Tagesordnung jetzt so zu behandeln, wie sie vorgeschlagen wurde? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die geänderte Tagesordnung so beschlossen.

Auch dafür, dass Sie heute auf eine aktuelle Stunde verzichtet haben, bedanke ich mich sehr; das halte ich für sehr angemessen.

Daher komme ich direkt zu:

**2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften****2.1 Annahme dreier Kunstwerke von A.R. Penck als Schenkung  
3701/2021**

Das ist ein Vermächtnis, das Herr Friedrich Paul Hecker dem Museum Ludwig zugedacht hat. Es geht um drei Kunstwerke, die an das Museum Ludwig gehen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion - ich sehe hinten die Damen und Herren nicht, aber sie wahrscheinlich auch -, Frau Gabrysch sehe ich jetzt, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP, Volt, die AfD und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Ich bedanke mich sehr herzlich für dieses Vermächtnis.

(Beifall)

**2.2 Annahme einer Schenkung durch den Künstler Wade Guyton an das Museum Ludwig  
3704/2021**

Auch hier bitte ich diejenigen von Ihnen, die die Schenkung anzunehmen wünschen, um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabrysch, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt, die AfD und Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Ich bedanke mich sehr herzlich bei dem Künstler Wade Guyton für diese Schenkung.

(Beifall)

**2.3 Annahme einer Schenkung durch die Künstlerin Frau Leiko Ikemura  
3269/2021**

Wir haben eine weitere Schenkung durch die Künstlerin Leiko Ikemura; dieses Mal an das Museum Ludwig. Es gibt ja auch sehr viele schöne Dinge von ihr im Ostasiatischen Museum anzusehen. Auch hier bitte ich um Ihr Handzeichen, wenn Sie wünschen, dass diese Schenkung angenom-

### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 4

men wird. - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabrysch, die CDU-Fraktion, die FDP, Volt, die AfD und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch diese Schenkung angenommen, und ich bedanke mich sehr herzlich.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Anträgen. Ich rufe auf:

#### **3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**

##### **3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

###### **3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Masterplan Parken“ AN/2635/2021**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion  
AN/2690/2021**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.  
und von RM Gabrysch (KLIMA  
FREUNDE)  
AN/2691/2021**

Als Erstes gebe ich Herrn Wahlen das Wort.

**Lars Wahlen** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Platz in Köln ist begrenzt. Diese Feststellung ist so trivial, wie sie folgenreich ist. Links eine Häuserwand, rechts eine Häuserwand, und dazwischen tummelt sich das Leben. Da wollen sich nicht nur Auto, Bus, Bahn, Fahrrad und Fußgänger\*innen fortbewegen, sondern da soll auch Platz für sozialen Austausch sein. Außerdem wollen wir auch mal draußen im Café sitzen, und für ein paar Pflanzen soll auch noch Platz sein.

Man muss kein Stadtplaner sein, um zu erkennen, dass diese vielen Ansprüche zwangsläufig zu Flächenkonkurrenz führen werden. Deshalb müssen wir uns überlegen: Was können wir verlagern, um die Situation im öffentlichen Raum zu entspannen?

Genau hier setzt der *Masterplan Parken* an. Denn der Grundsatz muss doch sein: Private Autos gehören auf private Parkplätze. Seit über 80 Jahren müssen beim Bau von Wohn- und Gewerbegebäuden ausreichend Stellplätze für Autos mitgebaut werden. In Kölner Tiefgaragen, Garagenhöfen und Hinterhöfen verbergen sich Zehntausende von Stellplätzen. Es ist deshalb an der Zeit, dass wir diese auch nutzen und dadurch Platz im öffentlichen Raum frei machen - etwa für Fahrradstellplätze.

Wenn Sie sich einmal die vorhandenen Stellplätze - gerade in Wohngebieten - anschauen, dann sehen Sie, dass diese ständig heillos überfüllt sind. Das sieht nicht nur unordentlich aus, das kann auch zu Barrieren auf den Gehwegen führen, insbesondere für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Das können wir aber verhindern, indem wir ein Angebot mit ausreichend Abstellplätzen schaffen.

Meistens ist die Barrierefreiheit aber nicht durch Fahrräder, sondern durch parkende Autos gefährdet. Nur um es einmal deutlich zu machen: Das Parken auf Gehwegen ist bereits jetzt grundsätzlich verboten. Es wurde nur jahrzehntelang toleriert, weil man lieber das Auto direkt vor der Tür haben wollte, als sicherzustellen, dass die Gehwege in Köln für alle Kölnerinnen und Kölner zugänglich sind.

Dass es anders geht, machen Städte wie Karlsruhe gerade vor. Durch das Neuordnen der Parkplätze und Markieren von legalen Stellplätzen wird Übersichtlichkeit und Barrierefreiheit geschaffen.

Aber auch das beste Parkkonzept bringt nichts, wenn die illegal parkenden Autos aufgrund eines angeblichen Parkdrucks vom Ordnungsdienst geduldet werden. Und auch der neue Bußgeldkatalog kann seine Wirkung nur entfalten, wenn er konsequent angewandt wird. Deshalb geben wir dem Ordnungsdienst allgemeine Richtlinien an die Hand, wann illegales Parken geahndet werden muss.

Lassen Sie mich noch kurz auf den Änderungsantrag der SPD eingehen. Dort wird vor allem gefordert, dass wir warten sollen: Warten, bis alle Gremien eingebunden wurden, warten, bis der ÖPNV genug ausgebaut ist. Da stellt sich mir die Frage: Wie gut muss der ÖPNV denn ausgebaut sein? Muss erst jedes Eigenheim in Köln einen eigenen

### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 5

Stadtbahnanschluss haben, bevor wir die Parkplätze auch nur anfassen dürfen?

Jedem hier im Raum ist doch klar, dass diese vorgeschlagenen Maßnahmen nicht von heute auf morgen umgesetzt werden. Die Verkehrswende ist ein Prozess, und viele Prozesse zum Ausbau der klimafreundlichen Verkehrsarten laufen bereits. Sowohl die Verlängerung der Linie 4 als auch die Stadtbahn nach Rondorf haben in letzter Zeit Fortschritte in ihren Prozessen erreicht. Allein im letzten Verkehrsausschuss haben wir sowohl eine Machbarkeitsstudie für ein stadtweites Expressbusnetz beschlossen als auch die Verwaltung beauftragt, komfortable und sichere Radachsen einzurichten.

Auch der Masterplan Parken ist ein solcher Prozess. Ein Prozess, den wir mit unserem Antrag heute beginnen. Deshalb lade ich Sie ein: Seien Sie Teil dieses Anfangs und stimmen Sie für den Masterplan Parken! - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der CDU und bei Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren! Das war ein Beispiel dafür, wie man mit ganz knapp über drei Minuten auskommen kann, direkt als allererster Redner. Vielen Dank dafür.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der CDU und bei Volt)

Jetzt hat Frau De Bellis-Olinger das Wort.

**Teresa De Bellis-Olinger (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jeder, der hier in Köln unterwegs ist - sei es mit dem Rad, im Auto oder zu Fuß -, hat bislang immer Gründe, sich zu beschweren oder über die anderen Verkehrsteilnehmer zu schimpfen. Irgendetwas findet sich immer. Aber was wollen wir mit diesem Antrag zum Masterplan Parken ändern?

Wir wollen den öffentlichen Raum viel besser nutzen. Das ist es, was wir mit den Maßnahmen im Bereich des Parkens, der Parkraumbewirtschaftung und vielem mehr erreichen. Das wird in Kombination mit international bewährten Modellen die

Situation in Köln deutlich verbessern und mittelfristig zu einer breiten Entlastung aller Verkehrsteilnehmer führen.

Um was geht es uns? Grundsätzlich beschäftigt sich der Antrag zur Erstellung des Masterplans Parken mit der Parkraumbewirtschaftung im ruhenden Verkehr und der Reduktion des ruhenden Autoverkehrs im öffentlichen Raum und natürlich mit der Umsetzung der Maßnahmen durch die Verwaltung.

Was sind die wichtigsten Punkte, die wir intensiv mit Anwohnern, Interessenvertretern und internationalen Experten ausgearbeitet haben? Wer meint, es ist nur der Plan, 30 Prozent der innerstädtischen Parkplätze zu vernichten und die Autos aus der Stadt zu vertreiben, der hat nicht genau gelesen oder wollte nicht genau lesen. Denn neben Nachhaltigkeit, Lebensqualität und wirtschaftlichen Aspekten stehen vor allem Aspekte der Digitalisierung, der Stadtentwicklung, des ruhenden Verkehrs und der Barrierefreiheit im Vordergrund. Was in Metropolen wie Wien oder Amsterdam erfolgreich umgesetzt wurde und nachprüfbar gut funktioniert, das sollte auch hier in Köln erfolgreich sein.

Nach dem Wiener Modell sind die ersten 15 Minuten Parken umsonst. Das ist für den Veedel-Einzelhandel eine gute Sache.

Was ist mit Personen wie Handwerker\*innen, Mitarbeiter\*innen von Pflegediensten oder Menschen mit Einschränkungen, die auf ihr Auto angewiesen sind? Sie behalten nach wie vor ihren Sonderstatus und können frei parken.

Der nächste positive Aspekt durch die gleichzeitige Umstellung auf eine Parkraumbewirtschaftung wie in Amsterdam: Das Bezahlen und die Parkplatzsuche werden digital per App funktionieren. So entfallen viele unnütz gefahrene Kilometer, die sonst auf der Suche nach einem Parkplatz anfallen. Die höheren Einnahmen fließen direkt in den schnelleren Ausbau des ÖPNVs und auch in die Schaffung von neuen Quartiersgaragen.

Apropos Garagen: In der Innenstadt gibt es jeden Tag tausende freie Plätze in Tief- und Hochgaragen. Den öffentlichen Raum können wir besser nutzen. Daher sollen auch diese Plätze sinnvoll in den Masterplan Parken integriert werden und die Parkmöglichkeiten von Anwohnenden verbessert werden. Zudem stehen nachts viele Garagen und

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 6**

Parkhäuser bei Schulen, städtischen Einrichtungen und Bezirkseinrichtungen leer, die ebenfalls genutzt werden können. Das gilt insbesondere für die Innenstadtlage.

Aber Köln ist nicht gleich Köln. Die Außenbezirke haben eine komplett andere Struktur und sind daher von unserem Antrag so gut wie nicht betroffen. Hier haben wir ganz klar festgehalten, dass erst Alternativen geschaffen werden müssen, bevor Parkplätze wegfallen.

Um die Situation für Fußgänger und Radfahrer zu verbessern, werden breitere Gehwege angelegt und Parkplätze für Lastenräder und Fahrräder eingerichtet. In den beliebten Einkaufsstraßen wie der Severinstraße, der Maastrichter Straße und Apostelnstraße sowie in einem Abschnitt der Züllicher Straße werden die Parkplätze ganz wegfallen. Wichtig ist dabei: Die Ladeflächen für den Handel bleiben bestehen.

Insgesamt bedeutet das gemeinsam mit den anderen Masterplan-Maßnahmen einen großen Gewinn an Lebensqualität für alle Kölnerinnen und Kölner. Der Plan ist zukunftsweisend. Verbesserungen im Klimaschutz und der Luftreinhaltung werden die Folge sein. Auch das Miteinander von Autofahrern, Fahrradfahrern und Fußgängern sollte damit harmonischer werden.

Wir sind überzeugt, mit den einzelnen und gut aufeinander abgestimmten Masterplan-Vorgaben einen großen Schritt in Richtung eines lebenswerten Kölns zu machen, und wir freuen uns, die einzelnen Schritte mit der Verwaltung gemeinsam umzusetzen. Ich lade Sie alle ein, die Mobilität zukunftsweisend voranzubringen.

Kurz zum SPD-Änderungsantrag, den ich total wirr finde: Das ist ein Sammelsurium aus Festhalten und Nichts-verändern-Wollen sowie Wünschen, die so nicht erfüllbar sind. Das zeigt einfach, dass man die Situation nicht ändern möchte und abwartet. Aber wer abwartet, wird überrollt. Auch das darf man an der Stelle nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich muss Sie jetzt leider daran erinnern, dass die Redezeit schon lange abgelaufen ist, Frau De Bellis-Olinger.

**Teresa De Bellis-Olinger (CDU):** Dann werde ich das berücksichtigen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Danke schön. - Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

**Isabella Venturini (Volt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratsmitglieder! Liebe Zuschauer\*innen hier im Gürzenich und im Stream! Ich habe letzte Woche einen sehr interessanten Artikel im *Kölner Stadt-Anzeiger* gelesen.

(Zuruf)

- Doch, doch, der *Kölner Stadt-Anzeiger* kann schon was.

Ein Interview mit einem Fachexperten für Stadtentwicklung und Urbanität. Auf die Frage, wie Kommunen die soziale und ökologische Transformation finanzieren können, lautete seine Antwort: Deutsche Städte wären gut damit beraten, wenn sie unter anderem erhöhte Parkgebühren einsetzen würden.

Solche Erkenntnisse aus der Wissenschaft und von Fachexperten nehmen wir ernst. Sie sind Grundlage unseres Antrages. Aber auch ohne Wissenschaft sehen wir doch in Köln: Wir haben hier wirklich wenig Platz. Wir sind eine der am dichtesten besiedelten Städte in NRW. Auf einem Quadratkilometer leben 2 675 Menschen. Trotzdem leisten wir uns, 3,2 Quadratkilometer unserer Verkehrsfläche an parkenden Verkehr zu verschwenden.

Es wird also klar, dass wir hier mit unserem Antrag der Stadtgestaltung des 20. Jahrhunderts ein Ende bereiten können.

Zu den Vorwürfen, die man in den letzten Tagen von unseren Kolleg\*innen anderer Fraktionen lesen konnte, dass unser Antrag hier maßlos übertreibt, möchte ich sagen: Ich möchte Sie nur daran erinnern, dass wir inzwischen wissen, dass 40 oder 50 Prozent der Autofahrten in deutschen Großstädten für Strecken genutzt werden, die kürzer als 5 Kilometer sind.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 7**

Und auch der Vorwurf, dass zum Beispiel ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger von den Parkmöglichkeiten ausgeschlossen werden könnten, weil sie digital nicht klarkommen würden - also bitte! Ganz ehrlich: Die meisten älteren Menschen, die ich kenne, kommen mit ihren Smartphones wunderbar zurecht. Außerdem wird es natürlich weiterhin analoge Lösungsmöglichkeiten geben.

Weiterhin zur Beruhigung: Wir wissen, mit so einem Antrag werden nicht von heute auf morgen die ganzen Parkautomaten verschwinden, sondern das ist ein Prozess, und wir werden dabei natürlich alle mitnehmen. Denn wir hier denken auch in diesem Antrag für alle und für jeden mit. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

**Christian Joisten (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines vorweg: Wir haben einen Änderungsantrag gestellt, der sehr deutlich macht, dass wir - auch in diesem vorliegenden Antrag - durchaus richtige Forderungen und sinnvolle Beiträge zur Neuaufteilung des öffentlichen Raums erkennen.

Ein wichtiger Aspekt - das steht gleich in Punkt 1 unseres Änderungsantrags - ist: Lassen Sie uns aber doch so, wie es üblich ist, diese sehr umfangreichen, sehr komplexen Dinge erst einmal ausführlich in den dafür vorgesehenen Gremien beraten, bevor wir hier im Rat eine solche Entscheidung treffen. Deswegen ist unser wichtigster Beitrag mit unserem Änderungsantrag, diese Debatte in den Fachgremien überhaupt erst zu ermöglichen.

Auch wir von der SPD sind der Auffassung und wissen, dass in der Zukunft möglichst viele Menschen auf ihr Auto verzichten sollten und der Umwelt zuliebe lieber auf Bus und Bahn oder Fahrrad oder eben auch auf das Zufußgehen umsteigen sollten. Aber auch wenn wir das getan und erreicht haben, wird es weiterhin eine Notwendigkeit für Parkplätze in unserer Stadt geben.

Bis dahin sind wir - vor allem das Ratsbündnis - in der Verantwortung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Menschen freiwillig nicht mehr mit dem Auto fahren.

Wir müssen weiter am Ausbau - das ist schon genannt worden - des Bus- und Bahnverkehrs arbeiten, wir brauchen mehr Linien, höhere Taktfrequenzen, gerne auch Nachtbusse.

Lassen Sie uns überlegen, wie wir finanzielle Anreize schaffen können, damit die Menschen da draußen auf das Auto verzichten. Möglichst keine weiteren Preiserhöhungen, mehr Jobtickets, und auch über die Einführung von Mietertickets sollten wir mit der Wohnungswirtschaft dringend sprechen.

Wir brauchen bessere und neue Fahrradwege, schnellere Fahrradverbindungen durch die Stadt, sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und so weiter und so fort.

Sie erkennen, wir sind an der Stelle gar nicht so weit auseinander.

Wenn wirklich viele Parkplätze wegfallen sollen, brauchen wir vor allem eine Alternative für die Menschen, die weiterhin auf das Auto angewiesen sind, weil sie vielleicht außerhalb der Stadt in schlecht erreichbaren Regionen arbeiten.

Dafür brauchen wir Instrumente, zum Beispiel Quartiersgaragen. An der Stelle kann ich nur feststellen: Die ehemalige, bisherige Verkehrsdezernentin hat gerade einen Auftrag dieses Rates zurückgegeben wegen angeblicher Undurchführbarkeit eines Modellprojekts. Solange wir da keine kreativen Lösungen finden, können wir doch nicht Parkraum wegnehmen, den wir dringend für die Menschen brauchen, die auf das Auto angewiesen sind.

(Beifall bei der SPD)

Kurzum: Wir sind tatsächlich für die Reihenfolge, zunächst die erforderliche Infrastruktur zu schaffen und dann selbstverständlich nicht nur darüber nachzudenken, den Parkraum im öffentlichen Raum zurückzunehmen, sondern auch zu handeln. Wir sind doch auch dafür, die Stadt lebenswerter und schöner zu gestalten - so wie es eben aus dem Munde der Grünen schon sehr schön hervorging.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 8**

Wir brauchen dabei aber übrigens auch eine Lösung dafür - das ist die Schwäche Ihres Antrags und der Nachteil, wenn man nicht vorberät -, dass wir diejenigen, die als Anlieger im Moment in der KAG-Pflicht wären, nicht zusätzlich belasten. Denn Gehsteigveränderungen bedeuten im Moment Belastungen der Anlieger. Es kann doch nicht der richtige Weg sein, dass wir diejenigen, denen wir vor der Haustür vielleicht den einen oder anderen Parkraum wegnehmen, gleichzeitig dann noch mit zusätzlichen Gebühren belasten. Insofern: Auch da gilt es, vernünftige, durchdachte Lösungen zu finden.

Meine Redezeit ist abgelaufen, deswegen noch einmal die wichtigste Botschaft: Lassen Sie uns das Thema seriös in den dafür zuständigen Gremien beraten! Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu! Er beinhaltet nämlich genau diese Verzahnung mit einigen wichtigen Hinweisen und vor allem auch die Anhörung entsprechender Verbände. Ich glaube, auch das gehört mit zum demokratischen Prozess. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Parken ist ein Dauerthema in Köln, daher finden wir es grundsätzlich gut, dass das Bündnis das Thema aufgegriffen hat und die Verwaltung damit beauftragen möchte, ein umfassendes Konzept zu erarbeiten.

Wichtig ist dabei, der Verwaltung die richtigen Leitgedanken mitzugeben. Und da müssen wir sagen: Zwar geht manches in Ihrem Antrag in die richtige Richtung, vieles aber eben auch nicht. Ich glaube aber, das wundert Sie nicht. Deshalb haben wir auch einen Änderungsantrag dazu gestellt.

Da ist zum einen der Unsinn mit der Brötchentaste. Diese soll in Zukunft elektronisch sein, das Prinzip bleibt jedoch dasselbe. Aber Sie wissen, das ist ein Kompromiss; davon gehe ich aus.

Was ist denn das Ergebnis von 15 Minuten frei parken? Das ist eine Aufforderung, kleine Besorgungen mit dem Auto zu erledigen. Meine Damen und Herren, so wird das mit der Verkehrswende nichts!

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir den Umstieg auf Bus und Bahn und Rad- und Fußverkehr wollen, dann liegt die Rolle des Autos allenfalls bei großen Einkäufen und bei weiten Strecken ohne Schienenalternative. Aber nach Ihren Vorstellungen ist das Auto offenbar das richtige Verkehrsmittel, um zwei Brötchen beim Bäcker zu holen. Das kann nun wirklich nicht Ihr Ernst sein.

Ein zweiter Punkt: Bemerkenswert finden wir den folgenden Satz im Abschnitt *Ordnungsrechtliche Anpassungen*:

Insbesondere soll das Parken auf Gehwegen mit einem Verbleib von weniger als 1,80 Meter restliche Gehwegbreite grundsätzlich mit einem Verwarn- oder Bußgeld geahndet werden.

Meine Damen und Herren vom Bündnis, das Parken auf Gehwegen ist rechtlich nicht zulässig - egal, ob 1,80 Meter oder 2 Meter.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Wenn Sie das Parken auf dem Bürgersteig erlauben wollen, dann seien Sie doch so ehrlich und weisen dort Parkplätze aus. Ihre unehrliche Wischiwaschi-Politik hilft hier überhaupt niemandem. Die Falschparker sollen kein Bußgeld zahlen, aber gleichzeitig wollen Sie vortäuschen, der zugeparkte Bürgersteig sei weiterhin ein Gehweg und nicht durch Ihre Politik ein Parkplatz.

Als dritten Punkt möchte ich darauf hinweisen, dass sich gerade die Bezirksvertretungen bei vielen Gelegenheiten und intensiv mit dem Thema Parken auseinandergesetzt und Beschlüsse gefasst haben. Wir haben in unserem gemeinsamen Änderungsantrag ein Beispiel aus der BV Innenstadt herausgegriffen. Diese Beschlüsse müssen selbstverständlich in einem Masterplan Parken berücksichtigt werden.

Unseren Änderungsantrag könnten Sie entsprechend übernehmen.

(Beifall bei der LINKEN)



**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 9**

Meine Damen und Herren, wir sind der Ansicht, dass Köln dringend ein umfassendes Konzept zum Parken benötigt - nicht später, sondern jetzt. Deswegen werden wir dem Bündnisantrag dennoch zustimmen, weil wir es für erforderlich halten, dass ein Konzept erstellt wird.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Falls Sie unseren Änderungsantrag ablehnen - davon gehe ich aus, denn Sie haben sich dazu überhaupt nicht geäußert -, dann ist das Thema sowohl für uns als Fraktion DIE LINKE als auch, wie ich annehme, für die KLIMA FREUNDE immer noch nicht erledigt. Die Verwaltung wird ein Konzept erarbeiten und vorlegen, wir werden weiter daran arbeiten, die Unstimmigkeiten und den teilweisen Unsinn Ihrer Verkehrspolitik zu bereinigen. Das versprechen wir Ihnen hier!

Ich möchte kurz auf den Antrag der SPD eingehen. Ich hatte ja gesagt, das Konzept muss jetzt kommen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Auch Sie darf ich daran erinnern, Frau Tokyürek, schauen Sie auf die Uhr!

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Ganz kurz, Frau Reker, nur einen Satz.

Der Antrag der SPD geht meines Erachtens in die falsche Richtung. Das Konzept muss jetzt kommen, bitte keine Verweise in etliche Ausschüsse und Expertenanhörungen. Wir müssen jetzt anfangen, für die Verkehrswende in dem Bereich etwas zu tun. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker** Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

**Ralph Sterck (FDP):** Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Masterplan Parken hört sich vielleicht erst einmal ganz gut an, aber ich bin ganz beim Kollegen Joisten: Wo sind die Voraussetzungen für die Maßnahmen, die Sie hier vor-

schlagen? Was ist aus dem Masterplan Quartiergaragen geworden? Es war ein Rohrkrepierer, der an einer unwilligen oder unfähigen Fachverwaltung gescheitert ist.

Herr Kollege Wahlen, wenn Sie auf private Parkplätze verweisen: Gerade die Stellplatzsatzung, die wir heute verwiesen haben, schmiltz die Pflicht entsprechend ab, diese Parkplätze auch im privaten Raum zu schaffen. Und wo ist Ihr Masterplan für den ÖPNV-Ausbau? Wie viele Kilometer Schiene sind in den 21 Jahren Ihrer Kölner Mehrheitsbeteiligung in Betrieb gegangen, im Bau oder wenigstens umsetzungsreif, liebe Grüne Fraktion? Die Entlastung für den öffentlichen Personennahverkehr in diesem Bereich kommt erst Mitte der 30er-Jahre. Doch schon jetzt werden den Autofahrerinnen und Autofahrern schnell die Daumenschrauben angelegt und Parkplätze massiv vernichtet.

Köln ist eine Bürgerstadt mit engen Straßen. Schauen wir uns in der Innenstadt um, in Quartiersbereichen, in Ehrenfeld, in Mülheim, aber auch im sogenannten Außenbereich, in Junkersdorf, in Rath/Heumar - überall enge Straßen. Und jetzt schlagen Sie vor, dass bei Gehwegen mit weniger als 2 Metern Breite das Parken entfallen soll.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Genau!)

Woher kommt diese Zahl? Bisher hatte ich immer 1,50 Meter als das Wunschmaß angesehen. Ich habe mir, als ich zuhause losgefahren bin, tatsächlich angeschaut, wie breit die Gehwege in unserem neuesten Wohnquartier, dem Clouth-Quartier, sind. Kollege Hammer, Sie haben sie bestimmt mitgeplant: 1,88 Meter. Also, selbst im gesamten Clouth-Quartier müssten die Parkplätze wegfallen, weil noch nicht einmal unser neuestes Wohnquartier Ihren Ansprüchen gerecht wird. Da frage ich mich: Wo ist die CDU gewesen, dass Sie es noch nicht einmal geschafft haben, diese Zahl aus diesem Antrag hier herauszuverhandeln?

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Zwei Meter ist wirklich Luxus, ja. Wenn sich zwei Zwillingsskinderwagen begegnen, können sie diesen Platz brauchen, ansonsten muss man schon mal aufeinander Rücksicht nehmen. Da muss schon mal der eine oder andere warten oder ausweichen. Das ist auf einer engen Straße mit zwei

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 10**

Autos, die sich entgegenkommen, auch nicht anders. Das ist § 1 der Straßenverkehrsordnung: die gegenseitige Rücksichtnahme.

Und wenn in den Medien prognostiziert wird, dass durch diesen Beschluss heute 15 000 Parkplätze wegfallen, dann ist darin ein kleiner Denkfehler; denn das ist ja nur der Bereich, der heute bewirtschaftet ist. Ich glaube, wir gehen eher in Richtung 150 000 Parkplätze,

(Heiterkeit bei Lino Hammer [Bündnis  
90/Die Grünen] und Niklas Kienitz  
[CDU])

die in Köln dadurch wegfallen können. Wenn der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer, Garrelt Duin, das Aktionismus nennt, dann wissen Sie, was Sie der Wirtschaft damit antun.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Deswegen können wir dem SPD-Antrag leider nicht zustimmen. Es stehen zwar gute Weiterentwicklungen darin, aber gerade diese Zwei-Meter-Regel wird nicht ausgehebelt. Deswegen werden wir gegen diesen Änderungsantrag stimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Busch das Wort.

**Philipp Busch** (AfD): Ich würde es aufgrund der Zeit und der Pandemie dann - -

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Danke. - Wollen Sie den Redebeitrag zu Protokoll geben?

**Philipp Busch** (AfD): Ich dachte, das hätten Sie so verstanden, weil Sie schon danke gesagt hatten.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja.

**Philipp Busch** (AfD): Ich habe es hier fertig und bringe es direkt nach vorn.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja, danke. - Frau Syndicus.

**Karina Margareta Syndicus** (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer und Zuschauerinnen! Wir werden uns hier bei diesem Antrag enthalten, denn es geht uns einfach schlicht nicht weit genug. Wir brauchen noch eine klare Jahreszahl, wann dieses Konzept umgesetzt wird. So, wie es jetzt formuliert ist, öffnet dies den Spielraum, die ganze Umsetzung auf Jahre hinauszuzögern. Wir wissen doch alle: Wenn es keine konkreten Jahreszahlen gibt, dann dauert es ewig, bis die Umsetzung erfolgt. Hier können und wollen wir aber nicht mehr warten.

Zum Thema Digitalisierung: Die Kölner Parkplätze sollen in einer App verwaltet werden. Getreu der Losung *public money, public data, public code* ist die Stadt alleinige Herrin aller Daten. Eine gänzliche und ausschließliche Digitalisierung der Parkraumbewirtschaftung empfinden wir aus Sicht der Barrierefreiheit als nicht zielführend. Nicht jeder Mensch besitzt ein Smartphone.

Lieschen Müller wollen wir ihren Parkplatz nicht wegnehmen, aber den ganzen *Stehzeugen*, die städtischen Raum für sich beanspruchen und benutzt werden aus Faulheit oder mangelndem Interesse am Klima, schon.

Die Brötchentaste, also kostenfreies Parken in den ersten 15 Minuten, lädt dazu ein, eben doch die kurzen, unnötigen Wege mit dem Auto zurückzulegen und von Shop zu Shop zu hoppen.

Euer Konzept sieht bislang wenige Straßen vor, in denen die Parkraumbewirtschaftung neu aufgezogen wird. Aber auch hier fehlt wieder eines: ein konkretes Datum. Kölner Gehwege, die schmalere als 1,80 Meter sind, sollen bis Ende 2028 verbreitert werden. Halbseitiges Beparken von Gehwegen wird bis Ende 2025 komplett aufgehoben, das Parken auf Grünbereichen und Baumbeeten 2025. Und illegales Beparken von Grünflächen im öffentlichen Straßenraum wird durch entsprechende Maßnahmen einfach nicht mehr möglich gemacht.

Faires Parken - super! Aber auch hier wieder: Wo ist das Datum? Wieso haben wir nicht den Mumm, ganz klar zu sagen: Hey, Hans-Dieter, ab 2025

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 11**

darfst du nicht mehr halb auf dem Bürgersteig stehen! Und die Mittelallee kannst du auch vergessen! Park da, wo ein Rechteck gemalt ist! Siehst du kein Rechteck, parkst du da nicht!

Wir haben zahlreiche versiegelte Flächen und Parkplätze in privater Hand. Ja, hier sollen Gespräche geführt werden. Ich wiederhole mich: Wann? Wo ist das Datum? Wir wollen doch schnell Ergebnisse sehen, um dann handeln zu können. Lasst uns die Autos - und noch sind sie ja nun mal da - schnellstmöglich übereinander stapeln und von den öffentlichen Straßen entfernen. Wieso hat Blech mehr Rechte, öffentlichen Raum zu nutzen, als Personen, die diesen nachhaltig gestalten? Liebe Grüße Richtung Eifelwall. Uns ist bewusst, dass es ein erheblicher Mehraufwand ist, klare Jahreszahlen ins Auge zu fassen, aber nur so kann ein transparentes Umgestalten der Stadt stattfinden. Es ist niemandem geholfen, dies offen zu lassen. Herr Kraft sollte Bescheid wissen, dass seine Überlegung, einen Zweitwagen anzuschaffen, kontra ausfallen müsste. Frau Weber sollte nach ihrer Ausbildung klar sein, dass es sinnvoller ist, mit dem ÖPNV in die Stadt zu fahren. Wird die Stadt zu unattraktiv für Autos? Ganz klar: Ja! Es geht hier aber um Menschen und nicht um Autos.

Und lieber Herr Sterck: Es stimmt, in den Clouth-Werken sind die Gehwege nur 1,88 Meter breit, da parkt aber auch jeder draußen anstatt in der dafür vorgesehenen Tiefgarage. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

**Nicolin Gabrysch** (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank. - Kann man mich von hier hinten hören? - Danke. Aus Zeitgründen erspare ich allen das Geclapper meiner Schuhe auf dem Weg nach vorn und wieder zurück.

Es wurde meiner Meinung nach eigentlich auch schon alles Relevante gesagt, wem hier von den Vorrednern die KLIMA FREUNDE zustimmen und wem eher nicht. Ich denke, das dürfte jedem klar sein.

Ich möchte nur ganz kurz zwei Dinge ergänzen, die mir hier in den Aussagen wieder gefehlt haben

und die ich auch gern jedes Mal wiederhole. Wenn es darum geht, zu fordern, dass Innenstädte, gerade Hauptstädte, autofrei werden, und wenn es darum geht, zu sagen, dass 15 Minuten frei parken, also die Brötchentaste, oder auch Ausnahmeregelungen, Befreiungen von den Parkgebühren für Anwohner\*innen und Besucher\*innen, die Verkehrswende verhindern und eher dafür sorgen, dass die Menschen an ihren Autos festhalten, anstatt endlich umzusteigen, dann geht es immer darum, dass selbstverständlich diesen 10 bis 15 Prozent der Menschen - die Handwerker\*innen, Pflegedienste usw. -, die vor allem im Moment noch auf das Auto angewiesen sind, da es noch keinen alternativen Verkehr im Sinne von ÖPNV-Ausbau hinreichend gibt, sowohl die Zufahrt als auch das Parken weiterhin gewährt werden sollen. Das wird hier immer wieder unterschlagen.

Dann möchte ich noch eine Sache hinzufügen - auch das wird irgendwie immer wieder ins Gegenteil verkehrt -: Es gibt längst Studien, die belegen, dass der Einzelhandel vor allem davon profitiert, dass nicht Autos vor der Tür parken können, sondern Fahrräder, und dass Menschen in den Fußgängerzonen zum Einzelhandel, zum Shoppen zu Fuß, mit dem Fahrrad - jedenfalls ohne motorisierten Individualverkehr - kommen. - Danke.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich lasse dann über die Anträge abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN und der KLIMA FREUNDE, dann über den Änderungsantrag der SPD und anschließend über den Ursprungsantrag, in welcher Fassung auch immer Sie ihn dann beschlossen haben werden.

Wer wünscht, dem ersten Änderungsantrag, also von LINKE und Frau Gabrysch, zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN und Frau Gabrysch. Enthaltungen? - Es enthält sich Die FRAKTION und sonst niemand. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich und Die FRAKTION. Dann ist der Antrag abgelehnt.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 12**

(Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE] meldet sich und steht auf, wobei etwas von ihrem Tisch fällt)

Frau Gabrysch, was haben Sie gemacht? Sind Sie hingefallen? Nur hingefallen? *Nur* ist gut. Aber Sie haben sich nicht verletzt, hoffe ich.

(Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE]:  
Nein, nein, ich wollte mich nur enthalten!)

Sie wollten sich enthalten? - Frau Gabrysch enthält sich. Das war deutlich. Danke schön.

(Beifall)

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD, der FDP und der AfD. Enthaltungen? - Die FRAKTION enthält sich. Das nächste Mal mit Fernglas hier. Dann ist es so beschlossen. Vielen Dank.

(Beifall)

**3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP betreffend „Kostenheranziehung für Pflege- und Heimkinder durch das Jugendamt abschaffen“  
AN/2615/2021**

Ich gebe Herrn Dr. Heinen das Wort.

(Mike Homann [SPD]: FDP! Frau Hoyer zuerst! Wir würden die FDP zuerst sprechen lassen!)

Gut, die FDP entscheidet wahrscheinlich selbst darüber, wer sie vertritt. - Frau Ruffen.

**Stefanie Ruffen** (FDP): Wir haben das nicht selbst entschieden, wir haben das so ausgemacht. Danke an die SPD und DIE LINKE, dass Sie mich zu unserem gemeinsamen Antrag für alle reden lassen.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir stellen heute gemeinsam hier den Antrag, Kinder und Jugendliche, die der Jugendhilfe unterstehen, nicht weiterhin gegenüber den Kindern, die in ihren Familien leben, zu benachteiligen. Wir stellen vielmehr einen Antrag, der Kinder und Jugendliche ermutigt, sich für ein selbstbestimmtes Leben einzusetzen.

Unserem Antrag können Sie die formale Begründung entnehmen, warum Kinder und Jugendliche unter der Jugendhilfe unserer Meinung nach keine Abgaben an das Jugendamt leisten sollten, wenn sie denn zum Beispiel einem Schülerjob nachgehen. Das brauche ich hier nicht mehr vorzulesen. Im Jugendhilfeausschuss wurde von der Verwaltung noch begründet, dass man die Kinder und Jugendlichen aus erzieherischen Maßnahmen zur Kasse bitten würde. Ich würde Ihnen heute gern ausnahmsweise einen Einblick in unsere persönliche Situation gewähren, die zeigt, dass das nicht wirkt und zudem noch sehr unfair ist.

Wir haben zwei leibliche Söhne und einen Pflegesohn. Alle drei bekommen ein auskömmliches, aber nicht üppiges Taschengeld. Sie bekommen Obdach, Kleider, Nahrung, Urlaube und andere Dinge in gleichem Maße von uns bezahlt. Wenn sie jedoch noch etwas extra haben möchten, um den zweiten oder dritten Besuch im Phantasialand leisten zu können oder mit Freunden öfter essen gehen zu können, dann sollen sie dafür arbeiten, dann sollen sie sich dieses Geld selbst verdienen, also mit Schülerjobs ihr Taschengeld aufbessern. Unsere leiblichen Söhne, die diese Form der Erziehung von Anfang an genießen konnten, dürfen dann alles behalten. Unser Pflegesohn, der ohnehin schon in einer etwas schlechteren persönlichen Situation ist, sollte bis Mitte letzten Jahres 75 Prozent seiner Einkünfte und jetzt immerhin noch 25 Prozent abgeben. Sie können gar nicht glauben, wie gut Kinder im Prozentrechnen werden, wenn es sie persönlich betrifft.

(Beifall bei der FDP)

Die Frage *Warum muss ich etwas abgeben und die anderen nicht?*, konnte ich ihm bisher nicht beantworten. Wir persönlich hätten das ausgeglichen, aber das kann nicht jede Pflegefamilie. Kinder, die in einem Heim leben, haben niemanden, der so etwas ausgleicht. Was soll also daran erzieherisch sein, wenn ich einem Kind sage: *Du bist ohne eigene Schuld auf den Staat angewiesen, und wenn du versuchst, Eigeninitiative zu ergreifen, wirst du dafür bestraft?*

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Kinder in der Jugendhilfe haben sich ihr Schicksal nicht selbst ausgesucht. Kinder in der Jugendhilfe haben auch keine Chance, außer durch ein entsprechendes Alter, aus dieser herauszukommen.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 13**

Kinder in der Jugendhilfe werden auch als junge Erwachsene in den seltensten Fällen Hilfe von ihren Familien bekommen. Kinder in der Jugendhilfe werden später vermutlich auch nichts erben. Warum geben wir ihnen nicht die Chance, früh zu lernen, dass eigenverdientes Geld Vorteile schafft und die Möglichkeit zur Rücklagenbildung eventuell den Einstieg in ein selbstbestimmtes Leben bietet?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da selbst die Verwaltung nicht weiß, wie viel Geld mit wie viel Aufwand hier eingetrieben wird, könnten wir allen Kindern in Pflege und Heimen mit diesem Antrag heute ein Weihnachtsgeschenk bereiten. Also stimmen Sie doch zu!

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich habe das richtig verstanden: Frau Ruffen hat auch für die Fraktionen der SPD und der LINKEN gesprochen. - Dann hat jetzt Herr Dr. Schlieben das Wort.

**Dr. Helge Schlieben (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf jetzt für Grüne, Volt und CDU hier sprechen und möchte den Antragstellern, insbesondere der FDP, die auch die Initiative im Jugendhilfeausschuss ergriffen hat, für die Initiative und den Antrag danken. Wir als Bündnis würden uns gerne im Jugendhilfeausschuss und im Finanzausschuss noch einmal über Details unterhalten - denn auch die Mitteilung der Verwaltung lässt noch die eine oder andere Frage offen - und würden deshalb eine Vertagung vorschlagen und wären natürlich froh, wenn sich die Antragsteller und die Initiatoren dem anschließen könnten. Der JHA tagt, glaube ich, schon am 24. oder 25. Januar. Das ist sicherlich eine überschaubare Zeit und wäre ein schönes Neujahrsgeschenk, liebe Stefanie Ruffen, wenn wir denn übereinkommen würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielleicht würde ich, bevor ich die beiden anderen

Wortmeldungen von Herrn Busch und von Frau Gabrysch höre, die Verwaltung bzw. Herrn Voigtsberger bitten, die Rechtslage mitzuteilen, damit wir hier nicht als hartherzig wirken.

(Zuruf: Verdient hartherzig!)

**Beigeordneter Robert Voigtsberger:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So nachvollziehbar sicherlich der gänzliche Verzicht auf die Kostenheranziehung von jungen Erwachsenen, Pflege- und Heimkindern ist, ist es aus Sicht der Verwaltung Aufgabe des Gesetzgebers, diese Entscheidung im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz zu korrigieren. Dazu haben die Parteien im Koalitionsvertrag bereits vereinbart, dass Heim- und Pflegekinder eigene Einkünfte zukünftig komplett behalten können/sollen. Der Bund soll deshalb aus unserer Sicht auch die fiskalische Entlastung der Kommunen regeln.

Vielleicht als zusätzliche Ergänzung: Im Einzelfall gibt es bereits jetzt Gestaltungsspielraum, den auch die Stadt Köln im Übrigen bereits großzügig anlegt. Von der Heranziehung zum Kostenbeitrag soll im Einzelfall ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn sonst Ziel und Zweck der Hilfe gefährdet würden oder sich auch aus der Heranziehung eine besondere Härte ergeben würde.

Nach § 94 Abs. 6 SGB VIII bleibt im Übrigen folgendes Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit innerhalb eines Monats von dem Kostenbeitrag unberücksichtigt: Das ist einmal Einkommen aus Schülerjobs oder Praktika mit einer Vergütung bis zur Höhe von 150 Euro jährlich,

(Zurufe: Jährlich!)

Einkommen aus Ferienjobs, Einkommen aus der ehrenamtlichen Tätigkeit oder 150 Euro monatlich als Teil einer Ausbildungsvergütung.

Weil Frau Ruffen das eben auch noch angesprochen hat: Die Frage, welche Kosten für junge Volljährige konkret herangezogen werden, lässt sich - wie Sie schon richtigerweise gesagt haben - nicht ohne Weiteres beantworten, weil bei dem Jugendamt bezüglich der Kostenheranziehung nicht zwischen den Zielgruppen differenziert wird. Das gilt ebenso für die Frage, welche Ressourcen

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 14**

konkret für die Kostenheranziehung für diese Zielgruppe genutzt werden und welcher Verwaltungsaufwand dem gegenübersteht,

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

weil wir natürlich auch mehrere Kostenheranziehungen beispielsweise von Eltern oder auch anderen Kommunen im Rahmen des Interessenwahrungsgrundsatzes haben.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das SGB VIII gilt also auch für Köln.

Ich habe jetzt Herrn Busch und Frau Gabrysch auf der Rednerliste. Anschließend haben sich noch Frau Ruffen und Herr Breite gemeldet.

**Philipp Busch (AfD):** Frau Oberbürgermeisterin! Ich würde hier tatsächlich auf das Wort für Frau Ruffen verzichten, wenn das möglich ist, weil der Antrag so gut ist, dass wir ihm auch zustimmen würden. Ich habe zwar vernommen, dass das Bundes- und Landesrecht ist, aber vielleicht kriegt man die Kuh irgendwie anders vom Eis, indem sich der Rat irgendwie an Bund oder Land mit der Bitte wendet, dass hier etwas geschieht. Es kann nicht sein, dass diejenigen, die leisten wollen, dafür auch noch bestraft werden. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Gabrysch.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Ich ziehe zurück.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Ruffen.

**Stefanie Ruffen (FDP):** Ich danke, dass ich dazu noch einmal reden darf. Herr Voigtsberger hat es richtig ausgedrückt, aber ich glaube, man kann das missverstehen. Wir als Kommune haben die Möglichkeit, zu entscheiden, ob wir die Jugendlichen heranziehen oder nicht und in welchem Maße.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Es gibt genug Kommunen, die das nicht ausschöpfen. Wenn Sie bis heute nicht sagen können, wie viel da von wem und mit welchem Aufwand eingezogen wird, dann frage ich mich, wovüber wir in irgendeinem Ausschuss diskutieren sollen. Das ist mir wirklich ein Rätsel, was wir hier machen.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der LINKEN und der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann sollten wir jetzt vielleicht das Abstimmungsverfahren ordnen. Es wurde eben zwischen den Zeilen auch ein Geschäftsordnungsantrag, auf Verweisung, gestellt. Herr Dr. Schlieben, habe ich Sie richtig verstanden?

**Dr. Helge Schlieben (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin, dass Sie zwischen den Zeilen lesen können, weiß ich, aber das sollte ein Verweisungsantrag in den Jugendhilfeausschuss und in den Finanzausschuss sein. Das an der Stelle bitte noch einmal ganz deutlich von mir formuliert.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Danke schön. - Entscheiden soll der Finanzausschuss oder der Jugendhilfeausschuss? – Bestimmt der Jugendhilfeausschuss, da er doch besondere Befugnisse hat.

**Dr. Helge Schlieben (CDU):** Das ist eine gute Frage. Wenn Sie mich so fragen, entscheiden wir in Zukunft besser alles im Jugendhilfeausschuss. Aber das war nicht die Frage, die Sie gestellt hatten.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das ist doch eine klare Aussage. Dann lasse ich zunächst über diesen Verweisungsantrag in den Jugendhilfeausschuss abstimmen. Der Finanzausschuss wird selbstverständlich beteiligt - wie an vielen anderen Entscheidungen. Gibt es Gegenstimmen? - Von den Fraktionen SPD, DIE LINKE,

### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 15

FDP, AfD und von Frau Gabrysch. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist verwiesen.

Frau Ruffen, natürlich hat die Verwaltung auch den Auftrag angenommen, die Zahlen bereitzuhalten.

(Zuruf)

- Mit glauben hat das nichts zu tun. Aufträge des Rates werden von der Verwaltung erfüllt, wenn es irgendwie möglich ist.

(Vereinzelt Beifall)

#### **3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Der kluge und bedachte Umgang ist die Lösung für Corona und nicht Panik und Aktionismus der Stadtverwaltung“ AN/2627/2021**

Bitte sehr.

**Matthias Büschges** (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Geschätztes Publikum vor dem Livestream! Corona ist seit knapp zwei Jahren Alltag in Deutschland, und Menschen können sich an alles gewöhnen, so auch an Masken. Was sich aber nicht ändern wird, ist das kritische Hinterfragen von Aussagen und Verordnungen, die nicht nachvollziehbar sind. Corona wird uns weiterhin begleiten. Professor Dr. Drosten sagt dazu, dass das Virus endemisch wird. Das bedeutet, dass durch leichte Infektionen und leichte Verläufe die Bevölkerung langsam immunisiert. Wir werden also mit Corona leben müssen. So weit und so verständlich.

Der Punkt, den wir hier setzen wollen, ist, dass wir nicht mit Panik oder Angst spielen dürfen. Köln soll Vorreiter werden im Verständnis von und mit Corona. Wo bleibt der kühle Kopf der Stadtspitze, wenn er gebraucht wird? Anstatt sich mit diesem Thema intensiver zu beschäftigen, fehlen hier klare Worte. Ein *Wir schaffen das!* oder *Bald ist es überstanden!* gibt den Menschen Hoffnung, und Hoffnung ist genau das, was die Menschen jetzt brauchen. Die aktuellen Zahlen und Ansteckungen verheißen für viele nichts Gutes. Aber wenn man den Berichten - zum Beispiel denen am 12.11. zum Super-Spreader-Event Karneval in Köln - folgt, müsste das Virus 14 Tage danach spätestens alle Kölnerinnen und Kölner erreicht

haben. Das war nicht der Fall. Vielmehr gab es keine - so nenne ich es mal übertrieben - nennenswerte Überansteckung, die eigentlich attestiert worden ist.

Das zweite Event, welches auch vom jetzigen Gesundheitsminister und Talkshowbeauftragten der SPD Karl Lauterbach stark kritisiert wurde, war das Spitzenspiel Mönchengladbach gegen den 1. FC Köln. Meine Damen und Herren, wo bleiben denn die 50 000 Corona-Infizierten, die dieses Spiel eigentlich hinterlassen sollte?

Meine lieben Kollegen, wir müssen gerade in einer Zeit, in der Politik so kritisch hinterfragt wird wie noch nie zuvor, authentisch bleiben und Verordnungen oder Gesetze beschließen, die für die Menschen nachvollziehbar sind. Die Maskenpflicht in der Innenstadt zum Beispiel ist eine solche Verordnung, die unsinnig erscheinen kann. Wenn man den Studien traut - wie der Berkeley-Studie oder der Studie des irischen Gesundheitsministeriums HPSC, die bestätigt, dass 0,1 Prozent der Ansteckungsfälle draußen stattgefunden haben -, wie wollen wir den Menschen denn glaubhaft erklären, dass sie draußen eine Maske tragen sollen?

(Beifall bei der AfD)

Wir sind zum Beispiel der Überzeugung, dass wir, wenn wir alle hier in diesem Gremium nur getestet wären, wir also einen Nachweis über den aktuellen, in diesem Moment aufgenommenen Gesundheitsstatus haben, nicht im Gürzenich sitzen müssten und auch im Rat ohne Maske und Plexiglasscheiben sitzen könnten. Der aktuelle, in dem Moment des Eintritts aufgenommene Gesundheitsstatus wäre für uns das Mittel der Wahl, Corona einzudämmen und zu besiegen. Das hat nämlich den ganzen Sommer über gut funktioniert - ohne Impfpflicht oder weitere Maßnahmen. Machen Sie sich ehrlich und stimmen Sie unserem Antrag zu!

Frau Blome und der Krisenstab sollen zu einem kritischen Umdenken aufgefordert werden - weg von unverhältnismäßigen, unverständlichen Maßnahmen hin zu einer Politik der nachvollziehbaren Entscheidungen. Lassen Sie uns gemeinsam als Rat ein Zeichen nach Düsseldorf und Berlin schicken! Bundeskanzler Scholz, der davon ausgeht, dass Corona nicht Familien spaltet, irrt sich gewaltig. Corona spaltet. Angstmacherei und Panik spalten. Maßnahmen, die keine sind, spalten.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 16**

(Unruhe)

Wir als Innovationsmotor auch in diesem Stadtrat - hören Sie doch zu! - kritisieren die Einschränkung von Gesunden und eine drohende Impfpflicht massiv. Mit etwas über 1 Million Menschen in Köln haben wir eine besondere Bedeutung in diesem Stadtrat.

(Unruhe)

Wir vertreten alle Kölnerinnen und Kölner - wir und Sie auch. Diese Gemeinsamkeit müsste uns alle anspornen, dass wir miteinander streiten.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Büschges, die Redezeit ist abgelaufen.

**Matthias Büschges (AfD):** Ich bin sofort fertig.

Lassen Sie uns gemeinsam dieses Thema aus den Familien holen und in diesem Gremium diskutieren. Meine Damen und Herren, deswegen freue ich mich über eine anregende Diskussion zu diesem Thema und die Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt

**3.1.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Kalkberg-Ruhe in Frieden“ AN/2601/2021**

Ich gebe Herrn Wortmann das Wort.

**Walter Wortmann (Die FRAKTION):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne einmal mit einer Überschrift, die da heißt *Der Duveschlag am Monte Tremoloso*. Im idyllischen Dreieck zwischen Messe, Kalk und Buchforst liegt er: der

Kalkberg. Stolz ragt er mit 80 Metern über dem Meeresspiegel in den Himmel und wackelt gut geschützt, mit einer millionenschweren Erdschicht bedeckt und einem monströsen Bauwerk gekrönt vor sich hin und wartet auf die göttliche Eingebung der Kölner Verwaltung. Aber der Gedenkort der Geldvernichtung, der Stümperei, der Kumpanei, der Inkompetenz braucht eine würdevolle Umwidmung. Er braucht ein kleines Wunder. Der sichere Weg wäre, ihn abzutragen und Gras darüber wachsen zu lassen. Aber das kostet - Schätzung: 250 Millionen Euro und mehr. Diese Asche brauchen wir für Visionen, für die Oper, für Kulturfirlefanz und irgendwann sicherlich auch für die Bildung.

Aber zurück zu unserer Idee und einer sinnvollen Neuwidmung des toxischen Wackelpuddings. Als wir neulich den Kalkberg unerlaubt bestiegen haben, kreisten Tauben um das krönende Gebäude und uns kam eine Idee bzw. eine Eingebung, die wir Ihnen heute mit diesem Antrag vorstellen.

Die Taube, die Columba als Metapher für die Nutzung des Gebäudes auf dem Kalkberg: hinein- und herausfliegen wie die Rettungshubschrauber, nur friedvoller und leiser. Ein Symbol für einen Ort der Ruhe, des Gedenkens und des Vergessens inmitten eines wunderbaren friedlichen Friedensparkes. Bitte die markierten Wege nicht verlassen, es besteht Versumpfungsgefahr!

Ich gehe heute sogar so weit, Sie in die Zukunft schauen zu lassen, indem ich Ihnen prophezeie, dass der Kalkberg nur der Anfang eines Reigens ist, dem Markt der Columbarien in gedenkenswerten und denkmalgeschützten Gebäuden dieser Stadt auf die Sprünge zu helfen. Anstatt solche Gebäude willkürlich ihrem Schicksal zu überlassen, sie an die Abrissbirne heranzuführen oder deren Fassaden für potemkinschen Protz zu nutzen, wollen wir sie der Stadt erhalten und sie gewinnbringend dem Bestattungsmarkt zuführen - eine echte Win-win-Lösung. So scheint es aus Sicht der Fachleute beim *Weiter so!* zu bleiben, wenn ich in die 98 Seiten starke Broschüre *Kulturraum Friedhöfe 2025* schaue. Hier werden auf 64 Friedhöfen und 500 Hektar Fläche die Toten im Kisten- und Pittermännchen-Format unter zigtausenden erdverdichtenden Grabplatten, wärmespeichernden Gedenksteinen und Protz-Mausoleen verbuddelt. Jedes Jahr verschwinden 8.500 neue Marktteilnehmer unterirdisch.



**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 17**

Klar ist die Wertschöpfungskette des Erdgrabens deutlich lukrativer für die Kuckelkörnchen dieser Welt. Möglicherweise ist das auch der Grund, aber wir wollen hinaus aus den Löchern und hinein ins Fach. Denn für die Stadt lohnt es sich allemal. Sie erhält gedenkenswerte, denkmalgeschützte Kleinode, entzieht sie dem Griff geldgeiler Spekulanten und wirft mit guten Gebühren und langfristigen Verträgen ordentliche Einkünfte ab.

Deshalb zur Sache: Machen Sie mit und beginnen wir heute gemeinsam mit dem Superlativ eines Giga-Columbariums auf dem Kalkberg. Da wird für den einen oder die andere ein Plätzchen drin sein. - Danke sehr.

(Beifall bei der FRAKTION)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Die FRAKTION und Frau Gabrysch. Gibt es Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

**3.1.5 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Startups fördern“  
AN/2604/2021**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion  
AN/2694/2021**

Ich gebe Herrn Weber das Wort.

**Florian Weber (CDU):** Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Köln ist bei der Bewältigung der Corona-Pandemie immer wieder vorangegangen und hat die Krise, speziell im Digitalen, als Chance begriffen, um aufzuholen - mit Erfolg, stellen wir fest. Wir sind gleich mehrfach NRW-Modell-Kommune. Das vernetzte Kontaktpersonenmanagement im Kölner Gesundheitsamt hat im Positiven die Aufmerksamkeit der Bundeskanzlerin hervorgerufen, und kürzlich hat Köln den zweiten Platz im Smart-City-Ranking des Bitkom erreicht. Was daran bemerkenswert ist: der Sprung von Platz 17 auf Platz 6 bei den digitalen Verwaltungsdiensten.

Dafür sei vielen Dank auch an die Beteiligten in der Stadtverwaltung gesagt, die das alles möglich gemacht haben.

Mit unserem Antrag richten wir nun den Blick nach vorn: Wie schaffen wir es, dass Dinge, die in der Pandemie gut funktioniert haben, auch in Zukunft machbar bleiben? Gute Gründe, warum Köln in der Corona-Krise digital spitze ist, sind auch die erfolgreichen Kooperationen der Stadtverwaltung, von KölnBusiness mit den Unternehmen und insbesondere mit den Start-ups. Genau dort setzen wir an. Unser Antrag ergänzt die aktuellen Rahmenbedingungen, ohne dabei Doppelstrukturen zu schaffen, und zielt letztlich auf zwei Dinge ab: erstens, dass wir den Lösungsbedarf und die Probleme der Stadtverwaltung auch zukünftig dauerhaft der Stadtgesellschaft, den Unternehmen, den Start-ups zur Verfügung stellen, damit sie an diesen Ideen mitarbeiten können. Das hat auch viel mit der Frage zu tun, ob die Stadtverwaltung in der Breite, das heißt alle beteiligten Ämter, es den jungen Unternehmen zutraut, dass diese es schaffen, digitale, bürgernahe Lösungen zu finden.

So gelingt es uns als Stadt, die Digitalisierung weiter voranzutreiben. So steigern wir die Attraktivität von Köln als Wirtschafts- und Digitalstandort. Und so stärken wir nebenbei - wir meinen vor allem auch - die Stadt Köln als attraktiven Arbeitgeber. Unterstützen Sie uns dabei! Und stimmen Sie für unseren Antrag! - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird das Wort von Bündnis 90/Die Grünen oder Volt gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann spricht Frau Steinmann.

**Lisa Steinmann (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sie gestatten mir, dass ich mich nicht hinter dem Pult verstecke, sondern hier die Kürze der Zeit nutze.

Lieber Herr Weber, auch dies ist ein Antrag, der meines Erachtens angemessen in den Fachausschüssen hätte beraten werden können, und zwar auch in gebührender Breite.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 18**

Aber zur Sache: Die Bedeutung der Kölner Entwicklung der Start-ups weit über die Stadtgrenzen hinaus ist offenbar und auch gut. Deswegen ist es auch gut, dass die Start-up-Unit der KölnBusiness ihre Fortführung findet. Wir unterstützen das Anliegen des Antragstellers, die Start-up-Koordination aufseiten der Stadtverwaltung in eine Verlängerung, in eine Lotsen-Anlaufstelle zu verwandeln, bitten aber die Antragsteller um eine Konkretisierung, nämlich dass diese Stelle dann auch im Amt für Wirtschaftsförderung angesiedelt werden muss. Das steht so explizit nicht im Antrag. Wir wünschen uns aber sehr, dass Sie diese Konkretisierung als Ergänzung mit aufnehmen. Dann würden wir diesen Antrag mit unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss gestehen, dass ich diesen Antrag, der so spritzig und innovativ daherkommt, mehrfach lesen musste, um ihn in Gänze nachzuvollziehen. Richtig ist, dass Start-ups im Vergleich zu etablierten Unternehmen deutlich weniger Aufträge von der öffentlichen Hand erhalten. Das liegt natürlich unter anderem auch daran, dass junge und mit vergaberechtlichen Abläufen nicht oder wenig erfahrene Unternehmen vor großen Herausforderungen stehen. Hier gibt es sicherlich Potenziale für Start-ups im Bereich der Digitalisierung.

Dieser Antrag ist allerdings unkonkret und zudem handwerklich nicht besonders gut gelungen. Warum dieser Antrag, wenn wir die KölnBusiness-Wirtschaftsförderung haben? Auf deren Seite gibt es einen eigenen Bereich für Start-ups, viele Informationen zu Hilfestellungen, Beratungen, Unterstützungen. Wozu eine neue Struktur in der Stadtverwaltung, fragt man sich dort.

Sie haben gerade gesagt, Sie schaffen keine neuen Strukturen, haben das aber eigentlich im Antrag und in der Rede gar nicht so deutlich dargestellt. Die Idee eines Wissenstransfers hat einerseits vielleicht den Charme, der Verwaltung mit innovativen Ideen mehr Zugkraft zu geben.

Das ist begrüßenswert. Andererseits bedeutet sie aber auch die Privatisierung der Aufgabe. Das sehen wir als LINKE kritisch und würden dem entsprechend nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Antrag ist zudem der Versuch - so lesen wir das -, Anträge mundgerecht an Start-ups zu servieren. Im Bereich der Digitalisierung kann das jedoch nicht zielführend sein, wenn eine Strategie für die gesamte Verwaltung erforderlich ist. Ob das mit kleinen Aufträgen für viele Start-ups zu erreichen ist, kann mehr als bezweifelt werden.

Das Vergabeverfahren der Innovationspartnerschaften soll hier besonders in den Blick genommen werden. Das heißt, in Kooperation mit dem öffentlichen Auftraggeber können durch Start-ups natürlich innovative Lösungen für den Beschaffungsbedarf der Verwaltungen entwickelt werden. Nach unserem Verständnis schließt § 19 Vergabeordnung eine allzu direkte Vergabe an Kölner Start-ups ohne Ausschreibung ebenso aus wie eine Begrenzung der Ausschreibung nur auf neu gegründete Unternehmen. Die rechtliche Prüfung steht hier allerdings aus und soll noch in Punkt 2 des Beschlussvorschlages erfolgen. Wäre es da nicht sinnvoll gewesen, erste Ergebnisse einer solchen Prüfung abzuwarten, bevor man heute im Rat diesen Antrag stellt?

Abschließend ist festzustellen - Frau Steinmann hat es gesagt -, dass dieser Antrag in die Fachausschüsse gehört und dort hätte diskutiert werden müssen. Dort gehört dieser Antrag nach unserem Dafürhalten nach wie vor hin und sollte auch dort besprochen werden. Wir können trotzdem einmal eine Brücke aufbauen - nicht ganz so ernst gemeint -: Wenn Sie die Ausgliederung der Wirtschaftsförderung rückgängig machen, vielleicht könnten wir dann diesem Antrag zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

**Volker Görzel (FPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal vorweg eine formelle Frage: Ist Ihnen unser Änderungsantrag bekannt?

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 19**

(Zurufe: Ja!)

Sie haben ihn gerade bekommen. Er ist schon seit zweiten Stunden, glaube ich, eingestellt. Es ist natürlich jetzt ungünstig, dass Sie ihn nicht kennen, weil ich glaube, dass es sinnvoll ist, ihn hier zu lesen und gleich zuzustimmen. Wenn Sie noch Fragen haben, wäre es vielleicht wirklich sinnvoll, dass wir das Thema im Digitalisierungsausschuss weiterverhandeln, weil wir schon der Meinung sind - jetzt beginnt der eigentliche Teil meiner Rede -, dass hier das Ratsbündnis durchaus Lob verdient hat.

Wir als FDP-Fraktion meinen, der Antrag geht in die richtige Richtung. Wir meinen auch, liebe Kolleginnen und Kollegen des Ratsbündnisses, Sie stehen hier an der Schwelle eines sehr guten Antrags, aber bedauerlich überschreiten Sie diese Schwelle nicht. Damit Sie diese Schwelle überschreiten können, haben wir uns überlegt, dass wir einige Änderungen vorschlagen müssen, wenn das eine runde Sache werden soll.

Die Kollegin Tokyürek, die wie ich Jurist\*in ist, hatte dasselbe Problem wie ich. Ich musste den Antrag nämlich auch erst fünfmal lesen, um zu erraten, was der Antragsteller versucht hat, zum Ausdruck zu bringen, um es höflich zu formulieren. Wir meinen, es sind alles sinnvolle Sachen.

Frau Tokyürek, ich verstehe es auch so - wir wissen ja: zwei Juristen, drei Meinungen -, hier geht es weniger darum, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft irgendwie einen Job wegzunehmen, sondern es geht um den Austausch der Verwaltung, um die Prozesse mit Hilfe von Start-ups zu verbessern. So verstehen wir jedenfalls den Antrag.

Sollte der Antragsteller oder die antragstellenden Fraktionen das auch so gemeint haben, darf ich auf folgende vier Konkretisierungen hinweisen.

Unter Punkt I hätten wir gern Folgendes ergänzt:

Das Ziel ist auch die Schaffung einer Innovationskoordination und die Konzeption eines sogenannten Digital Test Labors.

Ich glaube, die Fachpolitiker aus der Digitalisierungsfraktion wissen, was damit gemeint ist.

Unter Punkt II hätten wir gerne das Wort *rechtliche* gestrichen, weil wir der Auffassung sind, dass

auch nicht rechtliche Hemmnisse beseitigt werden sollen.

Der dritte Punkt versteht sich von selbst. Wir wollen hier, dass innerhalb der Verwaltung als Querschnittsaufgabe eine Awareness geschaffen wird.

Punkt IV meint, dass wir andere Player - zum Beispiel aus der Hochschullandschaft oder aus Verbänden - hinzurufen sollten. Die haben auch Erfahrungen. Ich könnte mir vorstellen, dass die Hochschule ähnliche Prozesse hat.

Der letzte Gedanke ist: Wir wollen hier eine Wechselwirkung zwischen Start-up, Community und Stadtverwaltung schaffen. Deswegen unsere Präzisierungen.

Wenn die antragstellenden Fraktionen der Meinung sind, dass das sinnvolle Konkretisierungen sind, dann übernehmen Sie sie bitte. Falls Sie noch einmal nachdenken wollen, geben wir es in den Digitalisierungsausschuss, was ich als Hilfsantrag stelle. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst darüber abstimmen, ob verwiesen wird. Ich lasse also erst über den Änderungsantrag der FDP abstimmen, dann - Sie haben das als Hilfsantrag bezeichnet - über Ihren Verweisungsantrag. Damit dürften auch die inhaltlichen Vorstellungen von Lisa Steinmann verbunden sein - sie fand es, glaube ich, auch gut -, das im Fachausschuss noch einmal zu bewerten. Wie ich die Ergänzungen von Frau Tokyürek unterbringen soll, weiß ich im Moment nicht.

Ich lasse zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen FDP, AfD, Die FRAKTION und SPD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Verweisungsantrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen FDP, AfD, Die FRAKTION, SPD, DIE LINKE und Frau Gabrysch. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 20**

Dann lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist so beschlossen.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt

**3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend  
„Maus-Ampel für Köln - 50 Jahre WDR-  
Maus feiern“  
AN/2613/2021**

Ich gebe Herrn Homann das Wort.

**Mike Homann (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bin nicht ganz alleine. Ich habe sie mitgebracht, die wahrscheinlich berühmteste Maus in diesem Lande.

(Der Redner setzt die Maus auf das Redepult - Beifall)

Meine Damen und Herren, die Maus ist 50 Jahre alt geworden, und seit 50 Jahren erfreut sie uns mit Lach- und Sachgeschichten jeden Sonntagvormittag. Sie klärt Fragen auf, wie: Warum sind Eier oval? Wie funktioniert eine Glühbirne oder heute eine LED? Warum kann ein Flugzeug fliegen? Und was ist überhaupt Corona? Das macht sie so kindgerecht, dass Kinder es verstehen. Das macht sie aber auch so begeisternd, dass das durchschnittliche Alter der Zuschauer bei 40 Jahren liegt. Das finde ich ganz erstaunlich.

Ich hoffe nicht, dass die Maus heute erklärt, wie Politik funktioniert, und dass dieser Antrag, dem man wirklich zum Geburtstag der Maus zustimmen kann, in einen Fachausschuss oder auch in die BV weggestimmt wird.

Die Maus ist ein Wahrzeichen von Köln. Sie ist eine Kultfigur. Sie ist außerdem zu den Richard-Wagner-Festspielen eingeladen worden. Zudem gibt es sie als Postwertzeichen und als Gedenkmünzen. Wir wollen, dass die Maus auch ein Ampelmännchen wird, und zwar an der Nord-Süd-Fahrt Breite Straße/Tunisstraße.

Jetzt könnte man meinen: *Hey, wir verweisen das in die BV!*, wie ich gehört habe. Nun ja, Fakt ist, die BV ist zuständig für Neu- und Umbauten von Ampelanlagen ab 50 000 Euro. Das heißt, das liegt überhaupt nicht in der Zuständigkeit einer Bezirksvertretung, sondern das liegt in der Zuständigkeit der Verwaltung, weil das ein Geschäft

der laufenden Verwaltung ist. Aber die BV kann sich das selbst gar nicht heranziehen, sondern das Recht ist originär dem Rat der Stadt Köln vorbehalten. In § 41 der Gemeindeordnung steht:

Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten im Namen des Rates als auf die Oberbürgermeisterin übertragen, soweit nicht der Rat sich ... für einen Einzelfall

- wie diesen -

die Entscheidung vorbehält.

Das heißt, nur der Rat ist in der Lage, das hier zu beschließen. Möglich ist es auch, denn die Oberbürgermeisterin hat eine Anfrage der Ratsgruppe BUNT am 07.03.2019 unter der Nr. 0613/19 beantwortet, in der steht:

Durch Erlass des Verkehrsministeriums Nordrhein-Westfalen ist den Städten die Möglichkeit eröffnet worden, bei einem engen örtlichen Bezug eine Modifikation durchzuführen. Die Verkehrssicherheit muss hierbei gewährleistet werden.

Wer würde die Verkehrssicherheit mehr gewährleisten als die Maus als Ampelmännchen?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Geben Sie sich einen Ruck! Dieses Jahr hat die Maus Geburtstag. Wenn Sie es verschieben, feiert sie halt nicht mehr 50-jährigen Geburtstag. Machen Sie der berühmtesten Maus ein Geburtstagsgeschenk. Wenn die Mainzer eine Mainzelmännchen-Ampel, die Duisburger eine Kumpel-Ampel, Trier eine Marx-Ampel und Friedberg eine Elvis-Presley-Ampel haben, dann ist eine Maus-Ampel hier am WDR absolut überfällig. Sie entscheiden heute, ob wir sagen können: Meine Damen und Herren, hier kommt die Maus. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

**Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen):** Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Mike, ich

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 21**

wusste bei eurem Redebeitrag, ehrlich gesagt, gerade nicht, ob das ein Antrag von der FRAKTION ist, und zwar der spaßige Teil der FRAKTIONS-Anträge, oder ob ihr den wirklich ernst meint. Wenn man dann noch Kuscheltiere mit an das Podium bringt, fühlt sich das manchmal auch schon ein bisschen wie Kindergarten an. Ich finde, dass der Rat der viertgrößten Stadt Deutschlands sich vielleicht nicht - -

(Zurufe bei der SPD: Oh!)

Wenn wir uns die Tagesordnung von heute anschauen: Wir reden gleich noch über die Historische Mitte, wir beschließen heute die Kapazitätserweiterung bei der KVB, wir haben noch andere große Brocken auf der Tagesordnung.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses  
90/Die Grünen)

Dann haben wir einen SPD-Antrag, der sich mit der Gestaltung einer einzigen Ampel in dieser Stadt beschäftigt. Wir sind der Meinung, bei aller Sympathie, die auch wir gegenüber der Maus haben - auch ich gehöre durchaus zu denjenigen, allerdings zu den unter 40-Jährigen, die sonntags *Die Sendung mit der Maus* schauen -, dieser Antrag gehört, wie du es schon angedeutet hast, in die Bezirksvertretung Innenstadt. Die Bezirksvertretung Innenstadt kann sich dann sehr gerne damit auseinandersetzen

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei Teilen der CDU)

- so, wie sich andere Bezirksvertretungen auch schon mit Ampelpärchen und Ampelfrauchen auseinandergesetzt haben.

Wenn ich mich richtig erinnere, war damals die Entscheidung zum Ampelpärchen, die wir zum *ColognePride* vor einigen Jahren hatten, keine Ratsentscheidung. Insofern werden wir diesen Antrag dahin verweisen, wo letztlich die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger dafür sitzen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann würde ich den Verkehrsdezernenten kurz um seine Stellungnahme bitten.

**Beigeordneter Ascan Egerer:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Seitens der Verwaltung haben wir das geprüft. Die Straßenverkehrsordnung steht einer Umsetzung entgegen - das wurde auch Anfang 2019 noch einmal präzisiert - aufgrund einer bundesweit zunehmenden Zahl an Anfragen in dieser Richtung. Zudem bewegen wir uns hier auch im Gefahrenabwehrrecht. Das heißt, wir hätten bei Änderungen auch Haftungsrisiken zu übernehmen, die wir nicht übernehmen können.

(Christian Joisten [SPD]: Dann bauen wir die Anlage wieder zurück, die wir jetzt schon haben?)

Auch hier sind wir bereits in der beschriebenen Situation. Wie gesagt, die Grundlage ist die Straßenverkehrsordnung, und da nützen uns auch die anderen Beispiele leider nichts.

(Christian Joisten [SPD]: Wir haben schon zwei Kölner Ampeln!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich lasse jetzt über den Antrag abstimmen. Herr Homann -

(Mike Homann [SPD]: Keine zweite Runde, nur eine Nachfrage!)

- hat eine Nachfrage.

**Mike Homann (SPD):** Herr Egerer, ist Ihnen die Beantwortung der Anfrage vom 07.03.2019 bekannt?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja, früher war alles anders, Herr Homann.

(Zuruf: Was ist das denn für eine Antwort?)

Die Straßenverkehrsordnung hat sich geändert.

**Mike Homann (SPD):** Sie wollen mir sagen, dass die Rechtslage sich vor zwei Jahren geändert hat?

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 22**

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Uns ist unsere eigene Beantwortung der Anfragen bekannt, ja.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen und entscheide danach - nach Ihrer Abstimmung -, was damit geschieht, wenn Sie heute einen Beschluss dazu fassen. So sieht unsere Geschäftsordnung das vor, und so werde ich das auch machen. Dann prüfen wir das noch einmal, und dann schauen wir einfach, was wir damit machen. Das ist jetzt ganz einfach. Ich will das nicht abbügeln.

Ich lasse darüber beschließen, und zwar über den Verweisungsantrag in die BV 1. Wer dem Verweisungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt. Enthaltungen? - Dann ist der Verweisungsantrag angenommen.

Den Tagesordnungspunkt 3.1.7 haben wir heute nicht zu behandeln, weil er dankenswerterweise zurückgezogen wurde. Tagesordnungspunkt 3.1.8 wurde in die nächste Ratssitzung verlagert.

**3.1.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Antisemitismusbeauftragten in Amt OB angliedern“  
AN/2629/2021**

Ich gebe Herrn Büschges das Wort.

**Matthias Büschges (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geschätzte Mitglieder des Rates! Dieser Antrag ist eine Herzensangelegenheit unserer Fraktion auf der heutigen Tagesordnung. Nach dem vereitelten Anschlag auf die Synagoge in Hagen am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur haben wir als AfD-Fraktion in der Ratssitzung am 16.09. klargemacht, dass Antisemitismus keinen Platz in Köln haben darf. Ich betone es noch einmal: Kein Veedel für Antisemitismus!

(Beifall bei der AfD)

Das wollen wir mit diesem Antrag erneut betonen.

Geschätztes Kollegium, leider ist Antisemitismus in unserer Heimatstadt wieder angekommen. Leider können jüdische Mitbürger nicht mit einer Kippa über die Straße gehen, und das ist unerträglich. Wir als Stadtrat können mit diesen uner-

träglich Zuständen aufräumen. Wir müssen Antisemitismus bedingungslos bekämpfen. Wir stehen in der Verantwortung, ein Zeichen zu setzen und unmissverständlich klar zu sagen: Köln duldet keinen Antisemitismus!

Wir erkennen diesen Missstand und haben eine Lösung formuliert. Keine Formulierung wie im AVR, wo es hieß - Zitat -:

Es werde eine Einrichtung geschaffen, die im Wesentlichen dem Profilbereich eines Antisemitismusbeauftragten entspricht.

Meine Damen und Herren, das reicht nicht. *Im Wesentlichen* ist keine Formulierung, die sich ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzt. Wir müssen handeln und brauchen einen Antisemitismusbeauftragten, der genau so heißt und genau diesen Profilbereich abdeckt.

Unser Antrag ist das Lebenszeichen der Politik und leider notwendiger als je zuvor. Die von uns geplante Schnittstelle, angegliedert an das Amt der Oberbürgermeisterin, wird das wichtige Bindeglied zwischen der Meldestelle des Landes NRW und der Fachstelle *[m<sup>2</sup>] miteinander mitein- drin*. Wir brauchen eine klare Position mit der Bezeichnung *Antisemitismusbeauftragter*.

Geschätzte Kollegen, wir wissen alle um die angespannte Lage des Haushalts. Deswegen haben wir unseren Antrag als Prüfauftrag formuliert - nicht, weil wir Zeit vergehen lassen wollen, sondern damit für jedes Mitglied dieses Gremiums nachvollziehbar aufgezeigt werden kann, welche Kosten auf uns zukommen.

Meine Damen und Herren, wir können heute ein Zeichen in die Kölner Stadtgesellschaft schicken und gemeinsam zeigen: Wir dulden keinen Antisemitismus in Köln. Stimmen Sie unserem Antrag zu! Lassen Sie uns bei allen politischen Differenzen gemeinsam stark sein gegen Antisemitismus! - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, wenn Sie mir gestatten, würde ich dazu Stellung nehmen wollen und Sie darüber unterrichten, dass die Stadt Köln 2019 beim NS-Dokumentationszentrum eine Fachstelle

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 23**

eingerrichtet hat: *[m<sup>2</sup>] miteinander mittendrin. Für Demokratie - Gegen Antisemitismus und Rassismus*. Ich habe mich selbst dafür starkgemacht. Die Stelle leistet Bildung, Beratung für Betroffene, Dokumentation antisemitischer Übergriffe in Köln und deren Weiterleitung. Zudem ist sie natürlich loyal mit den jüdischen Gemeinden als auch mit maßgeblichen Institutionen auf Bundes- und Landesebene vernetzt.

Mit all dem ist *[m<sup>2</sup>]* gleichbedeutend zu einer Stelle, weil sie inhaltlich das Gleiche ausfüllt, was in anderen Städten Antisemitismusbeauftragte/-beauftragter heißt, und es bedarf meines Erachtens keiner zusätzlichen Schnittstelle. Ich halte auch die Verortung dort, wo es aufgrund unserer Geschichte in Köln bereits umfangreiche Kompetenzen hinsichtlich Antisemitismus gibt, für richtig und nachvollziehbar. Die Stadt Köln möchte Geschichte nicht zum Selbstzweck betreiben, sondern damit ihr entscheidendes Engagement für ein respektvolles Miteinander aller verbinden - unabhängig von Religion, Herkunft, Hautfarbe oder auch sexueller Orientierung.

Außerdem betrachte ich auch die Schaffung einer ehrenamtlichen Stelle nicht als zielführend. Ehrenamt leistet in dieser Stadt ohne jeden Zweifel Großartiges, aber Ehrenamt basiert auch immer auf Freiwilligkeit und dem Engagement der Einzelnen, die dahinterstehen. Als Stadt aber haben wir die unbedingte Verpflichtung und Verantwortung, den jüdischen Kölnerinnen und Kölnern - insbesondere den Menschen, die in dieser Stadt leben - eine feste Anlauf- und Beratungsstelle zu bieten und unsere Kinder und Erwachsenen umfassend zu bilden. Ehrenamt kann dabei unterstützen, aber es kann keine auf Dauer angelegte Stelle ersetzen.

Abgesehen davon, meine Damen und Herren, danke ich natürlich immer für Hinweise zur organisatorischen Aufstellung der Stadtverwaltung, aber Sie dürfen ganz sicher sein, dass ich als Oberbürgermeisterin die strategische Verortung von Themen dann auch sehr bewusst entscheide und mich der Grundsatz leitet, dass die Struktur den Inhalten dient und nicht umgekehrt.

Frau Hoyer hat jetzt das Wort.

**Katja Hoyer** (FDP): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, herzlichen

Dank für Ihre Ausführungen. Das hat sehr deutlich gezeigt, dass dieser Antrag der AfD-Fraktion ein Antrag ist, der wirklich absolut überflüssig ist, weil wir entsprechende Stellen und Personen schon in unserer Stadt haben. Trotzdem möchte ich inhaltlich noch etwas zu diesem Antrag sagen.

Ich muss sagen: Wir haben hier im Kölner Rat schon viele unangenehme Anträge der AfD-Fraktion vorgelegt bekommen, aber diesen Antrag heute finde ich besonders zynisch.

(Lebhafter Beifall)

Ich weiß, dass ich nicht allein damit meine persönliche Meinung ausdrücke - Sie haben es mit Ihrem Applaus gezeigt -, so empfinden auch all die anderen demokratischen Vertreterinnen und Vertreter hier im Rat.

(Beifall)

Eine Partei, deren Führungsfigur Alexander Gauland den Höhepunkt der Judenverfolgung und des Antisemitismus, nämlich das Dritte Reich, als *Vogelschiss der Geschichte* bezeichnet - diese Partei meint sich als Sachwalter gegen Antisemitismus aufspielen zu müssen. Eine Partei, deren Anhänger auffällig hohe Zustimmungsraten zu jüdenfeindlichen Kommentaren zeigen, so das Ergebnis einer Studie des Forschungsinstituts Forsa. Eine Partei, die hier vor Ort in den Ausschüssen und im Rat regelmäßig den Geldern für Antirassismusbearbeitung nicht zustimmt.

Meine Damen und Herren, als ich den Antrag gelesen habe, habe ich mich aber auch gefragt: Wie müssen sich denn die Juden und Jüdinnen unserer Stadt als Betroffene fühlen, wenn sie diesen Antrag lesen? Ich denke, ein Zitat aus der Erklärung des Zentralrates der Juden bringt hervorragend zum Ausdruck, wessen Geistes Kind die AfD ist und wie scheinheilig ihr heutiger Antrag ist.

(Beifall)

Ich zitiere:

Wenn Juden auf die AfD als Garant für jüdisches Leben in Deutschland angewiesen wären, wäre es um das jüdische Leben hier schlecht bestellt. Die AfD ist eine Partei, in der Judenhass und die Relativierung bis zur Leugnung der Schoa ein Zuhause haben. Die AfD ist

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 24**

antidemokratisch, menschenverachtend  
und in weiten Teilen rechtsradikal.

Meine Damen und Herren von der AfD, Sie sind nicht die Feuerwehrleute gegen den Antisemitismus. Ganz im Gegenteil. Sie sind die geistigen Brandstifter.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Bitte sehr, zweite Runde.

**Christer Cremer (AfD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Zuschauer! Frau Hoyer, was Sie hier gerade gemacht haben, ist unsäglich,

(Zurufe: Pfui!)

meiner Partei zu unterstellen, wir wären antisemitisch. Ich habe hier einmal eine Rede gehalten dazu, ob der Kölner Stadtrat hier Außenpolitik machen muss, und dabei habe ich darauf verwiesen, wer wie abgestimmt hat. Von den Kölner Bundestagsabgeordneten - es war zwar noch der alte Bundestag, aber die beiden sitzen dort wieder - waren die Einzigen, die pro Israel abgestimmt haben, sich für den Schutz des Staates Israel einsetzen, für vernünftige Vertretung Deutschlands und eine positive Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Staat Israel die AfD. Punkt.

(Beifall bei der AfD)

Uns hier irgendeine Judenfeindlichkeit oder sonst etwas zu unterstellen, ist doch Humbug.

(Christian Joisten [SPD]: Das ist bewiesen!)

- Das ist nicht bewiesen. Wir haben mehr jüdische Mitglieder, als Sie alle miteinander wissen. Das können Sie mir glauben.

(Zuruf: Gar nichts glauben wir Ihnen! - Weitere Zurufe)

Wenn Sie sich hier hinstellen und das behaupten, dann ist das unerträglich.

(Christian Joisten [SPD]: Nein, das sind Fakten!)

Übrigens: In meiner Rede zum Thema Israel hatte ich auch auf die Kölner Abgeordneten gesetzt. Ein Abgeordneter, der nicht abgestimmt hat, war der FDP-Vertreter beim eigenen FDP-Antrag. Sehr interessant. Was soll uns das sagen?

Uns und meiner Partei Antisemitismus zu unterstellen, ist wirklich unerträglich. Die Politik der offenen Grenzen - das ist nachweislich erwiesen, dazu kommen wir gleich noch -, -

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wenn Sie bitte zum Thema sprechen würden.

**Christer Cremer (AfD):** - trägt auch zum Antisemitismus bei. Ich verwahre mich dagegen! - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Dann stimme ich jetzt mit Ihnen darüber ab. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

**3.1.10 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Strukturen und Ressourcen für eine integrierte Klimafolgenanpassung in der Stadt Köln“ AN/2624/2021**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/2675/2021**

Ich gebe Frau Abé das Wort.

**Denise Abé (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer\*innen hier und am Live-Stream! Die Klimakrise ist da. Dies hat uns die Flutkatastrophe in diesem Jahr in erschreckender Weise vor Augen geführt. Die dramatischen Bilder werden wir alle nicht vergessen. Dürren, Starkregen und Hitzewellen werden in Zukunft zu unserem Alltag gehören. Daran leiden



### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 25

unsere Gesundheit und die Stadtnatur. Sterbenden Bäumen, weiteren überschwemmten Schulen und Hitzetoten müssen wir Einhalt gebieten.

Um die Klimakrise einzudämmen, haben wir in der Ratssitzung im Juni beschlossen, bis 2035 klimaneutral zu werden. Mit der Vorlage zum Mediationsergebnis zwischen Klimawende und Rhein-Energie beschließen wir gleich hoffentlich einen weiteren Baustein auf dem Weg dorthin.

Aber trotz alledem leben wir schon jetzt mit den Folgen, die wir nicht mehr verhindern können. Daher müssen wir uns parallel mit der Klimafolgenanpassung beschäftigen. Das eine zu tun, heißt nicht, das andere zu lassen. Wir müssen unsere Infrastruktur anpassen und weitere Schäden verhindern. Dafür brauchen wir eine integrierte Klimafolgenanpassung als Querschnittsaufgabe.

Die Verwaltung und deren Beteiligungen, wie zum Beispiel die StEB, haben sich bereits auf den Weg gemacht. Es gibt viele gute Vorgaben und Maßnahmen, zum Beispiel das Projekt *Klimawandelgerechte Metropole Köln* oder das vom Difu unterstützte Projekt *iResilience*.

Diese Projekte, Erfahrungen und Konzepte müssen wir bündeln, bestehende Daten evaluieren und gegebenenfalls neue erheben, um am Ende eine Strategie für die Gesamtverwaltung, die Gesamtstadt zu haben.

Genau hier, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, liegt der entscheidende Punkt, warum wir Ihrem Ersetzungsantrag nicht zustimmen können. Wir brauchen mehr. Alle Akteur\*innen, alle Ideen, alle Ansätze müssen zu einem großen Ganzen werden, das den durch die Klimafolgen entstehenden, dramatischen Herausforderungen gerecht wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Anfang meiner Rede zurück. Kurz vor 12 ist durch; die Folgen der Klimakrise sind da. Daher brauchen wir dringend ein Sofortmaßnahmenprogramm, das schon im kommenden Sommer umgesetzt wird. Dafür haben wir bereits im Haushalt 500 000 Euro zur Verfügung gestellt.

Wir brauchen unter anderem ein Entsiegelungskataster, mehr Dach- und Fassadenbegrünung, mehr Wasserflächen, Trinkbrunnen und den Erhalt und Ausbau unserer grünen Infrastruktur.

Außerdem müssen wir alle Vorlagen nicht nur auf den Klimaschutz, sondern auch auf die Klimafolgen scannen. Kein Beschluss in dieser Stadt sollte gefällt werden, ohne diese zu beachten. Die Klimakrise ist die größte Herausforderung der nächsten Jahre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen nicht hinter dem Land hinterherhinken, das dieses Jahr ein Klimaanpassungsgesetz verabschiedet hat. Klimafolgenanpassung muss zum Bestandteil des kommunalen Handelns werden. Die Zeit zu handeln ist jetzt. Daher bitte ich Sie um die Zustimmung zum Antrag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der CDU und bei Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

**Constanze Aengenvoort (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag zur Klimafolgenanpassung komplettiert die Maßnahmen, die wir im Arbeitsfeld *Klima und Umwelt* als Bündnis im ersten Jahr nach der Kommunalwahl auf den Weg gebracht haben.

Im Prinzip gibt es zwei Säulen: Das eine ist der Schutz, und das andere ist die Anpassung. Wir haben, was den Schutz angeht, für die Prävention zum Beispiel den Masterplan Grün, das Zero-Waste-Konzept und eben die Klimaneutralität 2035 beschlossen. Jetzt geht es um die Klimafolgenanpassung, um das Einstellen auf die veränderten Realitäten hier in der Stadt.

Dafür brauchen wir die integrierte Klimafolgenanpassungsstrategie, denn die Folgen des Klimawandels zeigen sich eben auch in Köln. Besonders offensichtlich und jedem bekannt sind, so glaube ich, vor allem die Phänomene Hitze und Starkregen.

Wir wollen die Stadt in ihren Strukturen anpassen, und wir wollen vor allem die Gruppen schützen, die besonders unter diesen Phänomenen zu leiden haben. Das sind besonders Kinder, Senioren und Kranke. Dazu wollen wir die vorhandenen Konzepte evaluieren und weitere Daten erheben.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 26**

Nun gibt es den Ersetzungsantrag der SPD. Dahinter steht ja eigentlich die Frage: Warum reicht die Untersuchung *Klimawandelgerechte Metropole Köln* nicht aus? In dieser Untersuchung sind die Daten bis 2010 ausgewertet. Wir sind jetzt zehn Jahre weiter, das heißt, wir können schon wieder weitere Daten auswerten. In der Analyse ist auch selbst formuliert, dass die Maßnahmen weiter konkretisiert werden müssen und räumlich ausdifferenziert werden müssen. Die Auswertung der Grundlagendaten soll eben auf Detailebene erfolgen.

Wir wünschen uns, dass die Möglichkeiten der Digitalisierung stärker in der Strategie berücksichtigt werden. Auch das Umfeld hat sich natürlich durch neue Beschlüsse geändert, in Köln zum Beispiel durch die Stadtstrategie, die heute beschlossen wird, oder durch die Klimaneutralität 2035. Auf Bundes- und Landesebene hat sich auch einiges geändert. Die Landesregierung hat das erste Klimaanpassungsgesetz beschlossen, und die Förderkulissen haben sich geändert. Deswegen sind wir der Meinung, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, eine integrierte Klimafolgenanpassungsstrategie aufzustellen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

**Christian Achtelik (Volt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause am Livestream! Wenn wir früher über extreme Wetterereignisse als Auswirkung der globalen Erderwärmung gesprochen haben, haben wir Bilder im Kopf von Monsunen in Indien, von tropischen Wirbelstürmen in Zentralamerika, von Wüstenausbreitung in der Sahelzone. Schreckliche Ereignisse, die verheerende Folgen für die Menschen vor Ort haben, deren Staaten teilweise am wenigsten zum Ausmaß dieser ganzen Krise beigetragen haben. Grausam, ungerecht und ganz weit weg.

Obwohl sich die Wissenschaft schon länger darüber im Klaren ist, dass auch wir in Deutschland, in NRW, in Köln zunehmend von Extremwetterereignissen betroffen sind, spüren wir das so richtig

erst seit einigen Jahren, seit wir in Köln regelmäßig Hitzewellen kennengelernt haben, an 50 Tagen im Jahr Temperaturen jenseits der 30 Grad erleben, seit wir im Hochsommer tropische Nächte erleben, in denen die Temperaturen nicht unter 20 Grad fallen, und spätestens seit der Hochwasserkatastrophe in unseren Nachbarorten, die Menschen nicht nur ihr Hab und Gut entriß, sondern 181 Menschen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz das Leben gekostet hat.

Wir müssen alles daransetzen, uns so gut wie möglich auf die Auswirkungen der Klimakrise vorzubereiten. Dafür brauchen wir zum einen eine langfristige Strategie, die wir hier beschließen wollen. Diese soll themenübergreifend entwickelt werden und Kölner Grün, Infrastruktur, Versiegelung, Digitalisierung ganzheitlich mitdenken. Zum anderen benötigen wir aber natürlich kurzfristige Maßnahmen - es ist hier, es ist jetzt, es ist aktuell -, um die Kölner Bevölkerung vor den Auswirkungen von solchen Extremwetterereignissen im kommenden Sommer zu schützen.

Meine Vorrednerinnen haben schon gesagt: Es ist eine Querschnittsaufgabe. Wir wollen hier ganz dringend einen partizipativen Prozess, keinen alleinigen Prozess von Politik und Verwaltung, sondern dass wir die Kölner Bürgerinnen und Bürger hierbei mitnehmen.

Einen Teil, bei dem wir auch jedes Mal darüber nachdenken müssen, ob das klimarelevant ist, sehen wir in unseren Vorlagen. Sie erinnern sich an diese kleine Box, wo man einen kleinen Haken macht und wo danach einmal längerer oder kürzerer Text ist. Das soll ausgeweitet werden, nicht nur auf Klimaschutz, sondern auch auf Klimafolgenanpassung. Ein ganz wichtiger Aspekt, den wir bitte alle in unseren Entscheidungen hier im Rat und in den Ausschüssen und anderen Gremien berücksichtigen.

Das alles ist in unserem Antrag enthalten. Danke an die SPD für das Zurückziehen des Ersetzungsantrags. Ich hoffe, das bedeutet, dass Sie gleich unserem Antrag zustimmen. Ich bitte alle um die Zustimmung zu unserem Antrag und hoffe, dass wir damit Köln klimaangepasst gemeinsam gestalten können. - Danke schön.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 27**

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Jäger das Wort. Der Antrag ist zwar zurückgezogen.

(Christian Joisten [SPD]: Die Wortmeldung ist auch zurückgezogen!)

Die Wortmeldung entfällt auch, okay. - Dann hat Herr Weisenstein das Wort.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Antragsteller\*innen! Zunächst vielen Dank, dass Sie das Thema Klimaanpassung heute auf die Tagesordnung gesetzt haben. Wir müssen die wachsende Stadt so gestalten, dass sie auch unter verschärften Klimabedingungen lebenswert bleibt.

Es ist eine besondere Herausforderung, viele Wohnungen zu bauen und dabei den Klimawandel zu beachten. Es führt aber kein Weg daran vorbei. Wir müssen tausende und vor allem preiswerte Wohnungen bauen, und zwar jährlich. Ohne neue Siedlungen im Außenbereich werden wir das nie und nimmer schaffen.

Klimaschutz und Klimaanpassung stehen nicht im Widerspruch zum Neubau, wenn Kriterien dabei streng eingehalten werden. Das ist unter anderem der effektive Umgang mit Fläche, die Ausrichtung der Gebäude auf eine Weise, dass eine Frischluftzufuhr möglich ist, dass die grüne und blaue Infrastruktur mitentwickelt wird, dass ressourcenschonende Baustoffe verwendet werden und dass der Verkehr, das Heizen und die Stromversorgung möglichst CO<sub>2</sub>-arm geschehen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, letztes Wochenende fand ein Planungsworkshop zu Kreuzfeld statt. Da wurde mit Experten viel über das klimagerechte Bauen diskutiert. Ich bin optimistisch, dass in Kreuzfeld und auch bei anderen Großprojekten mit Beachtung der Klimaaspekte geplant und gebaut werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Anpassung an den Klimawandel muss natürlich insbesondere auch unter dem Aspekt der Klimagerechtigkeit geschehen. Wir haben das Phänomen, dass insbesondere gleichzeitig in den Vierteln, in denen viele arme Menschen leben, das öffentliche Grün nur sehr spärlich vorhanden ist. Das müssen wir anpacken, das müssen wir ändern.

Ich denke, dass der vorliegende Antrag da eine gewisse Hilfestellung leisten kann, wenn wir das verinnerlichen und beim Planen immer mitdenken: Wo können sich die Leute, insbesondere, weil sie in kleinen Wohnungen leben oder weil sie keine Klimaanlage haben - Gott sei Dank, in Anführungszeichen -, im Sommer tatsächlich erfrischen und aufhalten? Deswegen müssen wir das in den benachteiligten Stadtteilen besonders ins Auge fassen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bin exakt nach drei Minuten fertig. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Breite das Wort.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ja, was soll man da bloß machen? Da hat die schwarz-gelbe Landesregierung erst im Juli 2021, also dieses Jahr, das Gesetz zur Klimafolgenanpassung beschlossen, und jetzt haben wir von Grün und Volt auch schon dazu einen Antrag hier, den wir zur Beschlussvorlage vorliegen haben. Da kann man ja nur zustimmen, wenn sozusagen der Erfolg der schwarz-gelben Landesregierung hier noch einmal in einen Antrag gefasst wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich war ein bisschen überrascht, aber ich bedanke mich dafür natürlich.

Meiner Meinung nach wurde das Landesgesetz so gut von Frau Heinen-Esser formuliert, dass wir davon ausgegangen sind, da wir ein neues Dezer-nat haben, dass dieses das sofort umsetzen wird. Da bräuchte es eigentlich, glaube ich, bei der hervorragenden Qualifikation des Dezernenten gar keinen Antrag.

(Beifall bei der FDP und Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn aber das Bündnis jetzt meint, es noch einmal aufschreiben zu müssen - das hätten wir übrigens auch noch im Februar machen können, dann hätte man sich auf dieses Gesetz noch einmal genau konzentrieren können, aber bitte

### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 28

schön: Wir beschließen das natürlich gerne. Von dieser Landesregierung lernen, heißt, glaube ich, siegen lernen,

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

und das auch bei der Klimafolgenanpassung. Daher stimmen wir freudig diesem Antrag zu. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Gabrysch.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Zum einen stimme ich natürlich meinen Vorredner\*innen zu und freue mich sehr über diesen Antrag. Auch die KLIMA FREUNDE stimmen natürlich gerne zu und heißen das sehr willkommen, was hier gleich beschlossen wird.

Zum anderen kann ich es mir gerade nicht nehmen lassen, einmal sehr erfreut Folgendes festzustellen: Ich habe ja immer gesagt, mein Ziel ist es, hier anzutreten und mich beziehungsweise die KLIMA FREUNDE in diesen fünf Jahren in der Stadt Köln überflüssig zu machen. Bei dieser Geschichte hier habe ich das Gefühl, dass wir auf einem sehr guten Weg dahin sind. - Danke.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt, nachdem der Änderungsantrag zurückgezogen wurde, über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.<sup>4</sup>

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den nächsten Tagesordnungspunkt

#### 3.1.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Liberalisierte Drogenpolitik - Chancen für den Neumarkt und weitere Plätze mit besonderem Handlungsbedarf nutzen“

#### AN/2617/2021

Das Wort hat Herr Paetzold.

**Michael Paetzold (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Es ist an der Zeit, das Drogenhilfekonzept unserer Stadt zu überdenken. Die angekündigte Reform der Drogenpolitik auf Bundesebene ist ein guter Zeitpunkt dafür. Cannabis soll in Zukunft legal verkauft und konsumiert werden.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Danke für Ihren Beifall, aber ich habe es nicht beschlossen.

Das scheint mir mittlerweile - ich war früher anderer Meinung - durchaus ein Schritt in die richtige Richtung zu sein. Es bleibt zwar medizinischer Fakt, dass Cannabis keinesfalls harmlos ist, wie das vielleicht einige Menschen glauben. Besonders jugendliche Konsumenten haben das Risiko, unter Cannabiskonsum eine Psychose zu entwickeln. Allerdings ist auch festzuhalten - das müssen wir zugeben -, dass das Verbot von Cannabis den Konsum durch Jugendliche nicht verhindert hat. Mir ist es daher lieber, dass Konsumenten ihren Stoff in lizenzierten Verkaufsstellen, in kontrollierter Apothekenqualität kaufen als irgendwo um die Ecke oder auf dem Neumarkt.

Auch bei den sogenannten Partydrogen sollten wir neue Wege gehen. *Drug-Checking* ist hier das Stichwort. Denn wenn Menschen Drogen konsumieren, ist es mir wohler, wenn sie zumindest sicher wissen, was sie sich da einwerfen.

Kommen wir zu den Menschen, die von harten Drogen abhängig sind. Drogenabhängigkeit ist eine Krankheit. Der ICD-10 lautet F19.2. Das ist so. Wenn Drogenabhängigkeit eine Krankheit ist, dann sind Drogenabhängige keine unerwünschte Klientel, sondern Menschen mit einer Erkrankung. Und kein Mensch ist gerne krank, glauben Sie es mir, auch Drogenabhängige nicht.

Die Folgen dieser Erkrankung sind dramatisch. Abhängige können nur noch an den nächsten Schuss denken und daran, wie sie sich das Geld

<sup>4</sup> RM Jäger hat wegen Befangenheit nicht an der Beratung und Abstimmung teilgenommen.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 29**

dafür beschaffen können. Das führt zu Verelendung, zu Prostitution und zu Beschaffungskriminalität, von den medizinischen Problemen durch Mangelernährung, unhygienische Injektionen und verunreinigte Substanzen ganz zu schweigen. Die Verelendung dieser kranken Menschen ist im Stadtbild offensichtlich. Sie verstört Anwohner\*innen und Passant\*innen.

Um diese kranken Menschen aus der Spirale von Konsum, Geldbeschaffung, Drogenkauf und Wiederkonsum herauszubringen, eignen sich Substitutionsstoffe. Die Polamidon-Substitution hat viele Menschen wieder in ein selbstbestimmtes Leben geführt. Sie ist ein guter Weg für viele, aber nicht für alle, wie der häufige Beikonsum zeigt.

Für Menschen, deren Abhängigkeit so stark ist, dass Polamidon sie nicht vom Suchtdruck befreit, braucht es die Originalsubstitution mit Diamorphin. Dieses Instrument gibt es bereits, und es ist ein Segen. Menschen, die bislang nur in der oben genannten Spirale gelebt haben, bekommen vielleicht seit Langem das erste Mal wieder den Kopf klar, weil sie wissen, dass der nächste Schuss sicher ist. Das macht Wege in ein selbstbestimmtes Leben frei, das dann nicht mehr primär auf der Straße stattfinden muss.

Aber von den sowieso schon zu wenigen 80 Plätzen, sind in Köln nur 70 besetzt. Anscheinend sind die Zugangsvoraussetzungen zu hoch. Das - ich komme gleich zum Schluss - müssen wir ändern und auf Änderungen drängen, wenn sie nicht in unserer Verantwortung liegen. Es ist an der Zeit, dass die Verwaltung ihr Drogenhilfekonzzept anpasst und die hilfeberechtigten und hilfebedürftigen Suchterkrankten in den Mittelpunkt stellt.

Ich habe nun gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass einige Fraktionen noch Beratungsbedarf haben. Das kann ich verstehen. Deshalb schlage ich vor, unseren Antrag zunächst in den Gesundheitsausschuss zur Vorberatung zu schieben. Die Entscheidung über diesen Antrag soll aber dann bitte in der nächsten Ratssitzung stattfinden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der FDP und Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Dr. Unna das Wort.

**Dr. Ralf Unna** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich kann das für das Bündnis relativ kurz machen. Innerhalb des Bündnisses - da muss man kein Prophet sein, wenn man die Wahlprogramme nebeneinander legt - gibt es unterschiedliche Auffassungen. Wir werden das im Bündnis weiter beraten, und ich denke, wir werden uns auch einigen - hoffentlich jedenfalls. Insofern denken wir, dass wir das heute hier im Rat sicherlich nicht beschließen können. Michael Paetzold hat ja schon einen Ausweg aufgezeigt.

Insgesamt muss man sagen: Das Betäubungsmittelgesetz ist bis heute - jedenfalls nach meinem Kenntnisstand - noch nicht geändert. Ich habe mir sagen lassen, der neue Bundesgesundheitsminister hat eine gewisse Affinität zur Kölner SPD.

(Heiterkeit und Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Vielleicht haben die Kollegen da einen etwas direkteren Draht - munkelt man. Aber nach meinem Kenntnisstand ist bis heute Nachmittag um 16.16 Uhr noch nichts geändert worden.

Daher gibt es keinen Grund zur Eile, sondern das muss wohlüberlegt und fachlich beraten sein. Michael Paetzold hat ja, wie einige andere Kolleginnen und Kollegen hier auch, die große Freude, das im Gesundheitsausschuss mit uns zusammen zu bearbeiten.

Insofern kann ich mich dem anschließen. Wir sollten es in den Gesundheitsausschuss verweisen. Ich halte es allerdings nicht für zielführend, jetzt schon festzulegen, das Thema in die nächste Ratssitzung zu geben, denn - noch einmal - mein Eindruck von der neuen Bundesregierung ist: Sie hat so viele Baustellen, dass die Änderung des BTMG vermutlich nicht als allererstes auf der Tagesordnung steht. Ich rate also dazu, zunächst einmal die Gesetzeslage und deren Änderung abzuwarten, sich dann in Ruhe eine fachliche Meinung zu bilden - das machen wir im Gesundheitsausschuss gerne - und dann damit auch wieder in den Rat zurückzukommen. Ich habe gar kein Problem damit, das auch hier im gesamten Rat zu diskutieren, weil es wirklich eine epochale Entscheidung sein wird, aber bitte in der richtigen Reihenfolge, in den richtigen Gremien und richtig vorberaten. Daher möchte ich die Kolleginnen und

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 30**

Kollegen heute bitten, den Antrag in den Gesundheitsausschuss zu verweisen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der CDU und bei Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Röhrig das Wort.

**Uschi Röhrig (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir heißen die Pläne der Ampelkoalition gut, künftig eine liberalisierte Drogenpolitik zu verfolgen.

Die Kriminalisierung von Cannabiskonsum - es ist verboten, wird aber nicht verfolgt - ist absurd und war es schon die ganze Zeit. Die Polizei hat Besseres zu tun, als sich um Kleindealer und Konsumenten zu kümmern, die diese mehr oder weniger harmlose Droge veräußern. So unterstützen wir natürlich das Anliegen, dass die Verwaltung bei der Umsetzung von Drogenpolitik, zum Beispiel in der Suchthilfe, die zukünftige Entwicklung mitdenkt. Das wird sie wahrscheinlich auch ohne den Antrag tun.

Umsetzen kann die Verwaltung die künftige Drogenpolitik natürlich noch nicht, weil erst einmal das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen sein muss, dieses aber noch gar nicht begonnen hat. Das wissen Sie aber auch.

So lange würden wir auch mit der Fachkonferenz warten, denn sonst müssten wir nach Verabschiedung des Gesetzes gegebenenfalls noch eine Konferenz durchführen, weil die Rahmenbedingungen doch anders ausgefallen sind, als angenommen wurde.

Ein Wort zur Originalsubstitution: Wir begrüßen mehr Substitution, weil wir glauben, dass sie Drogenverbraucher\*innen aus der Verelendung herausholen kann und diese so ihre Selbstbestimmung zurückgewinnen können. Deswegen ist mehr Angebot gut.

Wenn es aber mehr Plätze als Nachfrage gibt - das hat Ihre Anfrage im Gesundheitsausschuss ja ergeben -, ist es der falsche Weg, einfach nur das Angebot zu erhöhen. Hier müssen wir doch erst einmal schauen, warum die Nachfrage nicht so

hoch ist, und eventuell Zugangshürden aus dem Weg räumen.

DIE LINKE hält es aber für sinnvoll, dass ein neuer Suchtbericht erstellt wird. Bis zum Frühjahr 2022 halten wir das allerdings für zu sportlich. Schließlich muss der Bericht aus dem Gesundheitsamt kommen, das zurzeit fast ausschließlich mit der Corona-Pandemie und den Folgen beschäftigt ist. Deswegen wäre unsere Bitte, hier keinen Endpunkt zu nennen und der Verwaltung die Zeit zu geben, die sie braucht.

Noch ein Wort zu den harten Drogen, weil Herr Paetzold das eben angesprochen hat: Mir ist es schon ein Anliegen, dass man auch einmal über Alkohol als Droge nachdenkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn die medizinischen Folgen, die diese Krankheit hat, sind in der Auswirkung genauso schlimm wie bei einem Heroinabhängigen. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird weiterhin das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich zunächst darüber abstimmen, den Antrag in den Gesundheitsausschuss zu verweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen. Damit ist der Antrag in den Gesundheitsausschuss verwiesen und wird dort sehr ausführlich beraten werden.

Ich komme zum nächsten Tagesordnungspunkt:

**3.1.12 Antrag der Fraktion Die Linke., Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend „Schutz vor Luftschadstoffen - Leitlinien der WHO zum Maßstab nehmen!“ AN/2632/2021**

Ich gebe Frau Tokyürek das Wort.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht uns mit diesem Antrag um einen Paradigmenwechsel.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 31**

Sie erinnern sich an die Debatten und Auseinandersetzungen bei der Überarbeitung des Luftreinhalteplans. Der leitende Maßstab für einen Luftreinhalteplan ist immer die Einhaltung der aktuell gültigen Grenzwerte. Die Maßnahmen, die sich in diesem Kölner Luftreinhalteplan finden, waren so ausgerichtet, dass die Grenzwerte innerhalb der gesetzten Zeit gerade so eingehalten worden sind.

Meine Damen und Herren, das reicht aber bei Weitem nicht. Auch Luft, die gerade so die Grenzwerte einhält, ist keine gesunde Luft.

Die WHO hat im September 2021 auf der Basis von wissenschaftlichen Untersuchungen neue Richtlinien veröffentlicht. Diese sind deutlich schärfer als die gesetzlichen Grenzwerte in Deutschland.

Kurze Beispiele: Für Feinstaub mit einer Partikelgröße von 2,5 Mikrometer empfiehlt die WHO einen Grenzwert von 5 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Das ist ein Fünftel des aktuellen gesetzlichen Wertes.

Bei Stickoxiden empfiehlt die WHO einen Grenzwert von 10 Mikrogramm. Das ist ein Viertel des aktuellen Grenzwertes, also viel zu hoch.

Diese neuen Leitlinien werden durch das Umweltbundesamt und durch die medizinischen Fachgesellschaften unterstützt. Wir haben in unserem Antrag auf ihre gemeinsame Erklärung verwiesen, und ich lege es jedem ans Herz, sich das einmal durchzulesen. Es ist teilweise erschreckend, was da zusammengefasst wird.

Meine Damen und Herren, es wird einige Zeit ins Land gehen, bis diese neuen Leitlinien in das EU-Recht eingeflossen sind, das EU-Recht in deutsches Recht übertragen wird und ein neuer Luftreinhalteplan die dann gültigen Grenzwerte umsetzt.

Ich möchte auch kurz auf diese Zusammenfassung hinweisen. Besonders interessant fand ich die Aussage der Wissenschaftler, dass bisher keine sicheren Schwellenwerte identifiziert werden konnten, unter denen Luftverschmutzung harmlos wäre. Das sollte uns doch zu denken geben. Diese Werte sind so hoch, man kann nicht identifizieren, ab welchem Wert Luftverschmutzung harmlos ist. Aber das ist sie wahrscheinlich nie.

Wir wissen aber bereits jetzt, dass die bisherigen Grenzwerte nicht ausreichen und dass die jetzige Schadstoffkonzentration zu gesundheitlichen Belastungen, Krankheiten und auch Todesfällen führt. Das gesamte Organsystem des Menschen ist davon betroffen.

Meine Damen und Herren, wir haben als Kölner Rat am 6. Februar 2018 den Beschluss gefasst - ich zitiere -:

Der Rat der Stadt Köln bekräftigt, den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Luftreinhaltung als höchste Priorität zu behandeln.

Wir sollten diesem, unserem eigenen Beschluss doch folgen. Es gibt keinen Grund abzuwarten. Was wir als Stadt jetzt tun können, sollten wir auch jetzt tun. Deswegen werbe ich für unseren Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird von der FRAKTION das Wort gewünscht? - Bitte schön.

**Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION):** Vielen Dank. - Hallo? Nein, das funktioniert nicht. - Doch, jetzt. Okay, wundervoll.

Danke, Frau Tokyürek, du hast alles Wichtige schon gesagt, und ich möchte es ganz simpel machen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Es scheint doch nicht zu funktionieren. Wenn Sie sich bitte ein anderes Mikrofon suchen oder nach vorne kommen. - Danke.

**Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION):** Mit Mikrofon ist es dann doch etwas besser, wenn es auch funktioniert. Wundervoll.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kolleginnen! Hallo Zuschauende! Ich mache es ganz simpel, weil alles Superwichtige bereits gesagt worden ist. Aber Folgendes möchte ich noch hinzufügen: Bessere Luft,

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 32**

das ist doch wirklich ein erstrebenswertes Ziel. Köln ist ein kleiner Fleck auf der Welt, doch die Luft, die hier verschmutzt wird, landet nicht nur in Köln, sondern - liebe Wetterkundler, Ihr werdet es bestätigen - überall auf der Welt. Deswegen ist jedes noch so kleine Stückchen Welt, an dem es bessere und gesündere Luft gibt, enorm wichtig für das große Ganze. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Gabrysch, wünschen Sie auch das Wort? - Ja.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Ich mache es wieder kurz von hier. Ich bedanke mich auch und schließe mich diesem wirklich inhaltvollen, wertvollen Redebeitrag vollumfänglich an. Ich kann an dieser Stelle wirklich nur alle darum bitten, auch einmal einem Antrag der kleinen oppositionellen Parteien und Einzelmandatsträger\*innen zuzustimmen, weil es in jeglicher Hinsicht eine sehr sinnvolle Sache ist, dass wir es hier und jetzt beschließen. Es gibt die neuen Leitlinien, und unser Auftrag ist: Wir sind verantwortlich für die Menschen in dieser Stadt. Also lasst uns zusammen Leben retten und - frei nach dem Motto der Klimagerechtigkeitsbewegung: *Unite behind the science* - auf die WHO hören! - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Recktenwald das Wort.

**Viola Recktenwald (SPD):** Ich hoffe, dass es hier funktioniert. - Ja, das klingt gut.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich möchte ein paar kurze Anmerkungen zu dem vorliegenden Antrag zum Schutz vor Luftschadstoffen machen.

Dem ersten Punkt dieses Antrags könnte die SPD-Fraktion zustimmen. Die Verbesserung der Luftqualität ist ein Ziel, wofür sich sicherlich alle demokratischen Kräfte vereinigen können.

Mit dem zweiten Punkt des Antrags haben wir allerdings ein paar Probleme. Bei dem ersten Satz können wir noch mitgehen. Natürlich ist es die Aufgabe der Verwaltung, zur weiteren Verbesserung der Luftqualität Vorschläge zu machen. Der zweite Satz klingt allerdings für uns nach Ihrem Versuch, die Citymaut wieder von hinten durch die Brust ins Auge in die Diskussion zu bringen. Da machen wir nicht mit.

Auch der dritte Punkt des vorliegenden Antrags ist aus unserer Sicht in Gänze abzulehnen. Die Messung der Luftqualität ist Aufgabe des Landes. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz betreibt in Köln vier Messstationen und zusätzlich 16 Passivsammler zur Überwachung der Luftqualität. Mit diesen Messstellen haben wir momentan schon einen guten Überblick über die Lage im Kölner Norden, im Süden, im Rechtsrheinischen und auch im Kölner Zentrum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN, auch im Umweltausschuss haben Sie schon den Antrag gestellt, weitere Messstationen in Merkenich aufzubauen, die von der Stadt Köln betrieben werden sollen. Aber auch hier hat die Verwaltung bereits dargelegt, warum dies keine neuen Erkenntnisse bringen würde. Es bestätigt sich auch unsere Befürchtung aus dem Umweltausschuss, dass die Forderung nach einer zusätzlichen Messstation einen Nachahmungseffekt haben wird, und zwar, dass dann am Ende jeder Stadtteil eine eigene Messstation fordern wird. Am Ende haben wir keine neuen Erkenntnisse, jedoch mehr Kosten und mehr Arbeit. Deshalb lehnen wir diesen Punkt ebenfalls ab. Und in der jetzigen Form gilt das leider auch für den gesamten Antrag.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

**Volker Görzel (FDP):** Vielen Dank. - Ich mache es auch vom Platz aus, denn die Kollegin von der SPD hat bereits deutlich gemacht, dass der Antrag in Ziffer 1 sicherlich von jedem von uns so unterschrieben würde. Wer wäre nicht für eine Verbesserung der Luftqualität? Die übrigen Punkte sind jedoch weder zielführend noch notwendig.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ihr seid zu unbeweglich und wollt es nicht!)



**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 33**

Die Ziffer 3, lieber Herr Kollege Weisenstein, ist eindeutig Landesthema. Zudem bin ich auch der felsenfesten Überzeugung, lieber Herr Kollege Weisenstein: Wenn wir an jeder Straßenecke in Köln reine Messstellen aufstellen würden, würde sich die Luftqualität dadurch überhaupt nicht verändern. Insofern bringt der Antrag in Ziffer 3 gar nichts.

Die Ziffer 2 ist natürlich das entsprechend Spannende an dem Antrag. Wir wissen, dass die Europäische Kommission bis zum Herbst, also drittes Quartal 2022, eine entsprechende Beschlussvorlage vorlegen wird, in der sie die Ergebnisse der WHO-Studie - es sind ja nur Empfehlungen, in Anführungsstrichen - erarbeiten muss. Ich denke, wir sollten Brüssel hier nicht in vorausseilendem Gehorsam zuvorkommen, um Entsprechendes zu beschließen.

Im Übrigen blendet der Antrag natürlich komplett aus - das ist das Entscheidende - welche Konsequenzen der Antrag hätte. Dadurch würde nicht nur der Straßenverkehr in Köln zum Erliegen kommen, die Elektromobilität ausgenommen, sondern es würde natürlich auch jeglicher Hausbrand zum Erliegen kommen, die Landwirtschaft würde massiv eingeschränkt. Kurzum - ich sage das deutlich -: Es würde ein Chaos entstehen, wenn auch ein gut gemeintes Chaos. Aber das alles führt, wie ich finde, ins Nichts. Deswegen können wir dem Antrag nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

**Christian Achtelik (Volt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause! In der Theorie begrüßen natürlich auch wir den Vorstoß, uns wieder einmal mit Luftqualitäten in Köln zu beschäftigen, wie wir das zum wiederholten Male auch schon im Umweltausschuss in den letzten Monaten getan haben.

Die Bedeutung einer hohen Außenluftqualität für die Kölnerinnen und Kölner ist, denke ich, klar. Es geht um Gesundheit, es geht um Umweltschutz, und ja, Luftverschmutzung ist nie harmlos - wenn ich meine Vorrednerin zitieren darf -, aber wir leben alle in einer Großstadt und nicht auf einem

einsamen Berge, sodass wir hier vermutlich nie die perfekte Luft haben werden. Trotzdem sollten wir natürlich daran arbeiten, und deshalb möchte ich an die Mittelverwendung appellieren.

Sie reden von einem Paradigmenwechsel, aber trotzdem reden wir doch letztendlich von einem parallelen Messsystem, das es bereits gibt. Es gibt ein Messsystem des LANUV. Ja, wenn man die Messstationen auf einer Karte plottet, sieht man natürlich den einen oder anderen weißen Fleck und einige Schwerpunkte Richtung Industrie im Süden und Richtung Industrie im Norden. An dieser Stelle kann man darüber sprechen, ob die Verteilung der Messstationen noch aktuell ist. Aber sollten wir das hier oder im Umweltausschuss tun? Die Frage stelle ich nur einmal in den Raum.

Dennoch möchte ich an dem Punkt - mit Blick zur Fachverwaltung - einmal darum bitten, dass wir bzw. nicht wir, sondern die Fachverwaltung sich gemeinsam mit dem LANUV die Verteilung dieser Messstationen anschaut, ob das wirklich noch aktuell ist oder ob dort vielleicht eine von linksrheinisch nach rechtsrheinisch verlegt werden kann. Dann kommen wir, glaube ich, in die Richtung, die dieser Punkt 3 in Ihrem Antrag bezwecken soll. Denn - ich wollte eigentlich auf die Kosten eingehen - ein neues Messsystem kostet uns unfassbar viel und wird keinen einzigen Luftschadstoff aus der Luft herausnehmen.

(Beifall bei Volt)

Also lasst uns diese Mittel konsequent in eine Luftverbesserung und nicht in eine Luftmessung stecken. Danke für den Antrag an die antragstellenden Fraktionen. Lassen Sie uns das gemeinsam in eine richtige Richtung lenken. Aber so findet dieser Antrag auf unserer Seite Ablehnung. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich jetzt über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE und Die FRAKTION, Herr Zimmermann und Frau Gabrysch. Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 34**

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

**3.1.13 Antrag der FDP-Fraktion betreffend  
„Obdachlosigkeit in Köln - Herausforderungen und Lösungen“  
AN/2619/2021**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE  
FRAKTION  
AN/2680/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD,  
Die Linke. und FDP  
AN/2681/2021**

Ich gebe Frau Hoyer das Wort.

**Katja Hoyer (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sie alle erinnern sich an das Ritual von RKI-Chef Wieler und von dem ehemaligen Gesundheitsminister Jens Spahn, die ihre Pressekonferenzen immer damit anfangen: Es ist fünf vor zwölf, es ist fünf nach zwölf, es ist halb eins usw. usf. Ich glaube, bei dem heutigen Thema Obdachlosigkeit in Köln brauchen wir diese Vergleiche nicht. Ich glaube, jeder in dieser Stadt weiß, was die Stunde geschlagen hat. Das Thema darf nicht mehr aufgeschoben werden. Handeln ist gefragt, und zwar hier und heute.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der  
LINKEN)

Wir müssen eine Lösung finden, vor allem für die wohnungslosen Menschen, die unsere Unterstützung brauchen, aber auch für die Kölner Bürgerinnen und Bürger, die sich in den Straßen und auf den Plätzen unserer Stadt ungestört aufhalten wollen.

Dieser offensichtliche Handlungsdruck war auch die Motivation für meine Fraktion, einen Antrag zu dem Thema in den Rat einzubringen. Wir sind auch bereit, im Sinne einer schnellen, ganzheitlichen Lösung Kompromisse einzugehen. Daher freue ich mich darüber, dass SPD und DIE LINKE unsere Initiative aufgegriffen haben und wir zu einem Kompromiss gefunden haben, der sich in dem heutigen Änderungsantrag wiederfindet.

Schade finde ich, dass wir mit dem Ratsbündnis keine Lösung finden konnten. Der Änderungsantrag der FRAKTION ist insofern hinfällig, als dass es diese App in unserem Änderungsantrag gar

nicht mehr gibt, aber die Idee mit einer guten Nummer, die eindringlich ist, wollen wir gerne aufgreifen.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass sich durch die Pandemie die Problematik der Wohnungslosigkeit noch einmal verschärft hat. Insbesondere die zunehmende Zahl wohnungsloser Menschen mit psychischen Erkrankungen führt bei den Bürgerinnen und Bürgern zur Verunsicherung. Hinzu kommt, dass sich die Obdachlosigkeit ausgebreitet hat. Trafen sich bisher obdachlose Menschen hauptsächlich an zentralen Orten, sind sie nun in der gesamten Stadt anzutreffen.

Wir alle wissen dies alles seit Monaten, aber trotzdem brauchten Bürgerinitiativen lange Zeit, bis sie in der Verwaltung Gehör gefunden haben. Deshalb fordern wir auch einen zentralen Ansprechpartner in der Verwaltung. Ich weiß, Frau Stadtdirektorin, Sie sind mit der Bürgerinitiative Zukunft Neumarkt im Dialog. Es gibt den Beschluss im AVR. Es gibt die Bemühungen in der Sozialverwaltung, gemeinsam mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenpolitik Ansätze für dieses Thema zu entwickeln. Alles gut und schön, aber wir brauchen eine ämterübergreifende und eine dezernatsübergreifende Zusammenarbeit.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der  
LINKEN)

Damit dies schnell und effizient geschieht, brauchen wir eine Taskforce, die bei Ihnen angesiedelt ist, Frau Oberbürgermeisterin. Aber die dezernatsübergreifende Zusammenarbeit allein reicht nicht. Wir brauchen ein Gesamtkonzept, das alle Aspekte im Zusammenhang mit Obdachlosigkeit berücksichtigt. Das sind neben präventiven und sozialpolitischen Maßnahmen eben auch ordnungspolitische sowie stadtgestalterische.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz kurz noch eine Anmerkung zum Schluss: Im vergangenen Jahr gab es Wärmezelte am Bürgerhaus Stollwerck. Dort konnten sich Wohnungslose aufhalten. Das war eine gute Idee. Dieses Jahr gibt es sie nicht mehr. Ich finde, das ist schon sehr, sehr bedauerlich. Die Begründung für ihre Abschaffung war zum einen die Corona-Pandemie und zum anderen, dass es nun die Gelegenheit gäbe, sich an der Ostmerheimer Straße zu treffen. Ich glaube, die pandemische Lage ist in diesem Winter nicht weniger schwierig als im vergangenen

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 35**

Jahr. Zudem sind Aufenthaltsmöglichkeiten an der Ostmerheimer Straße deutlich unattraktiver als in der Innenstadt und werden dementsprechend auch nicht angenommen. Auch hier brauchen wir adäquate Aufenthaltsmöglichkeiten.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Ich könnte noch viel mehr ausführen, weil das Thema so umfassend und so wichtig für unsere Stadt ist, aber meine Redezeit ist abgelaufen. Ich hoffe, dass die Kollegen von SPD und der LINKEN das dann weitermachen. - Danke.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Rudolph das Wort.

**Floris Rudolph** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg\*innen! Wir haben heute mehrere Anträge bzw. Änderungsanträge zum Thema Obdachlosigkeit vorliegen. Dass wir uns alle im Rat und auch in der Verwaltung mit der Verbesserung der Lebenssituation von obdachlosen Menschen beschäftigen, das freut mich außerordentlich, muss ich gestehen.

Wir haben als Gestaltungsbündnis für den Haushalt 2022 verschiedene Maßnahmen mit Geldern hinterlegt. Dafür möchte ich Ihnen zwei Beispiele nennen: Das sind einerseits 1 Million Euro für zusätzliche Hilfe für obdachlose Menschen und andererseits 300 000 Euro für den Ausbau des Housing-First-Ansatzes. Eine ernsthafte Auseinandersetzung schaffen die vorliegenden Anträge der FDP und die Änderungsanträge von der LINKEN und SPD aber eben nicht. Es sind schön klingende Maßnahmen, die in einem wirren Sammelsurium zusammengefasst sind.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ein Großteil der Forderungen besteht entweder schon oder - das wissen Sie alle ganz genau - befindet sich gerade in der Verwaltung und auch bei uns in Bearbeitung. Dazu gehört auch der von Ihnen erwähnte Masterplan, Frau Hoyer. Der Verwaltung oder auch uns Untätigkeit vorzuwerfen,

ist purer Populismus und hilft den Menschen nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Mir scheint es, als ginge es Ihnen nicht um obdachlose Menschen, sondern um pure, reine Profilierung. Eine akute Dringlichkeit besteht bei den Anträgen, die Sie gestellt haben, bei den Forderungen der Winterhilfe. Sie werden sicherlich erfreut sein, zu hören, dass Wärmezelte im Krisenstab bereits beschlossen wurden. Vielleicht wissen Sie das auch schon. Ich hoffe, dass die Vorbereitungen bald insofern getroffen sind, als dass ein neuer Tagesaufenthalt zu Weihnachten zur Verfügung steht. Da uns allen aber die Verbesserung der Lebenssituation von obdachlosen Menschen am Herzen liegt - das unterstelle ich nicht, das weiß ich aus der Zusammenarbeit -, beantrage ich die Verweisung des Antrages und der Änderungsanträge in den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Paetzold das Wort.

**Michael Paetzold** (SPD): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Halten wir doch zunächst einmal fest, wüber wir überhaupt reden. Wenn wir über Obdachlose sprechen, dann reden wir über Menschen, dann reden wir über Bürger\*innen der Stadt Köln.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der CDU)

Wenn wir uns diesen Menschen ohne Obdach nicht schon aus humanitären Gründen verpflichtet fühlen, dann aber auf jeden Fall als Rat und Verwaltung dieser Stadt, die wir Sachwalter für das Wohl aller Bürger\*innen sind, eben auch der Menschen ohne Obdach.

Es wurde aber auch gesagt, was leider stimmt, dass Obdachlose oft verwahrlost wirken. Aber ist es ihre Schuld? - Nein! Obdachlose haben teilweise tage- und wochenlang keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen und Waschmaschinen.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 36**

Das wollen wir ändern, und zwar, liebe CDU und Grüne, sofort! Morgen! Spätestens übermorgen!

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Es stimmt leider auch, dass sich Menschen ohne Obdach - nicht alle, aber viele von ihnen mit Alkoholproblemen und anderen Süchten - zu Gruppen im öffentlichen Raum zusammenfinden, auf den zentralen Plätzen unserer Stadt. Das ist kein schöner Anblick, das gebe ich zu. Da geht es laut zu, da wird krakeelt und gepöbelt. Aber sind die Menschen ohne Obdach allein daran schuld, allein dafür verantwortlich? - Nein! Denn ohne Obdach zu sein, heißt, kein Dach über dem Kopf zu haben, keine Wohnung, kein Zimmer. Für diese Menschen ist der Neumarkt, der Wiener Platz oder der Breuerpark bei uns in Kalk das Wohnzimmer, die Wohnung. Wenn wir wollen, dass diese Menschen kein öffentliches Ärgernis darstellen, dann helfen uns Platzverweise und andere ordnungsrechtliche Maßnahmen nicht weiter. Irgendwo müssen diese Menschen ja hin. Wenn wir sie von einem Platz vertreiben, dann gehen sie eben zu einem anderen.

Was hilft - das hat Katja Hoyer auch schon betont -, sind Angebote zum Tagesaufenthalt. Orte, an denen Menschen ohne Obdach willkommen sind. Diese Angebote müssen über die Stadt verteilt und gut erreichbar sein. Das Tagesangebot nicht weit von uns in Merheim ist eine gute Idee, ist auch sicher gut gemacht, aber es ist völlig blauäugig, zu glauben, dass irgendjemand vom Neumarkt dorthin fährt.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Und wie Katja Hoyer vermisste ich schmerzlich die Wärmezelte. Ich höre mit Freude, dass der Krisenstab sie beschlossen hat. Ich hätte noch größere Freude, wenn sie schon stünden, denn es ist kalt.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Und ja, da müssen wir uns ehrlich machen, an diesen Orten muss der Konsum von Alkohol und vielleicht auch von anderen Drogen möglich gemacht werden. Anders geht das nun mal nicht.

Nächster Punkt: In Köln sollte wenigstens im Winter niemand im Freien übernachten müssen. Wir

haben genug Schlafplätze in unseren Notunterkünften. Wenn aber viele Menschen ohne Obdach diese Angebote nicht annehmen und lieber draußen im Kalten bleiben, dann muss uns das nachdenklich machen. Vielleicht müssen wir dann einmal das Ganze aus der Perspektive der Menschen betrachten, die wir ins Warme bringen wollen. Ist es so abwegig, dass Paare für die Nacht nicht getrennt werden möchten und dass Menschen ohne Obdach ihren Hund für die Nacht nicht irgendwo abgeben wollen? Menschen ohne Obdach sehnen sich sicher nach einer Tür, die sie hinter sich schließen können, so wie wir das, wenn wir heute Abend nach Hause kommen, alle tun.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Sie sehnen sich nach einem Einzel- oder Doppelzimmer, das für wenigstens diese Nacht ihnen gehört; das gilt ganz besonders für Frauen oder Menschen, die besonders schutzwürdig sind. Und sie wollen auch nicht morgens um sieben wieder hinaus in die Kälte geschickt werden.

All das hat der Rat am 14. Januar dieses Jahres beschlossen, aber es hapert arg an der Umsetzung. Und, liebe Katja, jetzt sage ich es doch: Jetzt ist der Winter da, es ist fünf nach zwölf - mindestens! Wir brauchen jetzt ganz schnell all die Maßnahmen, die Frau Hoyer Ihnen soeben vorgestellt hat. Liebes Gestaltungsbündnis, geben Sie sich einen Ruck! Tun Sie das Richtige, und tun Sie es jetzt! - Danke.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Anwesende! Vor einem halben Jahr, am 1. Juli, veröffentlichte die Liga der Wohlfahrtsverbände ein wichtiges Grundsatzpapier zur Wohnungs- und Obdachlosenpolitik und forderte die Verstärkung des Winterhilfeangebots an einem festen Ort. Am 16. September, also zweieinhalb Monate später, schreibt Dr. Rau in einer Reflektion über die Ent-

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 37**

scheidung des Stadtvorstandes, ein Gesamtkonzept *Prävention von Obdachlosigkeit* zu erstellen. Ich zitiere:

OB Reker möchte eine Vorlage in den nächsten Sitzungslauf einbringen.

Es gibt bis heute weder ein Gesamtkonzept noch ein aktuelles Hilfekonzept für diesen Winter. Das kritisieren wir, und darüber sind wir sehr unzufrieden!

(Beifall bei der LINKEN)

SPD, DIE LINKE und FDP haben CDU und Grüne mehrfach das Angebot gemacht, heute hier mit einem gemeinsamen Antrag aufzutreten. Ihr Stillstandbündnis ist sich zu fein. Sie wissen noch nicht, wie Sie Ihre 1 Million Euro ausgeben wollen. Wenn nicht im Winter, wann wollen Sie diese 1 Million Euro ausgeben? Das frage ich Sie, bitte schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

Wir wollen eine schnelle Hilfe. Wir wollen, dass die Verwaltung jetzt zügig ein Gesamtkonzept erstellt. Und liebe Kölner Grüne, ein Blick nach Berlin, wo es Rot-Grün-Rot gibt, schauen Sie sich das einmal an! Dort gibt es einen Masterplan Obdachlosigkeit von dieser Koalition.

SPD, DIE LINKE und FDP, Arsch huh, das Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot, die Liga der Wohlfahrtsverbände, aber auch der Kölner Einzelhandel in der Innenstadt: Wir wollen helfen! Wir wollen jetzt, dass etwas passiert.

Papst Franziskus erklärte 2020 in seiner Sozialenzyklika

(Unruhe)

- hören Sie mal zu, das ist sehr interessant -, ich zitiere:

Wir wollen von der Politik „gegenüber“ den Armen zu einer Politik „mit“ und „der“ Armen gelangen.

Ein sehr gutes Zitat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vielleicht können Sie sich auch noch an die Debatte über das OMZ erinnern, wo wir gesagt haben: Jawohl, wir wollen den Gedanken, dass

Selbstverwaltung möglich ist, unterstützen. - Ja, warum tun wir dann nicht mehr? Warum erreichen wir nicht, dass wir zum Beispiel Zelte aufstellen, wo sich die Leute selbst organisieren und miteinander kommunizieren können? Ich weiß, der Verwaltung wird jetzt in der Pandemie viel abverlangt, aber es ist eine hoheitliche Aufgabe, Obdachlose menschenwürdig unterzubringen. Wenn wir diesen Antrag hier stellen, schützen wir nicht nur die Obdachlosen, sondern auch die Verwaltung vor eigenen Fehlern. Deswegen stellen wir diesen Antrag. Aber Sie sitzen die Sache nur aus! Schauen Sie sich mal die Situation an: Die Reso-Dienste der Stadtverwaltung sind ganz schwach besetzt, und wenn wir dort nicht etwas tun: Arme Stadtverwaltung!

Liebe Verwaltung, erinnern Sie sich bitte an den März 2020. Damals hat das OLG Münster gegen die Stadt Köln entschieden, dass eine obdachlose fünfköpfige Familie auf 30 Quadratmeter nicht angemessen untergebracht ist. Das Gericht entschied, dass jeder Obdachlose einen Anspruch auf eine Mindestfläche von 9 Quadratmeter Wohnraum hat. Deshalb sehen wir das so, dass die Unterbringung von Obdachlosen in Einzelzimmern eine ganz entscheidende und wichtige Forderung ist, die die Initiativen aufgestellt haben und in die Öffentlichkeit bringen. Wir unterstützen das! Lassen Sie uns gemeinsam für eine Stadt ohne Obdachlosigkeit und Armut kämpfen!

Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit von SPD und FDP. Es hat Spaß gemacht. Wir müssen trotzdem gemeinsam weiterkämpfen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Hock das Wort.

**Michael Hock** (Die FRAKTION): Liebe Frau Reker! Meine Damen und Herren hier und an den Geräten! Liebe alle! Als wir den Antrag der FDP-Fraktion *Obdachlosigkeit in Köln - Herausforderungen und Lösungen* lasen, fielen wir aus allen Wolken - wie Jürgen Möllemann. Die FDP, die sich wie keine andere Partei für die Interessen der Finanz- und Vermögenseliten bundesweit starkmacht, möchte den Obdachlosen helfen. Was war aus unserer magenta-relaunchten Spaßpartei mit

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 38**

ihrer schwarz-weiß gefilterten Marktradikalen geworden? Bisher hatte sie mit ihren Nonsens-Klassikern *Der Markt regelt das!* und *Wachstum forever!* sowie einem Bankrotteur an ihrer Spitze verlässlich geliefert, nämlich Realsatire vom Feinsten. Sogar die allmächtige Partei Die PARTEI hatte sich von ihr inspirieren lassen: Dr. Mark Benecke, Landesvater der Die PARTEI NRW, verkündete zur letzten Kommunalwahl mitten ins furchtsame Wahlvieh: Fürchtet euch nicht! Der *Markt* regelt das!

Kurzum: Liebe Liberalen, wir hatten euch bisher so verstanden, dass alles Unglück dieser Welt entweder daher rührt, dass nicht jeder die ihm gegebene Chance ergreift, oder aber der Staat wild herumreguliert, anstatt alles den höheren Mächten der Märkte oder des Wettbewerbs und so weiter zu überlassen. Konfrontiert mit dem ganz realen Ergebnis eurer Klientelpolitik, zum Beispiel für eure Großspender aus der Immobilienindustrie, hätten wir vor diesem Hintergrund eine andere Reaktion von euch erwartet als diesen Antrag, eher so in die Richtung - wenn dieses popkulturelle Zitat erlaubt ist - wie in dem einen Film der Coen Brothers, wo sich doch der arme Mann und der reiche Mann anschauen und der reiche Mann sagt:

Die Revolution ist vorbei, Mr. Lebowski. Schade eigentlich! Der Penner hat verloren! Hören Sie auf meinen Rat und tun Sie das, was Ihre Eltern getan haben: Suchen Sie sich einen Job! Der Penner wird immer verlieren!

Nun zurück zu Ihrem Antrag. Leise hören wir von Melaten Herrn Dr. Guido Westerwelle etwas von *geistig-moralischer Wende* raunen, und vielleicht ist ja davon etwas down-getrickelt bis in die Herzen der Antragsteller.

(Zurufe von Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen] und Niklas Kienitz [CDU])

Liebe Freunde und Freundinnen, ich möchte mich kurzhalten: Bedenken second. Selbstverständlich unterstützen wir euren abgeänderten Antrag.

Zu dem Ursprungsantrag, den Sie auf unsere Anregung hin angepasst haben, ein kleiner Tipp unter uns schmierigen populistischen Kleinparteien: Sie wollten die *Sag's uns*-App der Stadt um die Kategorie *Meldung hilfsbedürftiger obdachloser*

*Personen* erweitern. Das ist etwas unschön, wenn man bedenkt, dass die App Beschwerden zum Kölner Stadtbild aufnimmt. Wir jedenfalls haben mit Kölner Obdachlosen gesprochen, und dort war man von der Aussicht, demnächst von Bewohnern des Gerling-Viertels mit der Handykamera gejagt zu werden, mäßig begeistert. Ihnen weniger freundlich gesinnte Menschen als wir könnten gar annehmen, Sie sähen in den Obdachlosen lediglich eine dornige Chance zur Durchsetzung einer Welt, in der nur Sie und Ihre Wähler in einem schwarz-weiß gefilterten Sonnenuntergang durch die Architektur Arno Brekers flanieren, ohne dass Ihnen irgendein Penner die Aussicht versaut.

Nun, wir werden dem Änderungsantrag so zustimmen, wie ich gesagt habe, und gern geschehen für den Hinweis. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Frau Gabrysch.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Vielen Dank. - Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hören Sie mich jetzt? - Okay, vielen Dank. Jetzt ist es, glaube ich, lauter. Ich kann auch die Maske mal abnehmen. Vielleicht lohnt es sich auch nicht wirklich, diese vom Tisch bis ans Mikro immer wieder aufzusetzen.

Ich möchte mich auf jeden Fall bei den Antragsteller\*innen bedanken und sozusagen zu Protokoll geben, dass ich nur nicht schnell genug war, sonst würden die KLIMA FREUNDE als Antragsteller\*innen mit draufstehen. Ich hatte tatsächlich beim Lesen des ursprünglichen Antrages erst einmal so ein bisschen Bauchschmerzen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Gabrysch, ich muss Sie doch bitten, die Maske aufzusetzen, weil Sie nicht den notwendigen Abstand haben.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Okay, mache ich. Danke. Ich hoffe, man versteht mich

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 39**

trotzdem. - Jetzt habe ich gerade den Faden verloren; ich muss mal kurz darüber nachdenken.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Sie waren nicht schnell genug, um sich anzuschließen.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Genau. Ich bin der FRAKTION für den Hinweis sehr dankbar. Ich las das nämlich auch zuerst so, dass die Obdachlosen als Schandfleck in der Stadt gesehen wurden. Insofern bin ich dankbar für den Hinweis und finde es sehr gut, dass in dem Änderungsantrag der Vorschlag, Obdachlose über die App melden zu können, jetzt nicht mehr so steht.

Ich muss mich allerdings wundern, mit welcher - für mein Empfinden - Arroganz hier die Antragsteller\*innen mit ihrem Anliegen vom selbsternannten Bündnis abgebügelt werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Bei aller Wertschätzung des Kollegen, aber es können auch durchaus Menschen, die nicht Teil des Bündnisses sind, mal sinnvolle Ideen und Vorschläge haben. Bezüglich der Aussage, dass der Vorwurf der Untätigkeit an das Bündnis und an die Verwaltung reiner Populismus sei, schließe ich mich dem Vorredner an und bin ganz der Meinung, es reicht eben nicht, dass die Dinge in Bearbeitung sind. Es gab bereits die ersten, im wahrsten Sinne des Wortes, eiskalten Nächte. Dieser Winter kommt - wie jeder andere auch - nicht überraschend. Zelte könnten längst stehen, andere Maßnahmen könnten längst ergriffen worden sein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Winter gibt es jedes Jahr, und Obdachlose haben wir auch. Es gibt sie leider immer noch auf unseren Straßen.

Dann zum Geld: Natürlich ist es sehr erfreulich, dass die genannten Summen für dieses Thema zur Verfügung gestellt werden. Ich möchte eine Aussage eher als Frage in den Raum stellen: Wenn es zum Beispiel um Linda Rennings, die *Kölsche Linda* und ihren *Heimatlos in Köln*-Verein geht, frage ich mich doch, warum die Stadt das Geld offensichtlich hat, für rund 1 Million Euro oder auch mehr - darauf wird es ja ungefähr hin-

auslaufen - einen schicken Brunnen auf dem Neumarkt zu bauen, aber zum Beispiel keine 20 000 Euro hat, um weiterhin, wie in den letzten beiden Jahren, den Verein zu fördern. - Danke.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Es gibt jetzt eine zweite Rederunde. Es beginnt Frau Hoyer, und dann hat Herr Kienitz das Wort.

**Katja Hoyer (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es hier vom Platze aus. - Tja, Herr *Hocke*, das ist schon schlecht, wenn sich eine Partei nicht so verhält, wie Sie sich das in Ihrem Weltbild vorstellen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Deswegen war ja auch Ihr ganzer Beitrag eigentlich nur dazu, wie Sie die FDP sehen, und nicht inhaltlich zu unserem Antrag. Es tut mir ja nun leid, dass Sie mit Ihrem Weltbild da nicht klarkommen, aber eines muss ich schon sagen: Schauen Sie mal, wie Leute handeln! Ich finde es zudem auch immer schwierig, wenn Personen so angegriffen werden, wie Sie das mit dem ehemaligen Außenminister Guido Westerwelle gemacht haben. Ich habe ihn gekannt. Ich weiß, was er für ein Mensch war. Und ich finde das ziemlich daneben.

(Lebhafter Beifall)

Und noch eine Anmerkung: Ich versuche mich an den Inhalten zu orientieren und nicht an dem Weltbild, was ich jetzt von der FRAKTION habe. Deswegen haben wir Ihren Antrag mit dieser Nummer aufgenommen. Er ist inhaltlich richtig, aber ich fange jetzt nicht an, darüber zu philosophieren, was ich für Erwartungen an Ihre Fraktion habe. Ich freue mich, wenn Sie sich inhaltlich einbringen, und ich glaube, Politik ist immer gut, wenn man sie ohne Scheuklappen macht. - Danke.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Kienitz hat auf seinen Wortbeitrag verzichtet, aber vielleicht überlegt er es sich noch einmal, nachdem Herr Hock gesprochen hat.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 40**

(Heiterkeit)

Überlegen kann man ja immer. - Herr Hock.

**Michael Hock** (Die FRAKTION): Frau Hoyer, Hock ist mein Name und nicht Herr Hocke. Das ist sehr wichtig.

(Zurufe)

Können Sie mich hören? - Frau Hoyer, mein Name ist Hock, nicht Hocke. Mein Weltbild ist keineswegs zerstört, sondern bestätigt worden. Ich halte das für einen populistischen Antrag, der bei Ihnen - wie ich es formuliert habe - vielleicht irgendwo down-getrickelt ist, weil Sie gesehen haben, dass es Sinn macht, etwas für die Obdachlosen zu unternehmen. Ihre gesamte Politik - das ist sicherlich nicht der Ort, wo wir das diskutieren müssen, aber gerne an anderer Stelle - widerspricht diesem Antrag. So viel noch einmal zur Klarstellung.

Ansonsten halte ich mich kurz wegen dieses Corona-Dings, und wir wollen ja irgendwann nach Hause. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, oder übersehe ich etwas? - Nein.

(Michael Paetzold [SPD] meldet sich zu Wort)

Dann lasse ich zunächst über den Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der Fraktionen DIE LINKE, SPD, FDP, Die FRAKTION, von Frau Gabrysch und Herrn Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist der Antrag beschlossen; es ist verwiesen.

Gibt es noch einen Geschäftsordnungsantrag, Herr Paetzold? Wollen Sie eine persönliche Erklärung abgeben? Ich weiß nicht, was passiert.

**Michael Paetzold** (SPD): Ja, genau, das möchte ich! Entschuldigung, ich konnte nicht so laut rufen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Entschuldigung, ich konnte es nicht erkennen. - Herr Paetzold.

**Michael Paetzold** (SPD): Ich möchte die Aussagen von Herrn Hock nicht so stehen lassen. Ich kenne Frau Hoyer schon lange. Sie und ihre Kolleginnen und Kollegen von der FDP arbeiten im Sozialausschuss sehr gut mit. Wir haben sehr häufig ein Einvernehmen. Der Kollegin ein soziales Gespür abzusprechen, das halte ich für unmöglich!

(Lebhafter Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Damit können wir die Anträge verlassen.

Wir kommen nun zu:

### **3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Abs. 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

#### **3.2.1 Verbesserung der Schulinfrastruktur; hier: Container für die Elternarbeit, Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen 1645/2021**

Wird das Wort gewünscht, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse abstimmen wie Schulausschuss, Anlage 3.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu:

### **4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Tagesordnungspunkt

#### **4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Rattenplage und Abfallproblematik auf dem Kölnberg“ AN/2622/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 14.12.2021**



### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 41

**4316/2021**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Wenn es Nachfragen gibt, werden sie schriftlich beantwortet. Bitte reichen Sie sie bei uns ein.

Tagesordnungspunkt

**4.2 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Ströer/Werbenutzungsvertrag“ AN/2672/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 14.12.2021 4317/2021**

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor.

Tagesordnungspunkt

**4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Kostenlose FFP2-Masken für Köln-Pass-Inhabende“ AN/2676/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 14.12.2021 4307/2021**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Tagesordnungspunkt

**4.4 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „CoronaCarnevalColonia - Where ist my Wert“ AN/2677/2021**

Diese kurzfristig eingegangene Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Ich rufe auf:

**5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen**

**5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**5.4.1 Petition der Seebrücke „Grünes Licht für die Aufnahme von Menschen an der belarussischen-polnischen Grenze“ 4052/2021**

Ich bitte Sie, mir dazu einige Sätze zu gestatten.

Die unmenschliche Situation der Flüchtenden an der polnisch-belarussischen Grenze zeigt uns einmal mehr - das ist, glaube ich, deutlich geworden -, wie wichtig eine gesamteuropäische Geflüchtetenpolitik ist. Diese wird von uns ja schon seit Langem eingefordert. Es ist unerträglich, dass Menschen in Not bei politischer Auseinandersetzung als Druckmittel genutzt werden und absichtlich in so eine ausweglose Situation gebracht werden. Auch das haben wir schon festgestellt.

Als Oberbürgermeisterin möchte ich im Namen der Stadt Köln und gemeinsam mit dem Bündnis *Städte Sicherer Häfen* an die neue Bundesregierung appellieren, kommunale humanitäre Aufnahmeprogramme für Geflüchtete auch zeitnah zu ermöglichen.

Zudem möchte ich gegenüber der Bundesinnenministerin anbieten, Geflüchtete von der polnisch-belarussischen und polnisch-deutschen Grenze hier in Köln freiwillig, also über die Zuweisungszahlen hinaus, aufzunehmen.

Ich bitte Sie, den Rat, für dieses Vorgehen heute um Unterstützung. Denn ich meine, dass wir als Mitglied dieses Bündnisses *Städte Sicherer Häfen* nicht wortlos zusehen dürfen, welche Unmenschlichkeit sich an der polnisch-belarussischen Grenze derzeit abspielt.

Wir haben Ihnen die Anregung des Integrationsrates übermittelt. Ich bitte Sie, dieser Anregung zu folgen.

Jetzt frage ich zunächst nach Wortmeldungen. - Wenn das nicht der Fall ist -

(Christer Cremer [AfD]: Doch!)

- Doch. Bitte sehr.

**Christer Cremer (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und am Livestream! Wie Sie sich wahrscheinlich denken können, werden wir diese Vorlage ablehnen. Denn wir halten sie für grundlegend falsch.

Frau Oberbürgermeisterin, vielleicht auch noch kurz zu Ihrer Erklärung: Eine europäische Migrationspolitik wäre gut; aber da sollte Polen das Beispiel sein und nicht Deutschland.

(Beifall bei der AfD)

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 42**

Ich sage hier ganz offen den polnischen Grenzbeamten, die da ihre Pflicht tun, vielen Dank für das, was sie leisten.

(Beifall bei der AfD)

Denn sie stellen sicher, dass wir nicht erpressbar sind.

Außerdem sollten wir Deutsche auch gerade mit Blick auf unsere Geschichte sehr vorsichtig sein, Polen irgendwelche Vorgaben zu machen.

(Vereinzelt Lachen)

Aber zurück zur Vorlage: Sie geht von einer völlig falschen Maßgabe aus, und zwar davon, dass es sich um Geflüchtete handelt, im Volksmund Flüchtlinge genannt. Es sind keine Flüchtlinge. Es sind Wirtschaftsmigranten. Sie haben sich in ihren Heimatländern ein Touristenvisum für Belarus organisiert, sind dort in ein Reisebüro gegangen, sind ganz normal in private Flugzeuge gestiegen und sind dahin geflogen. Sie sind also keine Flüchtlinge nach der Definition.

Zum Teil sind diese Leute, auch wenn sie aus dem Irak kommen, sogar über die Türkei eingereist. Sie waren also in einem Land, in dem sie nicht verfolgt waren. Wahrscheinlich sind sie sogar noch nicht einmal im Irak verfolgt worden. Denn jetzt fliegen sie wieder zurück. Wenn ich verfolgt bin, dann fliege ich nicht zurück. Das ist doch ganz einfach.

Außerdem würden diese Menschen, wenn sie Flüchtlinge wären, ja zum Beispiel auch, wenn sie in Polen sind, dort den Antrag auf Asyl stellen. Nein, sie wollen weiter nach Deutschland.

Es sind in erster Linie junge Männer. Hier handelt es sich um eine ganze Industrie, die dort gefüttert wird. Vor dem Hintergrund, dass wir heute über Obdachlosigkeit sprechen, es dann noch um das eine oder andere LSBTI-Thema geht und wir auch noch die Kölner Silvesternacht haben, die sich bald jährt, kann ich wirklich nur sagen: Wer das jetzt noch fordert, hat den Schuss immer noch nicht gehört.

Die Probleme der Welt werden wir nicht in Deutschland lösen, auch nicht die sozialen Probleme. Sonst müssten wir ja auch sagen können: Jeder aus Südamerika, der dort in einem Slum lebt, hat das Recht, sofort hier einzureisen, genauso jeder aus Afrika. - Da kommen Sie auf sehr

hohe Zahlen. Und am besten auch noch alle gleich nach Köln! Gleichzeitig wird hier immer über Wohnungsmangel etc. diskutiert. Das funktioniert nicht.

Deswegen will ich meine Rede mit den von Peter Scholl-Latour überlieferten Worten beenden:

Wer halb Kalkutta aufnimmt, hilft nicht etwa Kalkutta, sondern wird selbst zu Kalkutta!

Und das können Sie auf fast jede andere Region der Welt übertragen. Deswegen empfehlen wir, dass wir vor Ort Hilfe leisten. Aber wir empfehlen mit Blick auf Deutschland eines: eine vernünftige Grenzsicherung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

**Jennifer Glashagen (Voll):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mitglieder der AfD-Fraktion! Liebe Personen am Livestream und Gäste hier im Gürzenich! Ich hatte eigentlich gehofft, diese Rede heute nicht halten zu müssen, weil meine Hoffnung war, dass es letztes Mal wirklich die Spitze des Eisberges gewesen wäre. Doch ich habe mich geirrt. Bei unserer letzten Sitzung, in der es um den Kölner Haushalt ging, hat Herr Boyens von der AfD einen Redebeitrag eingebracht, den ich richtigerweise nur als Hassrede bezeichnen kann. Denn er hat versucht, die Kölnerinnen und Kölner gegen schutzsuchende Menschen auszuspielen.

Heute ist genau das Gleiche schon wieder passiert. Schutzsuchende Menschen werden hier gegen Obdachlose ausgespielt. Das kann doch nicht sein. Was soll denn der Quatsch?

Darüber hinaus hat er die muslimischen Kölnerinnen und Kölner pauschal als Minderleister bezeichnet.

(Zuruf von der AfD)

### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 43

Ich erspare Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Wiederholung von Herrn Boyens' weiterem rassistischen Vokabular, das wir uns hier ständig anhören mussten.

Nun, ich dachte in diesem Moment, tiefer könne das Niveau im Kölner Rat nicht sinken. Da habe ich mich getäuscht. Auch heute wird wieder gegen Menschen, die auf der Suche nach Hilfe sind, die ganz klar auf der Flucht sind, gehetzt. Es wird gehetzt.

(Christer Cremer [AfD]: Nicht alles, was nicht Ihrer Meinung entspricht, ist Hetze!)

- Das war aber so.

(Christer Cremer [AfD]: Keine Hetze!)

- Doch.

(Christer Cremer [AfD]: Tatsachen!)

Dass Menschen, die Schutz und eine sichere Zukunft suchen, als politisches Druckmittel verwendet werden, ist ohnehin schon unerträglich. Doch Ihre scheinheilige, aber auch menschenfeindliche Argumentation macht das Ganze noch schwerer zu ertragen. Erneut versuchen Sie, von einer humanitären Krise politisch zu profitieren. Schämen Sie sich bitte.

(Beifall)

Wir zusammen müssen als Stadt Köln alles in unserer Macht Stehende tun, um die Menschen dort herauszuholen. Wir sollten als Rat der Stadt Köln die Petition der Seebrücke und den Integrationsrat in seinen Forderungen unterstützen.

An die Mitglieder hier im Kölner Rat, deren Parteikolleginnen und -kollegen nun Teil der Ampelkoalition sind, möchte ich appellieren, innerparteilich alles in Bewegung zu setzen, damit die Bundesregierung tätig wird und wir uns nicht länger durch die Duldung dieses Zustandes schuldig machen.

- Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird weiter das Wort gewünscht? - Eine nächste Redeunde. Bitte sehr.

(Zurufe: Nein!)

**Christer Cremer (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Heute haben wir gerade den Grund gesehen, warum wir die Probleme an der belarussischen Grenze haben. Denn Sie sind schlichtweg bereit, jeden aufzunehmen. Sie fördern das damit. Die Politik Deutschlands hat es erst gefördert, dass dieses Problem dort existiert. Deswegen können wir den polnischen Grenzbeamten, die dort ihren Dienst tun, nur dankbar sein.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das, was Sie hier gerade sagen, heißt eigentlich, dass jeder einreisen darf. Eigentlich müssten Sie dann hier den Antrag stellen, dass jeder von irgendwo auf der Welt über den Köln/Bonner Flughafen nach Köln kommen kann.

(Zuruf von Derya Karadag [Bündnis 90/Die Grünen])

- Doch. Wenn Sie konsequent wären, müssten Sie das tun. Machen Sie das. Aber dann - das sage ich Ihnen ganz ehrlich; schauen Sie sich einmal an, wie die Migrationsbereitschaft in Afrika ist - hat Köln morgen nicht 1 Million Einwohner, sondern wahrscheinlich 2 Millionen Einwohner; und Sie können es beliebig hochfahren.

(Zurufe: Das ist doch gut so! - Was ist denn das Problem?)

- Ich habe Ihnen vorhin auch etwas dazu gesagt, was passiert, wenn Sie die halbe Welt aufnehmen. Dann werden Sie nämlich die Probleme der halben Welt mit importieren. Und das funktioniert nicht.

(Zuruf von Derya Karadag [Bündnis 90/Die Grünen])

- Ja, die ganze Welt. Dann wird es auch noch enger. Wir diskutieren schon darüber, wie wir das letzte Stück Parkraum nutzen. Am besten machen wir dann auch noch eine Zwangswohnungsbewirtschaftung und was weiß ich nicht alles.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, das kriegt man alles hin; Gutmenschentum par excellence.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 44**

Jetzt noch kurz zu Ihren Anschuldigungen gegen meinen Fraktionsvorsitzenden: Er hat niemanden rassistisch beleidigt.

(Zurufe: Doch! - Christian Joisten [SPD]:  
Das haben wir aber alle gehört!)

- Das hat er nicht. Dann lesen Sie es im Protokoll nach. Das ist eine ehrabschneidende Äußerung. Er hat niemanden rassistisch beleidigt.

Die Einzigen, die hier vernünftig sind, sind wir.

(Beifall bei der AfD - Lachen)

Wir sind die Einzigen. Ja, das ist so. Ihre Reaktionen bestätigen es. Daher werden wir diesen Antrag ablehnen.

Und dann wünsche ich Ihnen viel Spaß mit Ihrer - - Ich weiß auch nicht, was Sie davon bekommen, dass Sie gleich zustimmen werden. Aber dann haben Sie etwas für Ihr, sage ich einmal, linksbourgeois Gewissen getan.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass ich jetzt abstimmen lassen kann, und frage, ob es Gegenstimmen gibt. - Die AfD-Fraktion stimmt dagegen. - Frau Gabrysch, Sie wünschen noch das Wort? Oder was passiert hier?

(Zurufe: Nein! - Wir sind in der Abstimmung!)

Wir sind in der Abstimmung, Frau Gabrysch.

Ich würde Sie überhaupt bitten, meine Damen und Herren, auch wenn wir dann vielleicht sehr viel mehr Zeit brauchen, sich zukünftig als Redner anzumelden, damit wir auch die Möglichkeit haben, geordnet vorzugehen.

Frau Gabrysch, würden Sie den Redebeitrag zu Protokoll geben können?

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Es geht ganz schnell, und es ist mir sehr wichtig, das an dieser Stelle zu sagen.

(Zurufe)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wir versuchen, hier auch spontane Redebeiträge aufzunehmen; ganz sicher. Aber ich bitte Sie wirklich, sich zukünftig anzumelden. Wir können das nicht - - Wir machen das jetzt zum letzten Mal ohne Anmeldung. Frau Gabrysch, bitte.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Danke. Ich hatte in der ersten Runde verzichtet und nehme mir jetzt das Recht heraus.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich gebe Ihnen das Recht, Frau Gabrysch. Bitte sprechen Sie jetzt zur Sache.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Vielen Dank.

(Zuruf: Wir waren schon in der Abstimmung!)

- Ich hatte mich tatsächlich davor gemeldet.

Es gibt so etwas wie strukturellen Rassismus. Ich würde den Kollegen von der AfD einmal nahelegen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen.

Und wenn hier gesagt wird, wenn wir alle Menschen aufnehmen, nähmen wir die Probleme der halben Welt mit auf, dann werde ich richtig wütend.

Kolonialismus, Reproduktion von kolonialistischen Strukturen, White Saviourism: Gerne mal googeln. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich frage noch einmal, ob es Gegenstimmen gibt. Gerade hatte sich die AfD schon gemeldet.

(Zuruf: Wir waren schon in der Abstimmung!)

- Ich weiß, dass Sie glauben, das alles viel besser zu können. Aber ich kann hier nicht den gesamten Saal im Auge behalten. Ich habe nämlich kein Weitwinkelobjektiv eingebaut. Ich wusste nicht, ob Frau Gabrysch sich vor der Abstimmung gemeldet hatte oder nicht. Deswegen habe ich ihr noch das Wort erteilt. Das dürfte hoffentlich auch für Sie Erklärung genug sein.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 45**

(Beifall)

Es gibt also Gegenstimmen der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt auf:

**6 Ortsrecht****6.1 Satzungen**

Tagesordnungspunkt

**6.1.1 Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln  
3170/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**6.1.2 Änderung zur rückwirkenden Änderungssatzung der Straßenreinigungssatzung  
3648/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Die Vorlage unter TOP 6.1.3 ist zurückgezogen worden.

Tagesordnungspunkt

**6.1.4 Änderung der Rettungsdienstsatzung der Stadt Köln  
3849/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

TOP 6.1.5 ist verlagert.

Dann kommen wir zu:

**6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches**

Tagesordnungspunkt

**6.2.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln  
3200/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - DIE LINKE stimmt dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**6.2.2 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren  
3199/2021**

Gibt es Wortmeldungen?

Ich lasse abstimmen wie Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetriebe, wie AVR und wie Finanzausschuss, Anlage 8.

Gibt es Gegenstimmen? - DIE LINKE stimmt dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**6.2.3 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Abwassergebührensatzung  
2022  
3968/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu:

**7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates**

Ich rufe die haushaltsrechtlichen Unterrichtungen jetzt einmal gemeinsam auf:

**7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21  
4098/2021****7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO****7.2.1 Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete auf dem städtischen Grundstück Neusser Landstraße 117, 50769 Köln-Fühlungen  
2897/2020**

### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 46

#### 7.2.2 Mehrkosten für die Aufzugsnachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Vingst 3340/2021

#### 7.3 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen 3490/2021

#### 7.4 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, Kapitel 1 und 2, Sachstandsmitteilung 4008/2021

#### 7.5 Bericht über die finanzielle Lage nach § 2 Abs. 2 NKF-CIG hier: Buchungsstand 31.10.2021 mit Jahresprognose 4082/2021

#### 7.6 Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022 4170/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann stelle ich fest, dass diese haushaltsrechtlichen Unterrichtungen zur Kenntnis genommen worden sind.

Ich rufe auf:

#### 8 Überplanmäßige Aufwendungen

Tagesordnungspunkt

#### 8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1201 Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2021 3651/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu den Allgemeinen Vorlagen. Bei der Festlegung der Tagesordnung hatten wir beschlossen, mit TOP 10.33 *Mediationsverfahren Klimawende Köln - RheinEnergie AG* zu beginnen, meine Damen und Herren. Hier hat zunächst Frau Abé das Wort.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Können wir das nach hinten schieben, weil Frau Abé gerade aus nachvollziehbaren Gründen nicht da ist?)

- Ja, das können wir auch. Babys gehen vor; das ist klar. Dafür hat wohl jeder in diesem Rat Verständnis.

(Beifall)

Dann besprechen wir, wie bei der Festlegung der Tagesordnung verabredet, zunächst die beiden Tagesordnungspunkte 11.1 und 12.3:

#### 11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

#### 11.1 191. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal Arbeitstitel: Frischezentrum Marsdorf in Köln-Junkersdorf hier: Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über die Vorgaben zur 191. Flächennutzungsplan-Änderung 3277/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU  
AN/2679/2021

#### 12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

#### 12.3 Frischezentrum in Köln-Junkersdorf/Marsdorf hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Lindenthal zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über die Vorgaben zum Bebauungsplan-Entwurf 3151/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU  
AN/2679/2021

Ich schaue jetzt einmal, ob dazu schon Wortmeldungen vorliegen. - Frau Martin.

**Christiane Martin** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Vertreter\*innen der Verwaltung! Sehr geehrte Zuschauer\*innen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Großmarkt treibt uns alle - die Politik, die Stadtgesellschaft, die Akteure vor Ort, diverse Bürgerinitiativen und nicht zuletzt die Medien - seit vielen Jahren um. Und wie das so ist, wenn viele

### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 47

Köche über lange Zeit in einem Brei rühren, kurziert viel Gerücht, viel Interpretation und manchmal sogar viel Halbwahrheit.

Ich erlaube mir deshalb zunächst eine Erläuterung der Faktenlage.

Fakt eins: Unser Kölner Großmarkt wird 2025 aus Raderthal wegziehen, um der Parkstadt Süd Platz zu machen.

Fakt zwei: Um die Kölner Gastronomie und den Handel weiterhin gut erreichbar mit Lebensmitteln zu versorgen, brauchen wir weiterhin einen Großmarkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

Fakt drei: Ein solcher Frischemarkt soll in Marsdorf entstehen.

Fakt vier - und jetzt komme ich zu dem Thema, das hier auch mitschwingt -: Der 1. FC Köln muss sein Trainingsgelände vergrößern, wenn er zeitgemäße Voraussetzungen eines Profisportvereins mit guter Nachwuchsförderung bieten möchte.

Fakt fünf: Er möchte das gerne im Äußeren Grüngürtel tun. Laut Ratsbeschluss vom Juli 2019 darf er das auch.

Fakt sechs: Dieser Ratsbeschluss wird aktuell beklagt.

Fakt sieben: Falls dies zugunsten der Kläger ausgeht, braucht der 1. FC Köln eine Alternative.

Fakt acht: Diese könnte in Marsdorf sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dies ist die Faktenlage, in der wir uns bewegen, wenn wir über ein Frischezentrum für Köln sprechen. Sie sehen, dass diese durchaus vielschichtig und in Teilen widersprüchlich ist. Insofern ist es kein Wunder, dass dieses Thema immer wieder in einen Dornröschenschlaf versetzt wurde.

Jetzt ist es aber wachgeküsst worden. Und das - da sind sich alle einig, denke ich - ist gut so. Die Zeit des Herumlavierens, des Hinhaltens und des Versprechungen-Machens ist vorbei.

Deshalb begrüßen wir die Verwaltungsvorlage ausdrücklich. Wir sehen leider nur einen Haken: Die vorgeschlagene Größe von 27 Hektar ist überdimensioniert.

Allein 11 Hektar sind hier für sogenannte frische-zentrumsaffine Dienstleistungen vorgesehen. Diese haben aber zum Teil nur sehr indirekten Bezug zum Großmarktbetrieb. Sie müssen nicht alle zwingend vor Ort sein.

Hinzu kommt: Bauen wir das Frischezentrum in dieser Größe, wird es nicht mehr ausreichend Platz für eine potenzielle Alternative für den FC geben.

Deshalb plädieren wir für ein kleineres, kompaktes Frischezentrum. Dieses wirtschaftlich zu betreiben, ist aussichtsreicher als bei der 27-Hektar-Variante.

Auch wenn wir mit dieser Entscheidung einigen auf die Füße treten - und das tut uns ausdrücklich leid -, sind wir auf dem richtigen Weg. Wir bekennen uns heute erneut zu einem Frischezentrum für Köln. Wir geben einen realistischen Planungsauftrag. Wir stehen zu unserem Wort, dem 1. FC Köln eine Alternative offenzuhalten. Und wir bieten eine Lösung in einem klassischen Flächennutzungskonflikt.

Meine Damen und Herren, es ist Kennzeichen verantwortungsvoller Politik, in Konfliktlagen einen Interessenausgleich herbeizuführen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

**Bernd Petelkau (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren am Livestream und im Gästebereich unseres Sitzungssaals! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Änderungsantrag ist erforderlich, weil dadurch die Chancen für die Realisierung eines neuen Frischezentrums und damit natürlich auch für die zeitnahe Umsetzung der Parkstadt Süd deutlich erhöht werden.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 48**

(Zurufe von Jörg Detjen [DIE LINKE]  
und Christian Joisten [SPD])

Denn wir reduzieren mit der Verlegung des Marktbetriebes weg von der benachbarten Wohnbebauung das bestehende Klagerisiko deutlich.

Hinzu kommt die Verkleinerung der Fläche auf das notwendige Maß von 5 Hektar. Die Gespräche mit den Markthändlern haben ja auch ergeben, dass wir jetzt in der ersten Stufe mit 5 Hektar absolut auskommen. Dadurch reduzieren wir die Fläche auf das notwendige Maß.

Wir erhöhen damit die Wirtschaftlichkeit und tragen somit zur Lösung der Beihilfe Problematik bei. Denn diese können Sie nicht wegdiskutieren und auch nicht umgehen.

5 weitere Hektar - das gehört hier auch zur Ehrlichkeit dazu; es sind ja nicht nur 5 Hektar, die bereitgestellt werden, sondern 10 Hektar - bieten weiteres und damit ausreichendes Wachstumspotenzial und schaffen so eine klare Zukunftsperspektive für unsere Händlerinnen und Händler.

Wenn man jetzt zu der Conclusio kommt, dass wir 25 Hektar haben, aber eigentlich nur 10 Hektar benötigen, stellt sich natürlich erst einmal die Frage: In welcher Form nutzen wir die frei werdende Fläche? - An dieser Stelle bietet es sich an, an den FC zu denken.

Denn der FC - das muss man hier in der Diskussion ja auch ehrlich sagen - benötigt einen Plan B für den Fall, dass das Gerichtsverfahren verloren geht oder dass - und das ist die wahrscheinlichere Variante - bis in die letzte Instanz nach Leipzig durchgeklagt wird. Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir im Jahre 2028. Das Leistungszentrum wird aber so schnell wie möglich benötigt. Deshalb wird auch der FC am Ende nicht so lange warten können.

(Beifall bei der CDU)

Wir tragen mit unserem Änderungsantrag dazu bei, die Chance der Realisierung des Leistungszentrums bis 2025 deutlich zu erhöhen. Ob der FC diese Chance nutzt, ist allein Sache des FC. Wir öffnen heute nur eine Tür. Und ich werbe dafür, dass diese Tür heute geöffnet wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

**Christian Joisten (SPD):** Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihr, liebes Bündnis, etabliert hier mit eurem Änderungsantrag ein Manifest des Stillstandes.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ihr seid verantwortlich für den jahrelangen Schlingerkurs und die vielen Leidtragenden, die bisher bereits geschaffen wurden. Und ihr macht es mit diesem Antrag noch einmal deutlich schlimmer.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Denn entgegen der Faktenaufzählung, die wir gerade gehört haben, spielen leider Fakten keine Rolle mehr, sondern nur noch die scheinbaren Interessen Einzelner.

Unsere Fakten sehen wie folgt aus: Fachleute der Stadtverwaltung haben erst vor wenigen Tagen Studien für ein verkleinertes Frischezentrum vorgestellt. Für ein wirtschaftlich erfolgreiches Projekt wird ausreichend Platz benötigt. Die Verwaltung geht also davon aus, dass ein Großmarkt allein auf der Fläche nördlich der Toyota-Allee - das ist ja jetzt euer Ziel - nicht funktionieren wird.

Ein Aus des Frischezentrums würde dem Einzelhandel in der Stadt und auch dem Klimaschutz - siehe Lkw-Verkehr - einen Bärendienst erweisen. Für eine nachhaltige CO<sub>2</sub>-Bilanz ist das Frischezentrum als Drehscheibe für die Versorgung mit regionalen Produkten ein wichtiger Baustein.

Und was ihr mit einem der wichtigsten Aushängeschilder unserer Stadt macht, ist wirklich ein unwürdiges Trauerspiel.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der FC wartet nun schon seit geschlagenen sieben Jahren auf eine Lösung für seine Platzprobleme. Es führt kein Weg daran vorbei - und wir stehen zu unserem Wort -: Der Ausbau des FC und seiner Trainingsmöglichkeiten muss am historischen Zuhause des Vereins erfolgen. Das muss im Grüngürtel passieren. Den FC auf den Acker in Marsdorf zu verjagen, löst nicht die Platzprobleme des Vereins, wird dem Verein nicht gerecht und verzögert.



**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 49**

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Am Ende dieser Kette könnte stehen - das will ich hier noch einmal in aller Deutlichkeit sagen -, dass der FC, wenn wir hier nicht schnell zu Lösungen kommen und seine Platzprobleme lösen, diese Stadt verlassen wird. Das muss man sich einmal vorstellen. Dieser Beschluss heute könnte dazu führen, dass der FC irgendwann nicht mehr in Köln beheimatet ist. Da muss allen FC-Fans hier im Raum das Herz bluten, glaube ich.

Was diese gesamte Veranstaltung, insbesondere der Änderungsantrag, mit der Parkstadt Süd macht, ist noch gar nicht abzusehen. Denn zu erwarten ist, dass die Planungen jetzt erst einmal gestoppt werden. Wieder einmal können bezahlbare Wohnungen nicht gebaut werden. So kann es nicht weitergehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Liebe CDU, es ist doch mit Händen zu greifen, dass hier im Saal auch FC-Fans sitzen, die fest davon überzeugt sind, dass der FC eine Chance braucht. Geben Sie sich heute einen Ruck.

Liebe Grüne, Sie versuchen hier wieder, Regierung und Opposition in einem zu sein. Das wird nicht funktionieren. Wir brauchen eine Lösung für den Großmarkt. Wir brauchen eine Lösung für das Frischezentrum.

Es ist ein Prozess gestartet. Daran haben sich viele Menschen, auch die Händler, intensiv beteiligt. Sie alle - die Verwaltung, die Händler am Großmarkt und der FC - haben wahnsinnig viel an Vorarbeiten geleistet. Ihnen allen treten wir jetzt nicht nur in den Hintern, sondern hauen ihnen, auf Deutsch gesagt, auch auf die Fresse.

So kann es doch nicht funktionieren. Wir in Köln müssen doch verlässliche Politik machen. Es gibt Ratsbeschlüsse zu all diesen Fragen, die hier aufgeworfen sind. Sie sind klar und zeigen eine Perspektive auf. An diese Beschlüsse sollten wir uns halten.

Deswegen darf es heute nicht zum Beschluss dieses Antrages kommen. Ansonsten schaden Sie Köln an gleich mehreren Stellen nachhaltig und massiv und verbauen zukunftsfähigen Einrichtungen die Möglichkeiten, sich schnell zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, werden Sie sich dessen heute in diesem Rat bewusst. Wir brauchen

hier ein klares Nein zu diesem Änderungsantrag und ein klares Ja zu der Verwaltungsvorlage. Sie ist gut und weist in die richtige Richtung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesenden! Vor sieben Monaten haben wir einen richtungsweisenden Beschluss zum Großmarkt mit breiter Mehrheit gefasst. CDU und Grüne treten diesen Beschluss jetzt mit Füßen.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit dem Beschluss war endlich der Standort geklärt - für den Großmarkt und nicht für andere Verwendungen.

So heißt es in dem Beschluss, den wir gefasst haben, auch völlig richtig, was das Markt-Gremium machen soll. Ich zitiere:

Dieses Gremium erarbeitet einen Interessenausgleich zwischen der Stadt Köln und den auf dem Großmarkt ansässigen Unternehmen.

Das war der Auftrag für dieses Markt-Gremium.

Und was machen Sie? Sie schaffen eine neue Situation, indem Sie in diesen Interessenkonflikt zusätzlich den FC mit einbauen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Es ist doch unverschämt, dass dieser Ratsbeschluss unterminiert wird, ohne die Kritik zu berücksichtigen. Das haben Sie getan, ohne sich mit dem FC auseinanderzusetzen, und die Kritik ignoriert. Sie haben mit den Großmarktleuten gesprochen und deren Kritik auch nicht akzeptiert. Das ist doch der Vorgang.

Das Ganze, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen, ist ein Desaster hoch drei. Es ist ein Desaster sondergleichen.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 50**

Lieber Kollege Petelkau, der FC hört ja zu. Sie haben gerade wortwörtlich gesagt: Der FC ist der Plan B. - Hallo? Der FC ist der Plan B?

(Widerspruch vom Bündnis 90/Die Grünen und von der CDU)

- Doch, das haben Sie gesagt. - Und der FC ist nie der Plan B. Er ist immer der Plan A.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Herr Petelkau, das müssen Sie sich noch einmal überlegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so weit sind wir hier gekommen. Das sind taktische Spielchen. Da gibt es einen Plan A und einen Plan B. Das ist doch ganz klar. Und da versucht man, den Einen gegen den Anderen auszuspielen.

(Zuruf: Schrei nicht so!)

- Man muss hier laut reden, damit auch die Personen im hinteren Bereich etwas hören.

Lassen Sie mich einmal die Fläche ansprechen. Der Großmarkt hat 1936 mit 78 000 Quadratmetern angefangen. Zum Schluss hatte er 230 000 Quadratmeter. Wir haben mit der Planung 2003 mit 350 000 Quadratmetern angefangen. Dann ist die Fläche immer weiter reduziert worden. Zwischendurch waren es 266 000 Quadratmeter. Im Mai waren es dann 145 000 Quadratmeter. Jetzt reduzieren Sie es auf 100 000 Quadratmeter.

Das geht nicht, meine Damen und Herren. Daran können Sie doch erkennen, dass die CDU und die Grünen von Wirtschaftspolitik keine Ahnung haben.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der CDU - Zuruf: Jetzt habt ihr es ihnen aber gezeigt!)

Der Großmarkt hat sich doch nach oben entwickelt und nicht reduziert. Das ist auch genau die Entwicklung, die mit dem Großmarkt wieder stattfinden kann.

In der Presse haben Frau Martin und Herr Petelkau erklärt, sie würden Planungssicherheit schaffen. Exakt das Gegenteil ist der Fall. Die gesamte Planung muss neu aufgerollt werden. Wir fangen nach 30 Jahren komplett neu mit der Planung an.

Das ist ein Armutszeugnis in der ganzen Angelegenheit.

Sie lösen nicht die Probleme der Großmarkthändler. Sie lösen nicht die Probleme des unabhängigen Lebensmittelhandels. Sie lösen nicht die Probleme der Kölner Wochenmarktbeschicker. Sie lösen nicht die Probleme der Parkstadt Süd. Sie lösen nicht die Probleme des FC. Das ist doch die Situation.

Sie lösen noch nicht einmal die Probleme der Bezirksvertretung Rodenkirchen. Sie müsste jetzt noch vehement dagegen sein. Sie bekommt jetzt nicht nur den Großmarkt, sondern auch noch den FC. Insofern muss sie auch noch dagegen sein.

Sie machen also ein riesiges Fass auf. Es ist unglaublich, wie arrogant man mit Macht umgehen kann.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

*Teile und herrsche*, lautet die Devise von Schwarz-Grün.

Ihnen steht aber, meine Damen und Herren, ein breites Bündnis - -

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich muss Sie leider an die Redezeit erinnern.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Ja, ich komme zum Schluss. - Ihnen steht ein breites Bündnis entgegen, das hier nicht lockerlassen wird. Wir haben ein breites Bündnis von nicht nur FDP, SPD und LINKEN, sondern auch IHK, DGB, FC usw. usf. Wir werden es nicht hinnehmen, dass Sie hinterücks die von uns im Mai dieses Jahres getroffene Vereinbarung, wie mit dem Großmarkt umgegangen wird, nicht mehr akzeptieren.

Dann lassen Sie mich noch eine Sache sagen.

(Zurufe: Nein!)

Frau Martin, es geht um Existenzen. Sie müssen nicht nur irgendwem auf die Füße treten, sondern Sie bringen Existenzen in die Notlage. Das sind die Großmarktleute, und das sind die Wochenmarktleute. Das ist die Situation.

Herr Petelkau,

### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 51

(Zurufe: Nein! - Die Redezeit! - Das geht doch nicht!)

5 Hektar für die Strategie sind ganz entscheidend wichtig.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Detjen!

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Um diese 5 Hektar werden wir kämpfen, meine Damen und Herren. Lassen Sie uns weiter in dieser Auseinandersetzung kämpfen. Wir lassen nicht locker, weil wir uns für die Großmarktleute einsetzen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Görzel, bitte.

**Volker Görzel (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist am vergangenen Donnerstagmorgen das Frühstücksmüsli aus dem Mund getropft, als ich in der lokalen Presse gelesen habe, dass Grün-Schwarz ohne die Beteiligung des Bündnispartners Volt hier plötzlich neue Tatsachen schafft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Nachhinein habe ich Verständnis für die Entscheidung von Frau Martin und Herrn Petelkau. Dieses Verständnis ist auch hier bei den Redebeiträgen von Frau Martin und Herrn Petelkau gereift. Ich habe absolut Verständnis dafür, wenn aus machtpolitischem Kalkül, aus Rücksichtnahme auf den eigenen Wahlkreis oder aus sonstigen machgetriebenen Dingen Entscheidungen getroffen werden.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Martin und Herr Petelkau, damit wir uns auch richtig verstehen: Ich gestehe Ihnen das Recht zu, aus derlei Kalkül Entscheidungen zu treffen.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich weiß es zu würdigen!)

Aber ich darf Sie daran erinnern, wen Sie zurückgewiesen haben. Sie haben gerade allen Ernstes

gesagt: Wir versuchen einen fairen Interessenausgleich. - Liebe Frau Kollegin Martin, wir haben vor sieben Monaten einen Prozess aufgesetzt, der sich Interessenausgleich nennt. An diesem Prozess haben Fachpolitiker Ihrer Fraktion teilgenommen. Da hinten sitzt Frau Karadag. Herr Petelkau, an diesem Prozess haben Fachpolitiker Ihrer Fraktion teilgenommen, nämlich Frau Roß-Belkner und Herr Michel. Wir haben noch am Dienstagabend, dem 7. Dezember dieses Jahres, in einer Online-Schalte gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung, gemeinsam mit den Marktbeschickern und gemeinsam mit den Großhändlern an diesem Interessenausgleich gearbeitet.

Wir haben darauf vertraut. Und einen Tag später kommt Ihr sogenannter Interessenausgleich, mit dem Sie diesen Interessenausgleich kaputt machen.

Frau Martin, reden Sie nicht von Interessenausgleich. Nennen Sie das Kind beim Namen. Hier werden machtpolitische Entscheidungen getroffen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Herr Petelkau, Sie sprechen von einer Zukunftsperspektive. Diese Zukunftsperspektive sollte das Verfahren zum Interessenausgleich geben. Das Gegenteil von Zukunftsperspektive schaffen Sie. Sie zerstören Vertrauen und damit das Pfund unserer Politik. Es ist das Pfund des Rates, das Sie hier heute vor den Augen der Öffentlichkeit zerstören. Das ist Ihr Vertrauensbruch.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen - Sie brauchen nicht so das Gesicht zu verziehen, Frau Martin -, der grün-schwarze Vorschlag hat nur Verlierer geschaffen. Er hat Verlierer in der Politik geschaffen. Ich habe eben gesagt, dass Kollegen aus Ihren Fraktionen ernsthaft, aufrichtig und vertrauensvoll gearbeitet haben. Er hat Verlierer bei den Markthändlern geschaffen. Über die will ich hier gar nicht ausführlich reden. Es geht um 2 000 Arbeitsplätze, wie Sie wissen. Das sind Ihre Markthändler, die Sie im Stich lassen. Sie haben die Kölner Wirtschaftsförderungs-GmbH blamiert, die den Prozess aufgesetzt hatte. Sie haben die Stadtverwaltung blamiert, die sich Mühe gegeben hat und

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 52**

die wir antreiben mussten. Sie haben die Parkstadt Süd, ein Vorzeigebjekt unserer Stadt, blamiert.

Die alle haben Sie zu Verlierern gemacht. Tun Sie bitte nicht so, als würden Sie das nicht wissen. Sie verursachen heute Abend einen großen Schaden.

Ich kann nur an alle Kolleginnen und Kollegen appellieren, in sich zu gehen und nachher in geheimer Abstimmung darüber zu entscheiden, ob dieser Rat für Zuverlässigkeit und Vertrauen oder für Machtkalkül steht. Sie haben es in der Hand. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

**Jennifer Glashagen (Volt):** Meine Rede wird nicht so emotional. Ich werde diesmal auch nicht schreien; versprochen. - Wir werden uns bei dem Änderungsantrag enthalten.

(Zurufe: Oh!)

- Ja, auch wenn wir geheim abstimmen, kann ich euch das verraten. Wir werden uns bei dem Änderungsantrag enthalten.

Wir werden aber der - davon gehe ich aus - geänderten Vorlage zustimmen. Das würde ich gerne ganz kurz erläutern.

Uns ist es wirklich wichtig, dass die Parkstadt Süd nicht verzögert wird.

Uns ist es wirklich wichtig, dass die Händlerinnen und Händler vom Großmarkt endlich eine verlässliche Perspektive bekommen.

Ein weiterer Punkt wird heute mit entschieden. Wir wissen auch, dass die Stadt auf jeden Ausgang der Klage vor dem OVG in Münster vorbereitet sein muss. Auch das wollen wir nicht verhindern. Denn wir wollen den FC in Köln. Wir wollen, dass er einen Platz bekommt. Er braucht nun einmal mehr Trainingsfläche.

Wir träumen ja immer noch - nicht mehr nur geheim - von einer Doppelnutzung. Wir hätten gerne

Fußballfelder auf dem Dach des hoffentlich entstehenden Großmarkts bzw. Frischezentrums.

Herr Görzel, wir gehen davon aus, dass der Dialog, den Sie gerade angesprochen haben, zwischen Verwaltung, Großmarkthändlerinnen und -händlern, Politik und allen weiteren Akteuren weitergeführt wird. Denn wir möchten diese Menschen mitnehmen.

Deshalb werden wir dem Änderungsantrag zustimmen, weil wir diesen ganzen Projekten nicht im Wege stehen möchten. - Danke schön.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Es gibt eine Wortmeldung der AfD. Herr Cremer.

(Zuruf)

**Christer Cremer (AfD):** Warten Sie doch einmal ab, was jetzt kommt. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Liebe FC-Fans! Es kommt selten vor, dass ich mit Redebeiträgen der SPD, der Linkspartei und der FDP in allem einverstanden bin.

In den Rat muss man in der Tat Vertrauen haben können. Wir werden den Antrag von Grün-Schwarz ablehnen.

Wir sind pro FC. Wir sind der Meinung, dass der FC da bleiben sollte, wo er ist. Das ist Tradition. Der FC ist ein Traditionsverein. Viele Städte beneiden uns um ihn.

Gerade ist sehr gut analysiert worden, was hier stattfindet. Wir sitzen ja ein bisschen weiter hinten und können ganz genau beobachten, wer wann klatscht. Wir sind einmal gespannt, wie diese Abstimmung ausgeht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt frage ich, ob darüber hinaus das Wort gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall.

(Bernd Petelkau [CDU]: Doch!)

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 53**

- Doch? Das habe ich nicht gesehen. Wo ist er denn? - Herr Michel. Zweite Runde.

**Dirk Michel (CDU):** Der 1. FC Köln ist auch ein Wirtschaftsunternehmen, nämlich mit einem Umsatz von 140 Millionen Euro. Von dessen Erfolg hängen wiederum zweistellige Millionenumsätze in weiteren Branchen ab. Außerdem hat der Erfolg des 1. FC Köln Einfluss auf die Marke und das Marketing der Stadt Köln.

Notwendig für den Erfolg des 1. FC Köln sind die Erweiterung und Modernisierung des Vereinsgeländes und die Professionalisierung der Nachwuchsarbeit.

Schon aus wirtschaftlichem Interesse müssen wir Perspektiven und Lösungen aufzeigen und den 1. FC Köln seriös begleiten. Wenn die Teilung der Fläche eine wichtige Option für die Jugendarbeit sein könnte, sollten wir sie frei halten - vor allem bei den Risiken, die durch die Klagen bestehen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Beim Frischemarkt ist es wichtig, in die Markterkundung einzusteigen. Wir werden in den nächsten Monaten die Raumbedarfe verfeinern sowie die Machbarkeitsstudie anpassen, um dann die Ausschreibung vorzubereiten.

Ich möchte meinen Respekt vor der Arbeit der Verwaltung zum Ausdruck bringen, die in den letzten Monaten viel Herzblut in das Gremium zur Verlagerung des Großmarkts gesteckt hat.

Jetzt hängen mit den Ausbauplänen des 1. FC Köln drei Projekte voneinander ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich frage noch einmal, ob es weitere Wortmeldungen gibt. - Das ist nicht der Fall.

Dann würde ich gerne mit Ihnen einmal klären, ob mein jetzt beabsichtigtes Vorgehen dem entspricht, was Sie sich vorstellen.

Die SPD-Fraktion hat vorhin hier geheime Abstimmung zu - so habe ich es verstanden - beiden Tagesordnungspunkten beantragt. Heute sind 84 Mitglieder des Rates anwesend; die Oberbürgermeisterin hat sich jetzt mitgezählt. Erforderlich sind für diesen Antrag auf geheime Abstimmung also 17 Ratsmitglieder. Darum ist das Quorum erfüllt. Darüber muss ich jetzt nicht noch abstimmen lassen. Wir werden also zu beiden Punkten geheim abstimmen.

Daher möchte ich jetzt zusätzlich zu den schon vor Eintritt in die Tagesordnung benannten Stimmzählerinnen und Stimmzählern - das sind Herr Schallehn, Frau Scho-Antwerpes und Frau Roß-Belkner - noch drei weitere Stimmzählerinnen und Stimmzähler als deren Vertreterinnen und Vertreter benennen. Dann können wir beide Vorgänge gleichzeitig behandeln. Ich benenne Frau Schlömer, Herrn Spehl und Frau Niknamtavin als weitere Stimmzählerinnen und Stimmzähler und bitte alle Stimmzählerinnen und Stimmzähler, jetzt nach vorne zu kommen.

Ich möchte Ihnen noch einen Hinweis geben, weil wir auch schon etwas anderes erlebt haben. Machen Sie Ihre Entscheidung bitte eindeutig durch ein Kreuz deutlich. Stimmzettel, die Zusätze oder mehr als ein Kreuz enthalten, sind ungültig.

Noch einmal zur Klarstellung: Zu beiden Vorlagen liegt je ein Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU vor. Wir stimmen daher bei der geheimen Abstimmung jeweils über den Beschlussvorschlag mit den Ergänzungen aus dem Änderungsantrag ab.

(Zurufe)

Noch einmal deutlich: Zur Abstimmung stehen die Vorlagen unter TOP 11.1 und 12.3 jeweils in der durch den Änderungsantrag ergänzten Fassung. Man kann also nicht getrennt über den Änderungsantrag und die ursprüngliche Vorlage abstimmen.

(Ralph Sterck [FDP]: Könnte man schon!)

- Darum stelle ich Ihnen ja das von mir beabsichtigte Vorgehen dar. Ich will Ihnen das ja - -

(Zurufe)

- Das ist die Frage. Dann müssen wir zweimal abstimmen. Wir können uns dafür entscheiden. Ich

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 54**

will das gar nicht dominieren. Ich möchte mit Ihnen besprechen, ob wir das so machen können.  
- Jetzt sehe ich Nicken. Das heißt, dass wir zwei Abstimmungen durchführen.

(Ralph Sterck [FDP]: Das würde dem entsprechen, was Frau Glashagen vorgeschlagen hat! - Weitere Zurufe)

- Ja, das wären dann vier Abstimmungen.

(Zurufe)

- Bitte nicht alle auf einmal. - Jetzt hat sich Herr Homann gemeldet. Herr Homann hat das Wort.

(Zuruf)

- Zur Abstimmung? Das können wir machen.

**Mike Homann** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, wenn wir einfach über die Vorlagen in der ursprünglichen Form abstimmen und sie eine Mehrheit bekommen, sparen wir uns weitere Abstimmungen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja, aber das würde ja genauso nicht dem entsprechen, was Frau Glashagen sich jetzt vorgestellt hat. Es ist auch ein Ergänzungsantrag. Deswegen wird das so auch nicht funktionieren.

Wir können also entweder die Abstimmungsvorgänge verbinden oder nicht. Ich erkenne jetzt aus Ihren Rückmeldungen, dass wir sie nicht verbinden sollten.

(Zuruf von der SPD: Können wir eine kleine Auszeit machen?)

Ich habe Ihnen damit die Möglichkeiten dargestellt und finde, dass Sie das jetzt einmal diskutieren sollten. Wir machen fünf Minuten Pause,

(Vereinzelt Beifall)

und dann bekomme ich von Ihnen eine Rückmeldung, wie Sie vorgehen möchten.

(Unterbrechung von  
18.01 Uhr bis 18.22 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Bitte nehmen Sie alle wieder Ihre Plätze ein. - Ich bitte den Fraktionsvorsitzenden der SPD und auch Herrn Homann, mir genau zuzuhören, damit das, was ich jetzt sage, auch dem entspricht, wie Sie sich die geheime Abstimmung vorstellen; denn das Quorum haben Sie ja.

Zu beiden Vorlagen, die wir jetzt gemeinsam behandelt haben, aber über die wir getrennt abstimmen, liegt je ein Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU vor. Wir haben gerade besprochen, nur über diese Änderungsanträge abstimmen zu lassen, also noch nicht über die Verwaltungsvorlagen, sondern nur über die Änderungsanträge.

Für den Änderungsantrag zu TOP 11.1 werden grüne und für den Änderungsantrag zu TOP 12.3 gelbe Stimmzettel ausgeteilt. Muster der Stimmzettel hängen, wie üblich, in den jeweiligen Wahlkabinen aus.

Wer jeweils für den Änderungsantrag ist, macht bitte sein Kreuz in den Kreis bei *Ja*, wer dagegen ist, in den Kreis bei *Nein*. Es tut mir leid; das wirkt jetzt unwahrscheinlich belehrend; aber wir haben ja schon alles erlebt. Die zwei Kabinen für die Abstimmung sind draußen im Foyer aufgestellt. Die Abstimmungszettel werden jeweils vor den Kabinen ausgeteilt. Wenn Sie sich bei der Abstimmung enthalten wollen - das ist ja auch eine Möglichkeit -, kreuzen Sie bitte den Kreis bei *Enthaltung* an, also nicht *Ja* und *Nein* - das haben wir auch schon erlebt -, sondern *Enthaltung*.

Gibt es noch Nachfragen? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann bitte ich die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, die Abstimmung vorzubereiten, die Wahlurnen zu prüfen und mir ein kurzes Signal zu geben, wenn sie damit fertig sind.

Unsere Schriftführerin, Frau Escher, bitte ich, die Ratsmitglieder am Mikrofon in alphabetischer Reihenfolge - zum Schluss die Stimmzählerinnen und Stimmzähler - zur Stimmabgabe aufzurufen. Frau Escher, würden Sie bitte mit dem Aufruf beginnen, nachdem die Stimmzählerinnen und Stimmzähler noch einmal geschaut haben, ob die Wahlkabinen in Ordnung sind? - Frau Escher, Sie können beginnen.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 55**

(Der Namensaufruf, die Stimmabgaben und die Auszählungen erfolgen.)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie wieder Ihre Plätze ein, damit wir nach der Abstimmung wieder in die Sitzung eintreten können. Das Abstimmungsergebnis steht fest.

Zunächst darf ich Ihnen mitteilen, dass 84 Stimmen abgegeben wurden, und zwar bei beiden Wahlgängen.

Ich komme zunächst zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 11.1. Abgegebene Stimmen 84; keine ungültige Stimme; Enthaltungen 4; entscheidende Stimmen 80. Mit Ja haben 44 Ratsmitglieder gestimmt, mit Nein 36.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Zu Tagesordnungspunkt 12.3: Abgegebene Stimmen 84; keine ungültige Stimme, Enthaltungen 3; entscheidende Stimmen 81. Mit Ja haben 45 Ratsmitglieder gestimmt, mit Nein 36.

Beide Änderungsanträge haben also eine Mehrheit erhalten und sind angenommen worden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich würde jetzt über die Vorlagen in geänderter Form abstimmen lassen. Wird dazu vor der Abstimmung noch einmal das Wort gewünscht?

(Mike Homann [SPD]: Nein! Nicht geheim!)

- Nein. Okay.

Dann lasse ich erst über die Vorlage zu TOP 11.1 in geänderter Form abstimmen und frage nach Gegenstimmen. - Der LINKEN, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Eine Enthaltung von Herrn Zimmermann. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt über die Vorlage zu TOP 12.3 mit den angenommenen Änderungen abstimmen. Auch hier frage ich zunächst nach Gegenstimmen. - Der SPD-Fraktion, der LINKEN, der FDP und der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Von Herrn

Zimmermann. Dann ist auch das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Wir gehen jetzt in der Tagesordnung wieder zurück und kommen zu:

**10 Allgemeine Vorlagen**

Tagesordnungspunkt

**10.33 Mediationsverfahren Klimawende Köln - RheinEnergie AG  
3762/2021**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)  
AN/2652/2021**

Frau Abé hat das Wort.

**Denise Abé** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer\*innen hier im Gürzenich und am Livestream! Erst einmal vielen Dank fürs Verschieben und Warten. Die Zeit haben wir ja jetzt gut überbrückt.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wenn wir heute diese Vorlage beschließen, ist dies ein Riesenerfolg für die Stadt, die Politik und die beteiligten Akteur\*innen von der Klimawende und der RheinEnergie. Das Eckpunktepapier ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Klimaneutralität 2035 und damit für die Zukunft unserer Stadt.

Das Mediationsergebnis zeigt, was man erreichen kann, wenn Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Ich möchte mich daher als Vorsitzende des Ausschusses Klima, Umwelt und Grün und im Namen meiner Fraktion von ganzem Herzen bei den Verhandler\*innen bedanken. Ich weiß, wie viel Arbeit und Zeit sie in das Verfahren gesteckt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 56

Dank geht aber auch an die vielen Menschen, die das Bürgerbegehren unterschrieben haben. Ohne sie ständen wir heute nicht hier. Ihre Unterschrift war nicht umsonst. Dass Initiative und Druck aus der Bürger\*innengesellschaft Wirkung erzielen, wissen wir spätestens seit Fridays for Future.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dem durch die RheinEnergie und die Klimawende erarbeiteten Papier und in der Verwaltungsvorlage finden sich bedeutende Punkte für das Erreichen der Klimawende. So geben wir unter anderem den Startschuss für die dringend notwendige Solaroffensive. Wir intensivieren die Förderung und erleichtern den schwierigen Weg für die Windkraft. Außerdem wird mit den vorgesehenen Bau- und Energieleitlinien und der damit verbundenen Solarpflicht ein wichtiger Grundstein für das klimaneutrale Bauen gesetzt.

Die im Ausschuss Klima, Umwelt und Grün beschlossenen Änderungen schärfen in wenigen Punkten nach. So wollen wir zum Beispiel Denkmal- und Klimaschutz durch Neubewertung versöhnen, den Punkt zur Solarpflicht etwas verfeinern und durch Gespräche zwischen IHK und Handwerkskammer Möglichkeiten zur Behebung des Handwerker\*innenmangels ausloten.

Noch einige Worte zum Änderungsantrag der LINKEN: Bei dem vorliegenden Papier handelt es sich um einen Kompromiss. Kompromisse sind in der Regel nötig, um Ziele zu erreichen, haben aber zur Konsequenz, dass die beteiligten Parteien an ihrer jeweiligen Position Abstriche machen müssen. Jetzt wiederum ein Ursprungsziel beschließen zu wollen, ist ein verständlicher Wunsch, würde aber das ganze Verfahren ad absurdum führen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Weitere Punkte sind schlichtweg einfach nicht umsetzbar. Es gibt auch interessante Punkte, die wir auf dem Weg zur Klimaneutralität weiter betrachten möchten. Allerdings waren diese nicht Teil des Mediationsverfahrens. Daher können wir dem Antrag so nicht zustimmen. Ich würde mich aber freuen, wenn wir im Ausschuss insbesondere über das Thema Wärme noch einmal sprechen würden.

Zur Bekräftigung möchte ich hier auch noch einmal die Diskussion aus dem Umweltausschuss aufgreifen und hervorheben, dass es bei dem

heute vorliegenden Beschluss nur um das Verfahren zwischen Klimawende und RheinEnergie geht. Dies ist nur ein Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität. Der Maßnahmenplan, den wir im Juni 2021 beschlossen haben, wird vorgelegt werden, und im Januar 2022 werden dem Ausschuss erste Ergebnisse vorgestellt werden.

Lassen Sie uns daher gemeinsam einen weiteren Schritt in Richtung Klimaneutralität gehen. Ich bitte um Zustimmung zur Vorlage wie Ausschuss Klima, Umwelt und Grün.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt sowie von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

**Constanze Aengenvoort (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ein Gruß in den Livestream! Hinter dem Titel der Beschlussvorlage *Mediationsverfahren Klimawende Köln - RheinEnergie AG* verbirgt sich zum einen der größte Transformationsprozess für ein städtisches Unternehmen, für den wir uns je eingesetzt haben, und zum anderen eine massive Offensive in der gesamten Stadt Köln zugunsten des Ausbaus von Photovoltaikanlagen.

Die RheinEnergie soll ein modernes Energieunternehmen sein, das Energie aus erneuerbaren Quellen anbietet und die Versorgung unserer Stadt - damit sind Privathaushalte und öffentliche Einrichtungen, aber auch Gewerbe und Industrie gemeint - sicherstellt, und zwar zu stabilen und angemessenen Preisen.

Das Szenario 2, das im Eckpunktepapier beschrieben ist, sehen wir als herausfordernd und ambitioniert an. Wir sehen es aber auch als erreichbar an, wenn die formulierten Rahmenbedingungen eintreten, die zum Teil außerhalb von Köln auf Landes- und Bundesebene zu schaffen sind.

Im Mittelpunkt des schnellen Wandels steht der Ausbau von Photovoltaikanlagen. Wir wollen insbesondere mit dem Ausbau auf Dächern, von denen es in Köln jede Menge gibt, zügig vorankommen. Die Einrichtung des Solarberatungszent-



### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 57

rums, wie es auch im Eckpunktepapier beschlossen ist, ist ein wichtiger Bestandteil der Ausbaustategie, weil wir vor allem auf die Initiative der Hauseigentümer angewiesen sind. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle auch mitnehmen und ihnen zeigen, wie jeder seine Photovoltaikanlage aufs Dach bringen kann.

Wir stehen hinter den formulierten Ausbauzielen der erneuerbaren Energien, haben im Ausschuss aber dennoch auch einen Änderungsantrag eingebracht, weil wir verschiedene Punkte noch genauer berücksichtigt wissen wollen.

Erstens geht es uns um das Thema Windenergie. Köln hat ein relativ geringes Potenzial an Windenergie, weil hier der Wind nicht so stark weht. Das Jahr 2021 ist, wie man in den Statistiken sieht, dafür auch ein gutes Beispiel. Wir wollen, dass die Verwaltung die interkommunale Zusammenarbeit bei diesem Thema vorantreibt, um eine regionale Planung für die Nutzung von Windenergie aufzustellen. Wir erleben ja schon im Kölner Norden, dass Windenergieanlagen ein umstrittenes Thema sind. Wir stehen dahinter, dass wir die Vorrangzone im Kölner Westen aufheben, um den Weg Richtung Windenergie zu ermöglichen. Aber uns ist auch wichtig, dass wir die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Sorgen, dass sie diejenigen sind, die die nächste Anlage dort stehen haben werden, mitnehmen. Sie werden sich auch alle noch daran erinnern, welche Diskussionen wir zum Beispiel im Zusammenhang mit der Errichtung der Klärschlammverbrennungsanlage im Kölner Norden gehabt haben.

Zweitens möchten wir Zielkonflikte benannt haben. Wir benötigen zügig den Bau von Wohnungen, der durch Anforderungen hinsichtlich des Energiestandards komplizierter und teurer wird. Deswegen soll bei der Erstellung der Energieleitlinien auch dargestellt werden, welche Auswirkungen die Anforderungen auf die Ziele des Wohnungsbaus haben, wie sie zum Beispiel im StEK Wohnen formuliert sind.

Drittens brauchen wir Firmen und Fachkräfte in Köln, die den Ausbau der erneuerbaren Energien umsetzen können. Da wir nicht die einzige Stadt sind, die den Photovoltaikausbau massiv vorantreiben will, stehen wir dort auch in einem Wettbewerb mit vielen anderen Städten.

Das Eckpunktepapier ist ein Ergebnis eines intensiven Ringens und Verhandelns, vor allen Dingen

zunächst zwischen Bürgerinitiative und RheinEnergie, bei dem, glaube ich, beide Verhandlungspartner wirklich an ihre Grenzen gegangen sind.

Wir als CDU tragen die Beschlussvorlage mit den Änderungen mit. Aber auch wir sind an die Grenze dessen gegangen, was wir als realistisch ansehen, und werden dann dieser Beschlussvorlage in der geänderten Form zustimmen.

Auch ich möchte mich für den konstruktiven Prozess und für den Austausch, der in wirklich guter Atmosphäre stattgefunden hat, bedanken. Ich glaube, dass wir Köln so tatsächlich auf einen neuen Weg bringen können, was den Ausbau von erneuerbaren Energien angeht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

**Dr. Gerrit Krupp (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute hier einen Kompromiss zur Abstimmung vorliegen - einen Kompromiss deswegen, weil wir uns zwischen zwei Polen dieser Angelegenheit, also zwischen zwei verschiedenen Enden derselben Sache, bewegen.

Auf der einen Seite haben wir nämlich die RheinEnergie, die für diese Stadt als städtisches Unternehmen ein wirkliches Pfund ist - das muss ich einmal sagen -, die als Stadtwerk ja weit über Köln hinaus Bedeutung hat und strahlt und die in Köln vielleicht auch nicht immer so behandelt worden ist, dass das angemessen gewürdigt wird.

Mit ihrem Beitrag zum Querverbund trägt sie zur Daseinsvorsorge bei. Letztlich sind es doch die Gewinne der RheinEnergie, die dafür sorgen, dass unser ÖPNV so funktioniert, wie er denn funktioniert, und dass unsere Bäder so betrieben werden können, wie sie betrieben werden.

Langer Rede kurzer Sinn: Die RheinEnergie ist ein Unternehmen zum größten Teil in öffentlicher Hand und für die Daseinsvorsorge in dieser Stadt essenziell. - Das ist der eine Pol.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 58**

Natürlich muss eine RheinEnergie auch Gewinne erwirtschaften. Das wollen wir, um diesen Querverbund sicherzustellen, und im Übrigen auch, damit in der Tasche der Kämmerin noch genug ist, um unseren Haushalt so aufstellen zu können, wie das in Köln bis jetzt immer gelungen ist.

Auf der anderen Seite haben wir aber eine Bürgerinitiative, die auch berechnete Anliegen hat und zu Recht darauf hinweist, dass Dekarbonisierung und Klimaziele in diesen Zeiten essenziell sind.

Diese Bürgerinitiative macht sich dann natürlich auf den Weg und nimmt als Erstes ein öffentliches Unternehmen als Anknüpfungspunkt, nämlich die RheinEnergie.

Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, ausdrücklich auch bei der Bürgerinitiative, dafür, dass es gelungen ist, hier eine verantwortliche Lösung zu finden. Beide Seiten haben großes Verantwortungsbewusstsein gezeigt. Die RheinEnergie hat sich bewegt, und die Bürgerinitiative hat sich auch bewegt.

Das Ganze ist übrigens unter der Mitwirkung von städtischen Vertretern gelungen. Da will ich Frau Diemert und auch Herrn Wolfgramm nennen. Mit Herrn Priggen war auch ein Vertreter der Grünen beteiligt. Sie haben da wirklich gute Arbeit geleistet. Das muss man ja auch einmal herausstellen.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Der Kompromiss, der hier gefunden wurde, ist wirklich verantwortlich und verantwortbar. Deswegen werden wir ihm heute ganz bewusst und nach Würdigung der Lage auch gerne zustimmen.

Nun zu dem, was Sie, meine Damen und Herren von der LINKEN und den KLIMA FREUNDEN, hier als Änderungsantrag vorgelegt haben: Ein Kompromiss hat es eben an sich, dass nicht alles so durchgeht, wie es eine Seite ursprünglich wollte. Ich denke, dass der Kompromiss, der hier gefunden wurde, verantwortbar ist. Hier ist eigentlich auch nicht der Ort, um in der Politik heute wieder den Kompromiss aufzudröseln, den die Initiative, die hier den Aufschlag gemacht hatte, sogar angenommen hat.

Langer Rede kurzer Sinn: Der Änderungsantrag wird deswegen nicht unsere Zustimmung finden,

aber die Verwaltungsvorlage schon. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Niknamtavin das Wort.

**Sarah Niknamtavin (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Soll die Stadt Köln im Rahmen ihrer Unternehmensbeteiligungen darauf hinwirken, dass die RheinEnergie AG und deren Tochterunternehmen spätestens ab 2030 nur Strom aus erneuerbaren Energien liefern, ...?

So lautete die Frage der Bürgerinitiative Klimawende Köln, die über 30 000 Kölner\*innen mit Ja beantwortet haben.

Die im Papier aufgeführten Maßnahmen reichen allerdings nicht aus, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Die RheinEnergie sagt nämlich lediglich zu, dass bis 2035 alle Kund\*innen mit 100 Prozent erneuerbarem Strom beliefert werden, und die RheinEnergie macht selbst diese Zusage von nicht näher definierten Rahmenbedingungen abhängig.

Eine weitere Stellungnahme der RheinEnergie macht es sogar noch schlimmer. Statt konsequent auf erneuerbare Energien zu setzen, plant das Unternehmen weitere Investitionen in den Ausbau von Gaskraftwerken. Das ist allerdings nicht der komplett richtige Weg.

An dieser Stelle möchte ich aber noch einmal betonen, wie unglaublich wertvoll und wichtig die Bemühungen der Klimawende waren, diese Gespräche voranzubringen und nicht lockerzulassen. Ohne die Klimawende würden wir hier gar nicht diese Debatte führen können. Daher bedanke ich mich im Namen meiner gesamten Fraktion für die Bemühungen um einen Klimaschutz, der für uns alle an vorderster Stelle stehen sollte.

(Beifall bei der LINKEN)

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 59**

Für uns steht allerdings auch fest: Wir wollen das Anliegen der 30 000, die das Bürgerbegehren unterschrieben haben, voranbringen. Daher haben wir einen umfangreichen Änderungsantrag vorgelegt.

Wir wollen die Verwaltung mit Nachverhandlungen mit der RheinEnergie beauftragen.

Uns LINKEN ist es auch wichtig, dass die notwendige Energiewende nicht auf Kosten der Armen und Geringverdienenden geht. Für uns gehören Sozialpolitik und Umweltschutzpolitik untrennbar zusammen. Die Reichen und die Superreichen sind die Hauptverursacher des Klimawandels. Deswegen wäre es nur fair, dass sie auch die Kosten tragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher beantragen wir eine wärmemietenneutrale Umsetzung der Sanierung bei Miethäusern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Breite das Wort.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Kollegin, es ist sehr gut, dass Sie hier noch einmal das 1,5-Grad-Klimaziel zitiert haben. Dazu können wir Kölnerinnen und Kölner und die RheinEnergie aber nur einen verschwindend geringen Teil beitragen. Das muss die Weltgemeinschaft gemeinsam leisten.

Wir setzen hier allerdings ein Zeichen und zeigen, wie man das als Kommune machen kann. Sie können Ihre guten Verhältnisse zu anderen Staaten, die Sie als Partei haben, ja nutzen, damit sich andere Staaten vielleicht auch entsprechend einsetzen. Ich kenne da einige.

(Vereinzelt Heiterkeit - Zuruf von Sandra Schneeloch [Bündnis 90/Die Grünen])

- Ich hoffe, Sie haben es verstanden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Fraktion stimmt diesem Antrag sehr gerne zu, weil wir hier Bemühungen unternehmen, um dieses

Klimaziel für unsere Kommune zu erreichen, und da als Beispiel vorangehen.

Es wurde von Rahmenbedingungen gesprochen. Ich sehe hier zweimal Rahmenbedingungen.

Die ersten Rahmenbedingungen finden sich in dem im Eckpunktepapier festgehaltenen Kompromiss, der mit der RheinEnergie erzielt worden ist. Darunter sind natürlich auch wieder viele globale Sachen. Wie sehen nachher zum Beispiel die Preise für den grünen Wasserstoff aus? Das steht ja so darin.

Darum werden wir, verehrte Kollegin, unsere Gaskraftwerke wahrscheinlich auch noch als Überbrückungstechnologie benötigen. Insbesondere sollten sie auch deshalb weiter aktiv sein, weil wir sie ja nachher mit Wasserstoff nutzen wollen. Man sollte sie also nicht zu früh abschalten. Denn wir brauchen erst den Ersatzstoff, den wir dann dafür einsetzen können, zu entsprechenden Preisen. Sie haben gerade davon gesprochen, dass es für alle bezahlbar sein soll. Insofern ist es wichtig, dass wir die Überbrückungstechnologie haben.

Bei den zweiten Rahmenbedingungen geht es um die Stadt Köln, bei der wir die Verwaltung beauftragen. Ich habe den ganz großen Wunsch, dass wir das sehr ernst nehmen und es zügig angehen. Da erinnere ich mich nämlich an verschiedene Projekte, die die Verwaltung angegangen hat, zum Beispiel ein Museum hier ganz in der Nähe, aber auch andere Sachen wie die Oper. Das sollte nicht unser Beispiel dafür sein, wie man so etwas angeht. Hier erwarte ich zügigeres Vorgehen, damit wir nicht in zehn Jahren wieder an derselben Stelle stehen. Ich kann Ihnen sagen, dass ich da ein Déjà-vu habe. Wir haben solche Anträge oder Vorlagen alle gemeinsam beschlossen und lesen nachher in den Berichten, die auch hier vorgesehen sind, dass es dann doch wieder ein bisschen länger dauert.

Denn so viel Zeit - Frau Gabrysch, da gebe ich Ihnen recht - haben wir wirklich nicht. Darum sollten wir das jetzt zügig angehen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Achtelek hat das Wort.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 60**

**Christian Achtelik (Volt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Liebe Zuschauer\*innen, falls noch da, oder zu Hause, falls noch da! Ich rede hier nicht zum ersten Mal über die Klimakrise und auch nicht zum zweiten Mal, und Sie kennen alle unsere Position bei Volt hinsichtlich der dringenden Notwendigkeit für effektiven Klimaschutz.

Mein Dank geht an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich an die Verwaltung für die Erstellung dieser Beschlussvorlage und ganz ausdrücklich auch an die Bürgerinitiative Klimawende und die RheinEnergie, ohne die das gar nicht in dieser Form möglich wäre.

Wir haben hier zwei Schwerpunkte. Das eine ist ganz klar die Solaroffensive. Dazu noch einmal zwei Zahlen: 2019 lag der Anteil der Photovoltaik am gesamten Stromverbrauch laut Energieatlas Nordrhein-Westfalen in Köln bei 2,2 Prozent, in Münster damals schon bei 9 Prozent.

Da gibt es also einiges zu tun. Das werden wir hier nur zum geringsten Teil leisten, sondern das werden Handwerkerinnen und Handwerker machen. Deswegen war uns in unserem Änderungsantrag im Ausschuss Klima, Umwelt und Grün auch noch einmal wichtig, dass das nach oben in den Beschlusstext wandert und wir das Handwerk hier stärken, einbeziehen und mitdenken.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ganz wichtig ist für uns auch ein konsequentes Monitoring des Ganzen. Wir stehen hier und schwingen schöne Reden. Lasst uns unsere Erfolge messbar machen - oder unsere Misserfolge, die hoffentlich nicht eintreten werden -, also die Erfolge von uns allen hier in der Politik und genauso natürlich die Erfolge der Verwaltung bei der Umsetzung des Ganzen.

Wir haben die Indikatoren, die gerade in der Entwicklung sind, im Konsortium für den Klimamaßnahmenplan. Diese wollten wir hier mit hineinbringen, damit wir keine parallelen Messsysteme erstellen.

Nun noch zu der Kritik vonseiten LINKEN und KLIMA FREUNDEN: Ich kann verstehen, dass euch auf Basis eurer Position hier einiges nicht schnell genug geht. Aber wir reden über einen Kompromiss.

Wir sollten uns auch noch einmal Folgendes klarmachen: Wir stimmen hier nicht über den Maßnahmenplan zur Klimaneutralität ab. Die Abstimmung heute bezieht sich auf die Einigung zwischen Klimawende und RheinEnergie. Über den Maßnahmenplan diskutieren wir dann hoffentlich im Januar und Februar 2022.

Lasst uns ambitioniert und effizient handeln, um den Klimaschutz voranzubringen und nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Stadt zu hinterlassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Auf meiner Liste steht jetzt Frau Gabrysch.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg\*innen aus Politik und Verwaltung! Vorab möchte ich betonen, dass ich großen Respekt habe und sehr dankbar bin für alles, was die Klimawende Köln in diesen mittlerweile knapp zwei Jahren geleistet hat. Ich danke allen, die an dem Bürgerbegehren mitgearbeitet haben und Unterschriften gesammelt haben, und allen, die unterschrieben haben.

Das ist ein wichtiges, wirkungsvolles Instrument der Bürger\*innenbeteiligung. Es hat schon jetzt seine Wirkmacht bewiesen. Die Mediationsgespräche zwischen Zivilgesellschaft sowie Verwaltung, Politik und Wirtschaft hätten sonst wahrscheinlich nie stattgefunden - und schon gar nicht so schnell und so umfangreich.

Das ausgearbeitete Ergebnis bzw. die Beschlussvorlage - hier geht auch großer Dank an die Verwaltung - ist absolut wichtig und sinnvoll, um die dringend überfällige Energiewende einzuleiten.

Die KLIMA FREUNDE stimmen also absolut dem Ergebnis der Mediation und auch der Beschlussvorlage zu - und vor allem natürlich den Ergänzungen, die wir sehr begrüßen. Wir freuen uns auch darüber, dass da einiges eingeflossen ist, was auch seitens der KLIMA FREUNDE in diversen Gremien schon eingebracht wurde.

Aber ich stehe hier als Sprachrohr für die Klimagerechtigkeitsbewegung und als Vertreterin der Forderungen der For-Future-Bewegung. Das

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 61**

Ganze ist stets eine Gratwanderung zwischen dem, was Stand heute nach Meinung der Verantwortlichen möglich ist, und dem, was nach Meinung der Klimagerechtigkeitsbewegung bzw. auf Basis von wissenschaftlichen Fakten nötig ist, um für uns alle - für die Menschen, die wir hier vertreten, und vor allem für alle Folgegenerationen, also für die Menschen, die in dieser Stadt noch geboren werden und die in diese Stadt noch zuziehen - für eine lebenswerte Zukunft zu sorgen.

Fakt ist: Das Ergebnis ist ein Kompromiss. Das haben wir hier auch schon konstatiert bekommen. Das Mediationsergebnis bzw. die Beschlussvorlage auch in ihrer geänderten Form deckt die Forderungen des Bürgerbegehrens nicht vollständig ab. Das Mediationsergebnis bzw. der Änderungsantrag reicht nicht, um bezüglich RheinEnergie und Energiewende das Nötige zu tun und für Klimaneutralität bis 2030 zu sorgen bzw. um das Pariser Abkommen und das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten.

Ja, natürlich schaffen wir das nicht alleine hier in Köln. Und ja, natürlich ist das hier ein großer Schritt und hoffentlich ein gutes Vorbild für andere Kommunen.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert)

Ich gebe Gas.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen bin ich dankbar für die sorgfältige Arbeit der LINKEN und für jegliche Forderungen und damit Anregungen, die im Änderungsantrag der LINKEN und der KLIMA FREUNDE ausgearbeitet wurden. Die wissenschaftlichen Fakten zeigen: Mehr ist nötig. Und dieser Änderungsantrag zeigt: Mehr ist auch heute schon möglich.

(Zuruf: Ende! - Die Zeit! - Vereinzelt Beifall)

Es muss allen Beteiligten klar sein, dass dies, was heute hier beschlossen wird, nur der Anfang sein kann. Deswegen bitte ich alle hier, dafür zu sorgen, dass wir uns jetzt nicht auf diesem Ergebnis ausruhen, sondern noch Tempo zulegen und weitermachen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und auch am Stream! Der Kompromiss ist ein guter Kompromiss. Die Beschlussvorlage ist dementsprechend auch eine gute Beschlussvorlage. Sie findet daher auch meine Zustimmung.

Ich möchte dennoch einige kritische Anmerkungen machen, und zwar in erster Linie zum Verfahren selbst.

Ein Bürgerbegehren ist eine hoch komplizierte Geschichte. Der Gesetzgeber hat da bislang leider relativ viele Hürden eingebaut - wohl mit dem Wunsch, dass es nicht allzu viele Bürgerbegehren gibt. So ist es ja auch in Köln. Gefühlt haben wir hier praktisch kein einziges Bürgerbegehren irgendwann einmal erlebt. Selbst das Bürgerbegehren zum Godorfer Hafen war ja auch nur eine Bürgerbefragung und kein Bürgerentscheid.

Ein Bürgerbegehren muss juristisch wasserdicht sein. Die Fragen müssen präzise sein, damit es nicht irgendwann kassiert wird. Diese Mühe hat sich die Klimawende Köln gemacht. In ihrem ersten Entwurf bezog sich die Frage sowohl auf Strom als auch auf Wärme. Darauf hat die Klimawende dann verzichtet und die Frage wie folgt präzisiert - jetzt einmal verkürzt dargestellt -: Ökostrom ab 2030 durch die RheinEnergie, ja oder nein?

So weit, so gut. Natürlich wollen wir ein Bürgerbegehren, das auch Erfolg hat und juristisch Bestand hat.

Dann geht es ans Unterschriftensammeln. Das sind nicht wenige; rund 30 000 Unterschriften brauchen wir dafür in Köln. An dieser Stelle sage ich auch noch einmal herzlichen Dank, weil das eine ziemlich quälende Prozedur über Monate oder sogar Jahre sein kann, an all die Sammlerinnen und Sammler, die diese Unterschriften eingesammelt haben. Auch bei uns in der Nachbarschaft standen sie regelmäßig am Wochenende an der Kreuzung und haben gesammelt, gesammelt, gesammelt, gesammelt.

Nun hatten sie die Unterschriften zusammen. War damit das Ziel erreicht? Nein, noch nicht. Der

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 62**

nächste Schritt ist hier im Rat. Das Bürgerbegehren muss sozusagen anerkannt werden. Es geht auch darum, ob der Rat diesem Begehren folgt oder ob es dann doch tatsächlich zu einem Bürgerentscheid kommt.

Ein Bürgerentscheid wäre zur Bundestagswahl im September 2021, also dieses Jahres, höchstwahrscheinlich möglich gewesen. Dieses Ziel hätten wir erreichen können.

Die RheinEnergie muss kalte Füße bekommen haben. Sie muss damit gerechnet haben, dass der Bürgerentscheid auch so hätte ausgehen können, dass sie von der Bürger\*innenschaft dazu verdonnert worden wäre, Ökostrom ab 2030 anzubieten. Nur so ist es für mich persönlich zu erklären, dass es zu diesem Mediationsverfahren kam - angestoßen von den Kölner Grünen; so steht es auch auf der Seite der Klimawende Köln. Es war also nicht unbedingt die Idee des eigentlichen Bürgerbegehrens und vermutlich auch nicht die Idee der RheinEnergie. So hatte man sich dann zusammengefunden und in einem längeren Mediationsverfahren dieses Ergebnis, über das wir heute abstimmen, ausgehandelt.

Ich sehe das persönlich etwas kritisch. Denn ich habe eine relativ banale Frage - Ökostrom ab 2030, ja oder nein? - unterschrieben. Ich habe das gerne unterschrieben. Und meine Unterschrift tut nichts zur Sache. Sie wird nicht für einen Bürgerentscheid in dieser Frage benutzt, sondern erst einmal in den Giftschrank gelegt - für den Fall, dass das Mediationsverfahren scheitert oder dass das Ergebnis, das der Rat hier heute beschließt, nun doch nicht im Sinne der Klimawende Köln ist.

Ich habe mit meiner Unterschrift aber überhaupt keinen Auftrag erteilt, in ein Mediationsverfahren mit der RheinEnergie zu gehen und auch über völlig andere Sachen als über Ökostrom ab 2030 zu verhandeln. Das habe ich nicht gemacht.

Wie gesagt, ist das Ergebnis super. Aber ist das ein Verfahren, das wir uns wünschen? Sieht Bürgerbeteiligung denn so aus, dass eine kleine Gruppe im Alleingang ohne die Politik - wohlgemerkt ohne die Politik - solche Ergebnisse aushandelt und der Rat es anschließend, salopp gesagt, nur noch abnickt?

In diese Richtung gingen hier auch die Wortbeiträge zum Antrag der LINKEN und der KLIMA FREUNDE, dem ich übrigens gerne noch beitrete;

mit Herrn Weisenstein war das so abgesprochen. Da heißt es zu den guten Vorschlägen: Das geht nicht mehr, weil der Kompromiss anders aussieht. - Entschuldigt bitte. Wer entscheidet denn hier über die Klimapolitik der Stadt Köln? Das macht der Rat mit Mehrheit. Und wenn es da gute Vorschläge seitens der LINKEN gibt, dann kann man sie hier natürlich auch mit Mehrheit beschließen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie gesagt, ist das Ergebnis gut. Das Verfahren halte ich allerdings für kritisch oder zumindest überdenkenswert. Denn wir wollen doch weiterhin Bürgerbegehren machen. Und wer stellt sich jetzt, bitte schön, noch einmal für 30 000 Unterschriften hin, wenn er noch nicht einmal sicher sein kann, dass dieses Bürgerbegehren tatsächlich auch zu einem Bürgerentscheid führt?

Deswegen bin ich mir nicht sicher, ob dieses Verfahren auch im Sinne von mehr direkter Demokratie der Sache wirklich einen Dienst erwiesen hat.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Nein. Es sind aber auch einige aus der Klimawende Köln abgesprungen, muss man sagen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Leider ist die Redezeit abgelaufen.

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Das Ergebnis ist gut. Das Verfahren ist bedenkenswert. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag von der LINKEN, Frau Gabrysch und Herrn Zimmermann, der gerade beigetreten ist - er nickt -, abstimmen und danach über die Ursprungsvorlage, und zwar wie Ausschuss Klima, Umwelt und Grün sowie wie Finanzausschuss, Anlage 4.

Zunächst lasse ich also über den Änderungsantrag der LINKEN und der beiden Ratsmitglieder Gabrysch und Zimmermann abstimmen. Wer ihm

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 63**

zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und die Fraktion Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Nun lasse ich über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist ihr mit großer Mehrheit zugestimmt. - Vielen, vielen Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir gehen jetzt in der Tagesordnung wieder ein Stück zurück.

Tagesordnungspunkt

**10.1 Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt  
2314/2021**

Ich frage nach Wortmeldungen zu TOP 10.1. - Ich sehe keine Wortmeldungen. - Doch. Die AfD meldet sich zu Wort. Bitte, Herr Cremer.

**Christer Cremer (AfD):** Wir halten das alles für nicht nötig. Deswegen lehnen wir das ab.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dem Anliegen der StadtAG wird durch die Haushaltsbegleitbeschlüsse Rechnung getragen.

Dann frage ich, obwohl wir das jetzt schon wissen, nach Gegenstimmen. - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es keine. Dann ist das so beschlossen.

Die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 10.2 ist in den Hauptausschuss verwiesen.

Tagesordnungspunkt

**10.3 Verlängerung Auszugsmanagement  
2022/2023  
3308/2021**

Gibt es Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab.

Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.4 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2022  
3378/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.5 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2019 - Beteiligungsbericht 2019  
3605/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.6 Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4, 13 und 18  
Baubeschluss für den Ausbau der Bahnsteige der Haltestellen der Bauphase 1 auf eine Nutzlänge von 60 m  
2430/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage. So ist es auch im Verkehrsausschuss beschlossen worden.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.7 Zügigkeitserweiterung der Lise-Meitner-Gesamtschule, Stresemannstraße 36 in Köln-Finkenbergring zum Schuljahr 2022/23 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen  
2500/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 64****10.8 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 2020  
3377/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.9 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln  
hier: Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022  
3991/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.10 Bericht über die Prüfung des Gesamtabschlusses zum 31.12.2010  
4091/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.11 Bericht über die Prüfung des Gesamtabschlusses zum 31.12.2018  
4088/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.12 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Wirtschaftsplan 2022  
4029/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.13 RheinEnergie AG  
hier: Rheinlandkooperation/Anpassung der Satzung der RheinEnergie AG  
4044/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Frau Gabrysch enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.14 GEW Köln AG  
hier: Rheinlandkooperation/Anpassung der Satzung der GEW Köln AG  
4045/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Frau Gabrysch. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.15 Stadtwerke Köln GmbH; hier: Rheinlandkooperation; Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Köln GmbH  
4051/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Frau Gabrysch. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.16 Zusammenarbeit mit der Stadt Leverkusen im Bereich der Aufgaben nach dem Amtsapothekengeschäft  
3237/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.17 Zuständigkeitsübertragung der Linie 250 für die Streckenabschnitte auf Kölner Gebiet auf die Stadt Leverkusen und Ausgleich von Aufwanddeckungsfehlbeträgen im interlokalen Verkehr  
3717/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.



### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 65

bei einer Befangenheitserklärung<sup>5</sup> - so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.18 Fortführung finanzielle Unterstützung des Umweltbildungszentrums auf Gut Leidenhausen 3816/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist so beschlossen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Auch da liegt eine Befangenheitserklärung vor!)

- Ja, auch da liegt eine Befangenheitserklärung<sup>6</sup> vor; das stimmt. Sie ist zu Protokoll gegeben worden.

Tagesordnungspunkt

#### **10.19 Absage Silvesterprogramm auf dem Roncalliplatz 4173/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.20 2. Controlling-Bericht: Diversity-Konzept „2020: Köln l(i)ebt Vielfalt“ 3112/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.21 Ergänzung des U-Bahn-Vertrages vom 17.09./24.10.1973 zur Übertragung der Federführung für die Aufzugsnachrüstungen in die Stadtbahnhaltestellen Deutz Technische Hochschule und Fuldaer Straße an die Kölner Verkehrsbetriebe AG und Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Vergabe der Planungsleistungen**

#### **2411/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.22 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Beihilfekasse der Stadt Köln 2020 3379/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.23 Feststellung des Wirtschaftsplans der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2022 3380/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.24 Institutionelle Förderung der Kölner Gesellschaft für Alte Musik e. V. (KGAM zamus) 3489/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.25 Fortführung der institutionellen Förderung für Internationale Photoszene Köln gUG und Temporary Gallery e. V. 2022 - 2024 3693/2021**

Wortmeldungen?

Ich lasse abstimmen wie KuK, Anlage 1, und wie Finanzausschuss, Anlage 2.

<sup>5</sup>RM Jäger hat wegen Befangenheit nicht an der Beratung und Abstimmung teilgenommen.

<sup>6</sup> RM Schallehn hat wegen Befangenheit nicht an der Beratung und Abstimmung teilgenommen

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 66**

Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.26 Vergabe der Mietzuschüsse in der Sparte Bildende Kunst, Haushaltsjahre 2021 - 2023  
3796/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.27 Ankauf eines Kunstwerks des Künstlers Hermann Scherer für das Museum Ludwig  
3549/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.28 Neubau Historische Mitte  
hier: Erhöhung des Planungsbudgets aufgrund der Neubewertung der Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung)  
Vorgezogene Mittelbereitstellung für die Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) für das Gesamtprojekt  
Vorgezogene Mittelbereitstellung für die Leistungsphasen 5 und 6 (Ausführungsplanung und Ausschreibung) für die Abbrucharbeiten und Teile der Baugrube und Genehmigung zur Fällung einer Platane unter Berücksichtigung von Ersatzpflanzungen  
3523/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt  
AN/2693/2021**

Dazu liegt mir eine Rednerliste vor. Zunächst hat Frau von Bülow das Wort. Frau Bürgermeisterin, ich darf Sie an das Mikrofon bitten.

**Brigitta von Bülow** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kollegen und Kolleginnen! Was lange währt, wird endlich gut. Auch deswegen finden wir es gut, wenn heute die Vorlage

zur Historischen Mitte tatsächlich verabschiedet wird. Denn dann verlieren wir keine weitere Zeit, und das Projekt kann endlich weiter auf seinen Weg gehen.

Wir ermöglichen und eröffnen der Historischen Mitte die nächsten Schritte in Richtung Zukunft. Damit zeigt sich der Rat einerseits als verlässlicher Partner in der GbR und schafft andererseits Planungssicherheit. Uns ist es wichtig, dass diese Vorlage auch von einer breiten Basis getragen wird.

Zudem ist uns wichtig, dass die Kölner und Kölnerinnen mitgenommen werden. Die Historische Mitte muss unserer Meinung nach auch wieder stärker ins Bewusstsein der Kölner und Kölnerinnen kommen und wieder stärker wahrgenommen werden.

Aus diesen Gründen stimmen wir nicht nur der Vorlage zu, sondern haben auch einen Änderungsantrag eingebracht, der genau diese Punkte vorsieht. Ich stelle ihn kurz vor.

Ziffer 1 ist uns wichtig. Es gilt, darzustellen, was den Mehrwert der Historischen Mitte tatsächlich ausmacht. Es soll auch noch einmal deutlich gemacht werden, wie die Historische Mitte zu einem Ort werden kann und wird, an dem sich über 2 000 Jahre Kölner - und nicht nur Kölner - Geschichte darstellt, und zwar Geschichte bis in die Gegenwart hinein. Dafür wird auch schon die Architektur der Gebäude selber stehen und sprechen. Wichtig ist uns dabei die Verzahnung zum Beispiel zwischen RGM und Stadtmuseum. Es sollen Synergien geschaffen werden. Die Historische Mitte soll noch einmal ganz deutlich als Teil der Via Culturalis ihren Platz in Köln haben.

Ziffer 2 ist uns ebenfalls wichtig. Dieser Punkt, den wir ergänzen möchten, dockt auch an das an, was heute schon häufig Thema war. Denn wir möchten, dass in den weiteren Planungen das Kriterium der Nachhaltigkeit mitgedacht und gesichert wird - im Sinne von mehr Nachhaltigkeit im Museumsbetrieb, aber auch im Sinne innovativer Strategien für klimagerechte Museen. Auch das muss in den Planungen seinen Platz haben und finden. Ich bin mir sicher, dass das alle nach allen Beschlüssen, die wir gefasst haben, heute auch unterschreiben.

Ziffer 3 ist auch klar und deutlich. Uns liegt an einer nachhaltigen und transparenten Aufstellung

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 67**

und Begleitung dieses Projektes der Historischen Mitte. Weil wir aus den Kulturbauten schon viel kennen, finden wir es ganz zentral und notwendig, dass Transparenz und Nachhaltigkeit dieses Projekt weiterhin begleiten. Das ist Voraussetzung für alles Weitere - auch dafür, tatsächlich die Kölner und Kölnerinnen mitzunehmen. Wir brauchen für die Historische Mitte deswegen einen belastbaren und aussagekräftigen Zeit-, Maßnahmen- und Kostenplan, und zwar eingebettet in einen Gesamtplan für alle Kulturbaumaßnahmen, begleitet von regelmäßigen Fachgesprächen mit den Fachpolitikern und Fachpolitikerinnen. Das ist auch schon zugesagt, denke ich; die Verwaltung hat gerade daran ebenfalls sehr großes Interesse.

Mit diesen drei Punkten in Ergänzung können wir alle gemeinsam die Historische Mitte in eine Zukunft führen. Ich bitte um Zustimmung, auch zu unseren Ergänzungspunkten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der CDU und bei Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Dr. Elster, bitte.

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus Sicht des Kulturstandortes Köln feiern wir bei diesem Tagesordnungspunkt 10.28 schon heute ein vorgezogenes kleines Weihnachtsfest. Denn mit dieser Beschlussvorlage und vor allem auch mit den Ergänzungen durch unseren gemeinsamen Änderungsantrag ist es ein Tag der großen Geschenke.

Zum ersten Mal, seit es dieses Projekt der Historischen Mitte am Roncalliplatz gibt, nimmt heute die Kulturpolitik im Rat der Stadt Köln zu den Inhalten dieses wunderbaren Kulturortes, der an der Schnittstelle der beiden bedeutenden Weltkulturerbe Kölner Dom und Praetorium als Zentrum des niedergermanischen Limes entstehen soll, Stellung. Wie Sie vielleicht wissen, ist dort sogar noch ein weiterer Weltkulturerbe-Antrag, die MiQua betreffend, gestellt.

Die Historische Mitte Kölns kann damit wirklich ein einzigartiger Museumsstandort an einem einzigartigen Platz werden. Köln kann künftig seine bedeutenden Kunstsammlungen eng verwoben mit seiner bedeutenden 2 000-jährigen Geschichte in

einem dann noch großartigeren Museumsensemble präsentieren.

Innerhalb der Grenzen unserer alten Römerstadt mit einem Fußweg von nicht einmal einem Kilometer in knapp zehn Minuten begehbar, wird dieses einzigartige Ensemble, das neben der Hohen Domkirche Sankt Petrus und dem Historischen Rathaus immerhin acht verschiedene Museen enthält, noch um einen weiteren zentralen Baustein ergänzt. Vor allem für die historischen Museen können mit dem von uns vorgeschlagenen Änderungsantrag besonders wertvolle Synergien entfaltet werden.

Dieses wunderbare Netzwerk der Kölner Kulturorte soll nämlich gemeinsam mit dem LVR und mit der Kirche entwickelt und ausgestaltet werden. Denn selbstverständlich gehören gerade auch die bedeutenden kulturhistorischen Schätze der Kirche zu dem einzigartigen Ensemble entlang der Via Culturalis und deren unmittelbarer Nachbarschaft im Zentrum unserer Stadt. Neben dem Dom zählen natürlich auch Kolumba und der weltweit einzigartige Kranz unserer zwölf romanischen Basiliken dazu.

Das neue Museum wird aber nur dann ein weit über unsere Region hinaus strahlendes Alleinstellungsmerkmal sein, wenn es uns dort gelingt, all die aufgezählten Preziosen unserer Stadt inhaltlich zusammenzuführen.

Unser Änderungsantrag wird deshalb dazu beitragen, dass die 2 000-jährige Geschichte Kölns und die Bedeutung unserer Stadt den Kölnerinnen und Kölnern und den vielen Besucherinnen und Besuchern unserer Stadt spannend und verständlich präsentiert werden.

Selbstredend soll das alles in einem Museumskomplex geschehen, der auch in Bezug auf Nachhaltigkeitskriterien höchsten Anforderungen genügt und dementsprechende Standards setzt.

Unsere Zustimmung zur geänderten Vorlage ist keinesfalls ein Freibrief für das Bauprojekt und auch keine Vorwegnahme eines Baubeschlusses. Es ist eine deutliche Aufforderung an die Verwaltung, uns zeitnah ein Konzept für die wunderbare Idee der Historischen Mitte Kölns vorzulegen.

Wenn die Kölner Bürgerinnen und Bürger in den nächsten Jahren 250 Millionen Euro in das Römisch-Germanische Museum und in den Neubau

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 68**

investieren sollen, dann bedarf es überzeugender Argumente, und es bedarf einer Konzeption, die bis heute noch nicht vorliegt.

Angesichts der großen Chancen wäre es aber - das sage ich jetzt auch in Richtung von FDP und LINKEN - ein schönes Zeichen, wenn sich der Rat der Stadt heute einstimmig für unseren klaren Auftrag an die Verwaltung aussprechen würde, uns endlich die großartigen Möglichkeiten der neuen Historischen Mitte Kölns nachvollziehbar aufzubereiten. Stimmen Sie also für die Fortführung des Projektes und für unseren Änderungsantrag.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

**Christian Joisten (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Aufforderung kann ich insofern Folge leisten, als dass selbstverständlich auch die SPD weiterhin zu diesem wichtigen Projekt steht. Immerhin war es doch eine wesentliche Initiative des ehemaligen Oberbürgermeisters Roters - das will ich an dieser Stelle durchaus noch einmal erwähnen -, die aber in der Tat auch eine einmalige Chance darstellt, zu diesem Zeitpunkt, und zwar nur jetzt, gemeinsam mit der Hohen Domkirche die hier beschriebene Entwicklung in Angriff zu nehmen.

Das ist unzweifelhaft weiterhin richtig, auch wenn es vielleicht die einen oder anderen Schwierigkeiten gibt, möglicherweise auch bezüglich der Entwicklung der Kosten, die wir natürlich - dazu komme ich gleich noch einmal - im Blick behalten sollten.

Wichtig finden wir auch, dass unser Kölnisches Stadtmuseum endlich und schnell eine neue Heimat findet. Denn auch dort gibt es dringenden Handlungsbedarf an verschiedenen Stellen, auch wenn das jetzt ein Interim ist, das erst einmal so weit gut ist. Aber auch da muss es eine klare und baldige Perspektive geben.

Ich erwähnte es aber schon: Bei aller Begeisterung für das Projekt und trotz des Wunsches nach schneller Realisierung halten wir es dennoch für

wichtig, auch hier sowohl solide zu rechnen als auch eine realistische Terminplanung vorzunehmen.

Ehrlich gesagt, bin ich ein bisschen im Zweifel, Herr Baudezernent, ob der ehrgeizige Terminplan, der uns hier vorliegt, tatsächlich auch in der Umsetzung nachher so funktioniert. Allein in den Jahren 2022 und 2023 habe ich fünf Leistungsphasen gezählt. Das ist ambitioniert. Ich würde mir ja wünschen, dass es so kommt. Allerdings haben wir zu oft erlebt, dass es dann eben nicht funktioniert.

Insofern ist hier unser eindringlicher Wunsch und auch unsere Bitte, sowohl Termin- als auch Kostenplanung ehrlich und transparent vorzunehmen. Es hilft uns doch allen nichts, wenn wir am Ende die Versprechungen, die ja auch in die Öffentlichkeit hinein gemacht werden, wieder einsammeln müssen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich habe also noch meine Zweifel, ob das so funktioniert. Aber das soll, wie gesagt, an unserer Zustimmung zu dem Gesamtprojekt nichts ändern.

Den Änderungsantrag des Bündnisses empfinden wir durchaus auch als gute Ergänzung der Beschlussvorlage. Insofern können wir da mitgehen, zumal er die zuletzt genannten Punkte noch einmal aufgreift, nämlich genau diese Kosten- und Termintransparenz zu gewährleisten und vor allen Dingen auch die politische Beteiligung noch einmal klarer zu sortieren. Meines Erachtens steht das nicht im Widerspruch dazu, dass der Kunst- und Kulturausschuss weiterhin engmaschig das Projekt begleitet. Aber dass man es auch in kleinerem Kreis regelmäßig betrachtet, halte ich für eine gute Maßnahme - genauso wie alles andere, was in dem Änderungsantrag steht. Deswegen vielen Dank dafür.

Wir werden also, Herr Elster, Ihrem Wunsch vollumfänglich entsprechen können und sowohl der Beschlussvorlage als auch dem Änderungsantrag zustimmen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird von der LINKEN das Wort gewünscht? - Herr Kockerbeck.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 69**

**Heiner Kockerbeck (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates! Die hier bisher geäußerten Worte zum Konzept der neuen Historischen Mitte können meine Fraktion und mich weiterhin nicht für dieses Konzept begeistern, muss ich sagen. Aus kulturellen und anderen Gründen können wir nicht erkennen, warum dieses Bauprojekt durchgeführt werden sollte. Das wird dazu führen, dass wir heute, wie Sie sich denken können, weiterhin diese Vorlage ablehnen werden.

Wir denken, dass eine Sanierung der Häuser in ihren ursprünglichen Gebäuden sehr gut hätte stattfinden können. Die zusätzlichen Mittel, die für die Historische Mitte aufgewendet werden müssen, sollten natürlich durchaus für Kultur verwendet werden. Aber in der Fläche in Köln könnte noch viel getan werden. Zum Beispiel halten wir das Schauspielhaus in Mülheim auf dem Gelände von Felten & Guillaume für ein Leuchtturmprojekt in dieser Hinsicht.

Kultur soll in die Fläche in ganz Köln. Wir brauchen nicht Prestigeprojekte in der Innenstadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Für uns haben sich auch unsere damaligen Befürchtungen bewahrheitet, dass die Kosten für das Bauprojekt 2018 künstlich niedrig gerechnet wurden. Jetzt kommen 48 Millionen Euro hinzu. Die Kosten liegen bei 183 Millionen Euro. In den Diskussionen in verschiedenen Ausschüssen, beispielsweise im Bauausschuss, wurde ja deutlich herausgearbeitet: Wieso wurde nicht von Anfang an gesehen, dass die Gründung für ein solches Gebäude im Zentrum Kölns mitten am Dom eine unheimlich aufwendige und schwierige Sache ist? Wieso wurde nicht gleich in Rechnung gestellt, dass natürlich archäologische Ausgrabungen stattfinden werden? - Wir denken, dass hier die Kosten künstlich niedrig gehalten wurden.

Vor allen Dingen fehlt uns noch, dass die Kosten für die Sanierung des Zeughauses nicht einberechnet werden. Denn wir gehen doch erst einmal davon aus, dass alle hier im Rat das rund 400 Jahre alte historische Zeughaus der Stadt weiterhin im Eigentum der Stadt behalten wollen und öffentlich zugänglich halten möchten. Dann müssen wir natürlich die Kosten für dessen Sanierung auch zu den Kosten für die Historische Mitte hinzuaddieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Das dritte Argument, das ich vorbringen möchte, ist zwar nicht ganz originell, aber schlagend. Für die Sanierung der bestehenden Häuser der sehr guten, hervorragenden Museen der Stadt Köln im Zentrum ist über viele Jahre kein Etat zur Sanierung vorhanden gewesen. Jetzt müssen sie umfassend saniert werden. Das ist eine sehr teure und vor allen Dingen sehr komplexe Aufgabe.

Wir als LINKE sagen deshalb: Stecken wir die Ressourcen statt in aufwendige neue Bauprojekte doch in die Sanierung der bestehenden Häuser, und sanieren wir natürlich das Römisch-Germanische Museum und das Stadtmuseum großzügig und gut, auch die Ausstellungen in den bestehenden Häusern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

**Ralph Sterck (FDP):** Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Verwaltung legt einen sehr ungewöhnlichen Vorschlag zur Realisierung der Historischen Mitte vor. Der Rat soll noch vor dem Baubeschluss vorgezogene Maßnahmen beschließen, die in normalen Abläufen einen Beschluss der Maßnahmen zwingend voraussetzen. Dies reicht von der Genehmigungsplanung bis hin zur Ausführungsplanung, und sogar die Ausschreibungen für Abbruch und Aushebung der Baugrube sollen schon starten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters hat das Projekt der Historischen Mitte ohne Beteiligung des Rates auf den Weg gebracht. Der Kollege Elster sagte zu Recht: Endlich können wir hier auch einmal politisch darüber diskutieren. - Zunächst hat Herr Roters das sogar noch aus seiner - in Anführungszeichen - *Portokasse* bezahlt.

Es ist bedauerlich, dass die Verwaltung diesem Geist weiter folgt und dem Rat jetzt vorschlägt, seinen Entscheidungsspielraum selbst einzuschränken. Die Historische Mitte soll offensichtlich schon vor dem Baubeschluss zu einem Punkt der Unumkehrbarkeit geführt werden. Diese Salami-taktik lehnen wir als FDP ab.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 70**

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Statt scheibchenweise Fakten zu schaffen, wäre das Gegenteil richtig, nämlich eine offene, breit geführte Debatte der Politik mit der Stadtgesellschaft, ob dieses Projekt wirklich gewollt ist. Denn Gründe für Zweifel gibt es genug.

Die ursprünglichen Zeit- und Kostenschätzungen sind schon jetzt weit überschritten. Wir haben es gerade schon gehört. Der Kollege Joisten hat es auch thematisiert. Das ist sicherlich noch nicht das letzte Wort, das wir in dieser Frage gehört haben.

Für den historischen Standort - der Kollege Kockerbeck hat es gerade angesprochen - gibt es keine Nutzungsvorschläge und entsprechend auch keine Aussagen zu den dort notwendigen finanziellen Folgebelastrungen.

Außerdem haben wir ohnehin viele Kulturbaustellen, angefangen bei der Oper und den Hallen Kalk. Die MiQua ist noch nicht fertig. Mit der Sammlung Corboud wurde noch gar nicht begonnen. Zudem mussten wir in der Zeitung lesen, dass über dem Museum Ludwig und der Philharmonie ein 1 Milliarde Euro teures Damoklesschwert schwebt.

Es gibt also genug Gründe, sich zu überlegen, ob man wirklich in dieser Situation ein solches Projekt weiter vorantreiben sollte.

Inhaltlich überzeugt uns das Projekt auch nicht. Die Fraktion der Freien Demokraten bleibt bei ihrer Haltung, dass die Aufgabe von Zeughaus, Preußischer Wache und Erweiterungsbau entlang der römischen Stadtmauer ein schwerer konzeptioneller Fehler ist.

(Beifall bei der FDP)

Wo könnte ein Stadtmuseum besser untergebracht sein als dort?

Unsere Position ist klar. Die Historische Mitte gehört eher auf den Prüfstand, statt sie jetzt durch die Hintertür unumkehrbar zu machen. Daher lehnen wir die Vorlage und den Änderungsantrag ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

**Isabella Venturini (Volt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratsmitglieder! Ich mache es kurz vom Platz aus.

Mit dem vorliegenden Änderungsantrag wünschen wir uns ein Umdenken in diesem bereits lang geplanten Vorhaben. Denn wir möchten keine Betonwüste im Herzen der Stadt. Wir wollen ein Vorzeigeprojekt.

Wie wunderbar wäre es, wenn Köln erstrahlen könnte, weil das neue Stadtmuseum zum Beispiel eine Fassadenbegrünung trägt? Das wäre einzigartig.

Mit diesem Änderungsantrag geben wir dem neuen Kulturdezernenten, Herrn Charles, mehr Spielraum, um hier neu zu denken und innovative Möglichkeiten der Stadtgestaltung zu nutzen.

Lassen Sie uns aus der Historischen Mitte ein richtiges, ein echtes Vorzeigeprojekt machen und zeigen, dass Köln mit Kulturbauten besser umgehen kann als in der Vergangenheit. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird aus dem Rat noch das Wort gewünscht? - Da das nicht der Fall ist, bitte ich Herrn Bezirksbürgermeister Hupke an das Mikrofon.

**Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorweg möchte ich zur Kenntnis geben, dass wir diese Beschlussvorlage in der Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz hatten. Die BV hat mehrheitlich dafür gestimmt. Ich könnte mir durchaus vorstellen - ohne das jetzt einzeln anzukündigen -, dass dieser Änderungs- und Zusatzantrag auch mit durchgegangen wäre.

In der Sache selbst will ich Folgendes anmerken: Ja, es kommen immer die Kosten; immer wird mit den Kosten argumentiert. Stellen Sie sich doch einmal Hamburg ohne die Elbphilharmonie oder

### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 71

Sydney ohne das Opernhaus vor. Ich könnte noch viele andere Beispiele nennen.

Und stellen Sie sich einmal Köln ohne die Philharmonie vor. Da habe ich der Grundsteinlegung mit der SSK oben gestanden, und wir haben dagegen protestiert - mit Töpfen, mit Trillerpfeifen. Wir waren absoluter Gegner davon. Es war ein Projekt, für das damals Oberstadtdirektor Rossa in die Bütt gegangen ist, wie man so schön sagt. Er hat sehr schwer dafür gekämpft. Ich werde nie vergessen, wie er uns immer entgegenhielt: Viva la musica. - Was haben wir gemacht? Wir haben zum Dank ein paar Jahrzehnte später einen Platz oben an der Hohenzollernbrücke nach ihm benannt.

Auch bei der MiQua und der Archäologischen Zone heißt es immer: die Kosten, die Kosten. - Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten sie nicht und wir hätten das Dom-Rhein-Projekt nicht oder wir hätten den Tunnel nicht.

Was will ich damit sagen? Ich könnte ganz viel aufzeigen. Was Köln ausmacht, sind die Geschichte und die Kultur. Das ist die 2 000 Jahre alte Geschichte. Das sind die Werte in den Museen, die auch ganz klar zeigen, was die Stadt an Wert hat, sodass sie überhaupt Kredite aufnehmen kann.

Das Wichtige an der Kultur ist, finde ich, die Umwegrentabilität. Wenn diese Stadt nicht nur ihre Position halten will, sondern endlich wieder in eine Reihe mit anderen großen Städten kommen will - früher hat ein Kulturpolitiker gesagt: Köln, Paris, New York -, dann hat sie genau das zu machen. Es ist nun einmal so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, die Historische Mitte ist am Dom. Da ist auch die Geschichte. Da muss sie gehoben werden.

Daher ist es heute ein richtiger Schritt in die Zukunft, dass Köln da etwas tut. Kultur so kompakt und so eng zusammen - ich bin ja auch ein bisschen herumgekommen - gibt es kein zweites Mal. Das ist der Schritt wieder hinein in eine Champions League. Deshalb freue ich mich darüber, dass das heute so beschlossen wird. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Köln, Paris, New York: Was soll man dazu noch sagen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da haben wir uns etwas vorgenommen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen und dann über die Vorlage, womöglich in der geänderten Fassung.

Ich rufe den Änderungsantrag auf. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen stimmen DIE LINKE, Frau Gabrysch, die FDP-Fraktion, die Fraktion Die FRAKTION und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Herr Zimmermann enthält sich. Dann ist der Änderungsantrag so beschlossen.

Ich lasse jetzt über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Wer stimmt dagegen? - Das sind DIE LINKE, die FDP-Fraktion, die Fraktion Die FRAKTION, die AfD und Frau Gabrysch. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.29 Städtische Katastrophenschutzeinrichtung Boltensterstr. 2 - 4, 50735 Köln-Niehl**  
hier: **Planungsbeschluss für eine Dachsanierung**  
**3067/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.30 Parkstadt Süd:**  
**Bedarfsfeststellungsbeschluss für unterstützende Dienstleistungen für Umsetzungsvorbereitende Maßnahmen**  
**4039/2021**

Wortmeldungen? - Herr Joisten.

**Christian Joisten (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus; denn mir geht es in erster Linie darum, noch einmal eine Frage an den Baudezernenten zu richten.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 72**

Diese Vorlage haben wir ja schon im Finanzausschuss diskutiert und da auch erst einmal zurückgestellt, weil es noch Klärungsbedarf gab. Wir haben jetzt relativ viel an Informationen gesammelt. Ich möchte aber hier noch einmal von Ihnen hören - denn das habe ich, ehrlich gesagt, bis heute noch nicht ganz verstanden -, warum sich mit dem neuen Vertrag für die gleiche Leistung die Kosten verdoppeln.

Vielleicht können Sie dazu noch Ausführungen machen, weil für uns daran auch die Entscheidung hängt, wie wir uns bei der Abstimmung verhalten. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Greitemann.

**Beigeordneter Markus Greitemann:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Joisten, bei den nun anstehenden Verträgen, die wir erarbeiten, ist die Akquisitionsphase mit der modernen Stadt bezogen auf die Dienstleistungen mit der Parkstadt Süd abgeschlossen.

Der anstehende Vertrag stellt den Einstieg der modernen Stadt GmbH in eine langfristige Partnerschaft als Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft für die Parkstadt Süd dar.

Wir haben in der Anlage 3 auch dargestellt, wie es bei der Weiterbeauftragung mit den Honoraren aussieht. Die Honorierungssystematik geht aktuell von einem Stundensatz in Höhe von 195 Euro aus. Das sind 50 Prozent mehr als im Akquisitionsvertrag - nicht doppelt so viel, sondern 50 Prozent mehr -, und zwar insbesondere deshalb, weil es Vollkosten sind. Da ist also alles mit eingerechnet - inklusive Risikozuschlag, Unternehmerlohn etc. pp.

Wir werden aber einen Pauschalvertrag abschließen. Das heißt, es werden Vollzeitäquivalente über das Jahr abgerechnet - pauschaliert -, und es wird nach Leistung bezahlt. In ganz bestimmten Meilensteinen werden dann die monetären Abrufe gestartet. Wir werden also nicht nach Stunden abrechnen. Vielmehr gehen wir von drei Vollzeitäquivalenten pro Jahr aus, die notwendig sind - das ist eine Berechnung, die das Stadtplanungsamt gemacht hat, natürlich mit der modernen Stadt zusammen -, und pauschalisieren den Vertrag.

Das heißt: Wir rechnen nicht - wie in dem Altvertrag - nach Stunden ab, sondern über eine Pauschale, die sich auf das Jahr erstreckt, und werden dann die Leistungen in Teilen über Meilensteine bezahlen und abrufen. Das ist der Unterschied.

Ich habe das auch mit dem Rechnungsprüfungsamt und dem Stadtplanungsamt intensiv besprochen. Wir sind uns einig, dass es auch mit dem Vertrag vergleichbar ist, den wir mit dem Stadtwerke-Konzern im Bereich des Deutzer Hafens abgeschlossen haben. Die Verrechnungssätze sind vergleichbar. Nach unserer Auffassung sind sie deswegen auch angemessen.

Wir sind der Überzeugung, dass die moderne Stadt in der Parkstadt Süd, weil sie a) Kenntnisse von der Parkstadt Süd hat und b) langfristiger Partner werden kann - wir gehen ja von 15 Jahren Entwicklungszeit aus -, genau der richtige Partner ist.

Ich hoffe, dass das als Begründung ausreicht.

(Christian Joisten [SPD]: Vielen Dank!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es noch eine Rückfrage, Herr Joisten? - Nein.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann stelle ich diese Vorlage zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Der Fraktion Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Die Vorlage unter TOP 10.31 ist zurückgestellt worden.

Tagesordnungspunkt

**10.32 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“  
1987/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln)  
AN/2682/2021**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)**



**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 73****AN/2684/2021****Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Volt  
AN/2692/2021**

Ich gebe als Erstes Frau Pakulat das Wort.

**Sabine Pakulat** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wertes Publikum! Ich weiß; es ist schon spät. Aber für dieses wichtige Thema *Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“* müssen wir uns noch ein paar Minuten Zeit nehmen. Wir reden hier selten einmal über die übergeordneten Ziele und Visionen für diese Stadt. Aber dies ist jetzt ein Moment, das zu tun.

Die Strategie imponiert ja schon allein durch ihren Umfang. Ich habe sie einmal mitgebracht, lese aber jetzt nicht daraus vor.

(Die Rednerin hält die Broschüre *Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“* hoch)

Aber sie imponiert auch durch ihre Inhalte. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir eine solche umfangreiche und kluge Grundlage an die Hand bekommen, um die uns viele Großstädte in Deutschland beneiden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Mein ausdrücklicher Dank geht deshalb an Frau Scholz und ihr Stadtentwicklungsamt.

(Beifall)

Man muss aber diese Ebene der strategischen Planung natürlich auch verstehen wollen. Man muss sich darauf einlassen können und sich darauf einlassen wollen.

Es ist die Metaebene von Leitbildern, Zielgerüsten und Handlungsebenen, in die wir als Gestalter der Politik und der Verwaltung in dieser Stadt alle Absichten und Richtungsweisungen aktueller und zukünftiger Beschlüsse einbetten können, ohne dass dies willkürlich erscheint.

Sie bewahrt uns dadurch auch vor Gutsherrenentscheidungen, die in dieser Stadt ja auch durchaus mal gang und gäbe waren.

Ich weise hier auch noch auf die Anlage 10 hin, die nachträglich eingestellt wurde und eine sehr gute Zusammenfassung der Methodik enthält.

Diese Ebene, liebe Fraktion der LINKEN und liebe KLIMA FREUNDIN, stellt keine Lösung von Problemen dar - nicht der Armut, nicht der Obdachlosigkeit und auch nicht der Flächenkonflikte. Problemlösungen sind und bleiben weiterhin die Aufgabe von Politik und Verwaltung.

Diese Stadtstrategie beinhaltet auch keine Konzepte für einzelne Ressorts. Denn auch dies bleibt weiterhin die Arbeit des Rates und seiner Gremien sowie der Verwaltung. Dafür müssen wir einfach alle weiterhin arbeiten.

Aber sie bietet eine Grundlage, in die sich jeder Masterplan, jeder Sportentwicklungsplan, jeder Kulturentwicklungsplan und jeder soziale Maßnahmenplan integrieren lässt, die dann als Schlüsselprojekte auf der Handlungsebene jeweils weitere Bausteine dieser Strategie mit Leben füllen.

Wir wollen dieses Zielgerüst heute mit einer breiten Mehrheit beschließen. Das ist höchste Zeit. Es wurde bereits Ende 2019 fertiggestellt. Bis dann der Druck herauskam, dauerte es noch einmal ein halbes Jahr.

Diese zeitliche Schiene erklärt auch den Ergänzungsantrag, den heute eine Mehrheit dieses Rates einbringt. Da die Stadt erst nach der Fertigstellung die neuen Klimaziele 2035 beschlossen hat, muss das in der vorliegenden Fassung, zumindest in der elektronischen Version, korrigiert werden. Damit haben wir auch die wichtigste Änderung aus den Anträgen der Bezirksvertretungen mit aufgenommen.

Deshalb bitte ich erstens um die Zustimmung zur Vorlage, und zwar mit der von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt sowie den Ratsmitgliedern Gabrysch und Zimmermann beantragten Ergänzung.

Es gibt aber noch einen zweiten Änderungsantrag, der von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Volt eingebracht wurde. Er zielt darauf ab - jetzt wird es ein bisschen technisch -, die Textpassage zur Rheinspange - das ist die Brücke zwischen Rodenkirchen und Porz, die projektiert wird - auf Seite 226 dieser Strategie zu streichen.

### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 74

Das beantragen wir, weil wir dem Kurs treu bleiben wollen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

mit dieser Strategie keine konkreten Projekte zu beschließen, die ja noch Gegenstand politischer Beratungen sind. Auch dafür bitte ich um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

**Niklas Kienitz (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Woran erkennt man demnächst den Stadtentwickler und die Stadtentwicklerin?

(Der Redner hält die Broschüre *Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“* hoch)

An diesem Buch, an diesem Werk, das die Verwaltung in einem breit angelegten Prozess mit vielen Beteiligten erstellt und erarbeitet hat.

Deswegen geht unser Dank an die Oberbürgermeisterin, die diesen Prozess mit angestoßen hat und ihn bei den Veranstaltungen auch begleitet hat, an Markus Greitemann als den zuständigen Dezernenten und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes 15 unter der Leitung von Frau Scholz.

*Warum eine Stadtstrategie?*, kann man sich durchaus fragen. Das haben wir nach meiner Erinnerung zu Beginn auch diskutiert. Denn es gab einen Prozess *Leitbild Köln 2020*, es gibt Papiere zum Thema *wachsende Stadt*, und es wurde auch schon einiges zur Thematik *strategische Stadtentwicklung* aufgeschrieben.

Aber es gibt auch die Notwendigkeit, dass diese ganzen Strategien jetzt endlich zusammengebunden werden - auch vor dem Hintergrund, dass unsere Stadt in der Tat weiter wächst. Köln ist, wie in der Stadtstrategie *Kölner Perspektiven 2030+* häufig genug steht, eine wachsende Stadt.

Wir haben den Trend der Urbanisierung; wir haben den demografischen Wandel; wir haben den

Klimawandel und müssen den Klimaschutz berücksichtigen - dazu haben wir heute einige Beschlüsse gefasst -; wir haben das Thema Globalisierung; wir haben das Thema Digitalisierung.

Das ist alles in der Stadtstrategie hinterlegt. Es ist gelungen, diese Themen in diesem Werk zusammenzubinden und zu entwickeln und dafür eine Strategie vorzulegen.

Zur Systematik hat Kollegin Pakulat schon etwas gesagt.

Wir haben fünf Leitsätze entwickelt:

- kompakte und lebenswerte Quartiere
- Raum für eine dynamische und nachhaltige Wirtschaft und für vielfältige Arbeitswelten
- Bildung, Chancengerechtigkeit und Teilhabe
- vielfältig vernetzte Metropole
- die wachsende Stadt unter dem Gesichtspunkt der Umwelt- und Klimagerechtigkeit

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darauf aufbauend folgen dann zehn Handlungsempfehlungen.

Abschließend möchte ich ergänzend noch einen Punkt erwähnen. In der Stadtstrategie sind auch die insgesamt sieben Zukunftsräume unserer Stadt dargestellt:

- die Innenstadt zwischen dem Dom und dem Grüngürtel
- der S-Bahn-Ring, der vervollständigt werden soll
- die Ost-West-Achse, aber nicht der kleine Teil, sondern tatsächlich der stadträumliche große Teil von Osten nach Westen, also vom Ende der Aachener Straße bis zur Eupener Straße
- der rechtsrheinische Entwicklungskorridor
- unser Fluss, der die Stadt teilt, der Rhein, als Entwicklungsachse
- der Kölner Norden; das Thema Kreuzfeld ist gerade angesprochen worden
- der Porzer Süden, in dem auch sehr langfristig gedacht viele wichtige Entwicklungen anstehen

### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 75

Deswegen beginnt die eigentliche Arbeit erst jetzt. Wir werden nun mit diesem Kompass der Stadtstrategie einzelne Strategien erarbeiten. Wir können Empfehlungen schärfen. Wir können Konzepte konkretisieren und Projekte ausarbeiten.

Unseren gemeinsamen Änderungsantrag hat die Kollegin schon begründet. Zum Thema Klimaneutralität sollen Ergänzungen erfolgen. Der bisherige Text hat sich durch die Beschlussfassung im Rat der Stadt Köln überholt.

Zur Rheinspange vertreten wir eine andere Ansicht. Zwar trifft es zu, dass es sich dabei um eine Einzelmaßnahme handelt. Aber es ist eben auch ein Entwicklungsraum, der hier genannt wird. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

**Christian Joisten (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein letztes Mal darf ich heute zu Ihnen sprechen - jetzt zu den *Kölner Perspektiven 2030+*. Ich habe das Buch nicht mitgebracht. Inzwischen haben es alle gesehen, glaube ich. Wir wissen ja, wovon wir sprechen.

Ich möchte dennoch, auch wenn meine Vorredner das schon getan haben, der Verwaltung und insbesondere dem Team um Frau Scholz ganz herzlich für den Prozess danken. Er war in der Tat sehr aufwendig. Es ist viel Arbeit hineingesteckt worden und viel Papier produziert worden.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich ebenfalls beteiligt. Deswegen geht auch ein Dank an die Bürgerinnen und Bürger, die sich beteiligt haben.

Zudem haben viele Ämter mitgearbeitet. Auch an diese Ämter geht an dieser Stelle ein Dank, auch wenn man in diesem umfangreichen Werk meines Erachtens erkennen kann, welche Ämter vielleicht intensiver mitgearbeitet haben und welche das weniger getan haben.

Wir haben uns auf jeden Fall intensiv mit dieser Stadtstrategie beschäftigt. Wir haben alle Arbeitskreise beteiligt. Wir haben in der Gesamtfraktion sehr intensiv darüber debattiert und kommen für uns doch zu dem Ergebnis: Diese Stadtstrategie bildet an kaum einer Stelle das ab, was wir uns als SPD-Fraktion unter einer zukunftsweisenden Strategie vorstellen.

Natürlich können wir grundsätzlich darüber streiten, welche Flughöhe ein solches Strategiepapier letztendlich haben muss. Das ist gerade auch schon angeklungen. Allerdings ist für uns kein klarer Faden, keine klare Spur erkennbar, auf welcher Flughöhe man sich befindet.

Manche Dinge haben sich zudem schon durch Beschlüsse erledigt. Außerdem sind viele Themen sehr unkonkret und werden uns in der Sache nicht weiterbringen.

Ich will einmal einige Beispiele nennen, damit es plastischer wird.

Das Kapitel zur Klimaneutralität hat sich bereits durch Beschlusslage des Rates überholt. Das wissen wir alle hier.

Uns fehlen in dieser Stadtstrategie klare Strategien für den Wohnungsbau. Dieses Thema kennen Sie. Aber auch dazu enthält die Stadtstrategie keine Antworten. Das ist meines Erachtens gerade vor dem Hintergrund, dass die Stadt wächst, fahrlässig.

Die Stadtstrategie enthält keine Konfliktlösungen für die Flächennutzung versus Versiegelung. An keiner Stelle wird aufgelöst, wie wir denn strategisch damit umgehen wollen.

Ein Flächenkonzept ist auch nicht klar erkennbar.

Der Sport fehlt weitestgehend ganz. An ein paar Stellen kommt er sporadisch vor, der Breitensport aber gar nicht. Das ist auch ein Aspekt dieser Stadt und sollte in einer Strategie berücksichtigt werden.

Die Aussagen zur kulturellen Entwicklung unserer Stadt sind aus unserer Sicht inkohärent, unkorrekt und greifen in vielen Bereichen der kulturellen Bildung deutlich zu kurz.

Man kann nicht alles aufführen. Aber die Kritik kam aus allen unseren Fachbereichen.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 76**

Das Papier ist zudem nicht langfristig angelegt und bietet eben keine Antworten auf die zentralen Herausforderungen der nächsten mindestens zehn Jahre.

Daher können wir am Ende diese Stadtstrategie aus unserer Sicht final nur ablehnen.

Ich möchte dennoch ganz kurz auf die Änderungsanträge eingehen.

Was den Änderungsantrag der Grünen bezüglich der Rheinspange betrifft, erkennen wir zumindest an, dass es nicht kohärent ist, dieses eine Projekt herauszustellen, wenn alle anderen verkehrlichen Projekte in dem Kapitel keine Rolle spielen. Auf der anderen Seite bekennen wir uns weiterhin glasklar zu dieser Rheinspange, weil wir glauben, dass es sich dabei um eine notwendige Verkehrsachse im Süden handelt. Daher kommen wir zu dem Ergebnis, uns an dieser Stelle enthalten zu wollen.

Ansonsten werden wir die Änderungsanträge und das Gesamtpapier, wie eben dargestellt, ablehnen. Eigentlich müsste diese gesamte Stadtstrategie überarbeitet werden. Das ist aber nicht Aufgabe des Rates und unserer Gremien. Deswegen bleibt uns hier nur die Ablehnung. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das vorliegende Papier *Kölner Perspektiven 2030+* benennt die Rahmenbedingungen, unter welchen Köln in den nächsten Dekaden wachsen wird. Leider bietet das Papier aber für die richtig großen Herausforderungen keine ausreichenden Perspektiven.

Köln wächst, und es besteht Wohnungsnot. Die vorgelegte Strategie zeigt aber keinen Weg auf, wie Obdachlosigkeit und Wohnungsnot überwunden werden sollen. Dieses Papier enthält keine Idee, wie preiswerter Wohnraum in den nächsten Jahrzehnten in großem Stil umgesetzt werden soll.

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Jahren hat die Kölner Stadtspitze ihre selbst gesteckten Ziele im Wohnungsbau weit verfehlt. Das wissen wir alle. In dieser Situation brauchen wir doch Perspektiven, die einen großen Wurf darstellen, und nicht einfach ein Weiterwursteln.

(Beifall bei der LINKEN)

Zwar wird in dem Papier betont, dass wir in der Verkehrspolitik auf den Umweltverbund setzen müssen und wie wichtig das alles ist, um die Klimaziele zu erreichen. Aber das einzige Verkehrsprojekt, das in *Kölner Perspektiven 2030+* benannt wird, ist ein Autobahnprojekt. Uns wird also Verkehrspolitik aus den 70er-Jahren als Perspektive 2030+ verkauft.

Da kann man nur sagen: Gott sei Dank haben die Grünen das erkannt, und es wird ja nachher - -

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, das ist doch gut. Es wurde ein entsprechender Änderungsantrag gestellt, der dann hoffentlich auch eine Mehrheit finden wird. Das finde ich jetzt gut.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, in den *Kölner Perspektiven 2030+* wird beschrieben, dass wir arme und reiche Stadtteile haben. Das ist natürlich völlig zutreffend. Es wird auch darauf abgehoben, dass wir die Armut bekämpfen müssen. Aber es wird überhaupt nicht dargelegt, wie wir die Armut bekämpfen wollen.

Es wird auch ausgeführt, dass die Schere zwischen gut gebildeten und weniger gut gebildeten Kindern immer weiter auseinandergeht. Aber auch darauf gibt es keine Antwort. Es kann doch nicht wahr sein, dass in dem gesamten Bericht nicht einmal betont wird, dass wir mehr gemeinsames Lernen und mehr Gesamtschulen brauchen, um diese Schere zu schließen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sollten uns doch darüber im Klaren sein, meine Damen und Herren, dass eine gute Schulbildung, die eine vernünftige Ausbildung ermöglicht, ein ganz wichtiges Fundament ist, um Armut zu verhindern oder ihr entgegenzutreten.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 77**

Meine Damen und Herren, wir können dem Papier so leider nicht zustimmen.

Wir haben einen großen Änderungsantrag dazu gestellt. Ich hoffe, dass der eine oder die andere Gelegenheit hatte, sich damit auseinanderzusetzen. Wenn er oder sie das getan hat, müsste er oder sie unserem Änderungsantrag eigentlich folgen. Es geht darum, dass wir sagen: Wir brauchen die Verkehrswende. Wir brauchen kostenlosen ÖPNV in Köln. Wir brauchen mehr Gesamtschulen. Wir brauchen mehr preiswerte Wohnungen. Wir wollen ein klimaneutrales Köln in 2030. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

**Ralph Sterck (FDP):** Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Das Ganze ist eigentlich eine Fachdiskussion. Wir haben im Stadtentwicklungsausschuss schon sehr viel dazu gesagt. Aber ich kann verstehen, dass die Frau Vorsitzende das hier noch einmal deutlich machen will. Es ist auch gut, dass ein breiter Kreis von Ratsmitgliedern mitbekommt, welch gewichtiges Papier wir heute vorliegen haben. Der Kollege Kienitz hat ja sogar körperlich gezeigt, wie gewichtig es ist. Daher ist das schon richtig.

Dem Dank, der in Richtung der Verwaltung, insbesondere in Richtung von Frau Scholz und ihrem Amt, ausgesprochen worden ist, schließt sich die FDP-Fraktion natürlich ausdrücklich an. Das habe ich auch schon im Ausschuss entsprechend gesagt.

Wie nachher mit dem Papier umgegangen wird, müssen wir dann sehen. Ich möchte heute auch einmal ein bisschen Wasser in den Wein der Begeisterung schütten - gerade als Ratsmitglied, das schon erlebt hat, dass wir das Leitbild für die Stadt Köln hier beschlossen haben. Danach - der eine oder andere nickt zustimmend - haben wir es in die Schublade gelegt, und das war es dann. Insofern hoffe ich, dass wir mit der Stadtstrategie hier auch weiter arbeiten können.

Die Kollegin Pakulat hat von einer breiten Mehrheit gesprochen. Dazu sind wir als FDP auch bereit.

Allerdings wundern wir uns jetzt etwas darüber, dass die Rheinspange hier plötzlich hineinkommt. Nach dem Änderungsantrag, den wir alle mitgetragen haben, womit wir eine Basis für eine breite Zustimmung im Rat geschaffen haben, wird hier ein Thema aus meiner Sicht überhöht.

Ich wundere mich dann auch über die Begründung. Da schaue ich auch den Kollegen Joisten an. In der Form, in der jetzt hier steht, schließt es ja

(Christian Joisten [SPD]: Ich sage dazu noch etwas!)

- du sagst noch etwas dazu; das ist schön - zusätzliche Brücken für Autoverkehr aus. Als Begründung wird angeführt, es gebe in dem Kapitel sonst auch keine Einzelprojekte. Das ist doch Quatsch. Du brauchst ja nur einen Absatz weiter zu schauen. Da wird sogar der Blumenbergsweg mit seinem Ausbau namentlich erwähnt. Natürlich werden hier also einzelne Maßnahmen aufgeführt.

Wenn jetzt kurz vor Schluss von Grünen und Volt versucht wird, die Rheinspange herauszustreichen, ist das ein unfreundlicher Akt für die breite Mehrheit, die eigentlich angestrebt worden ist.

Sollte das hier so beschlossen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, würden wir uns als FDP dann auch von diesem Beschluss entfernen und uns enthalten, um deutlich zu machen, dass wir das nicht mittragen, schon einmal gar nicht in der Formulierung, wie es jetzt hier steht. - Der Kollege Joisten sagt vielleicht noch etwas dazu.

Ich finde es also nicht sauber, liebe Kollegin Pakulat, hier durch die kalte Küche kurz vor Beschluss noch einmal solche gravierenden Änderungen vorzunehmen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist das gute Recht von Grünen und Volt, gegen diese Autobahn zu sein; um Gottes willen. Aber das ist hier nicht das Gremium oder das Papier, in das das hineingehört. Dann hätte man das nicht an der Stelle der Entscheidung, sondern vorher machen müssen und es vorher auch in den Ausschüssen besprechen müssen.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 78**

Jetzt hier um diese Zeit mit einem solchen Änderungsantrag zu kommen, finde ich nicht fair. Wenn er beschlossen werden sollte, würde das für uns als FDP dazu führen, dass wir uns bei der Abstimmung über die Stadtstrategie enthalten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

**Jennifer Glashagen (Volt):** Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Auch die letzten Damen und Herren entweder am Livestream oder hier im Saal begrüße ich noch einmal herzlich.

Die Stadtstrategie gibt auf die Fragen unserer Zeit keine ausschöpfenden Antworten. Sie zeigt vielmehr auf, wie diesen umfangreichen und themenübergreifenden Herausforderungen vonseiten der Stadt strategisch begegnet werden kann. Dabei verdeutlicht sie nicht nur die vielen Baustellen in Köln und unsere großen Verbesserungspotenziale, sondern auch die Stärken unserer Stadt und hat den Vorteil eines lebendigen Dokuments, auf dessen Grundlage Verwaltung und Politik handlungs- und anpassungsfähig bleiben.

Im ersten, sehr breit getragenen Antrag heißt es:

Die Verwaltung wird beauftragt, diese Anregungen

- also die Anregungen der vorbereitenden Gremien -

im Rahmen der Fortschreibung der Stadtstrategie und der weiteren Prozesse zu prüfen und das Ergebnis den zuständigen Gremien vorzulegen.

Danke an die Verwaltung, also an das Dezernat, für die Anlage 10, auf die auch meine Vorredner schon hingewiesen haben. Uns fehlt jedoch in dieser Anlage leider besonders die StadtAG - die auch ursprünglich nicht in der Beratungsfolge war; das ist mir bewusst.

Ich möchte besonders darauf hinweisen, dass die Ziele des Kölner LSBTI-Aktionsplans und auch die UN-Nachhaltigkeitsziele in Bezug auf LSBTI-

Personen eingearbeitet und berücksichtigt werden.

Wie ihr wisst, liegen mir persönlich die Ziele und Maßnahmen aus der Behindertenpolitik am Herzen. Alle Entscheidungen der Stadtstrategie müssen im Einklang mit den Interessen behinderter Menschen stehen, deren Teilhabe sicherzustellen ist, und die UN-Behindertenrechtskonvention als Basis haben.

Ich weiß und freue mich darüber, dass dies ein lebendiges Dokument ist, das sich immer wieder weiterentwickelt, und ich mich auch hier auf die Verwaltung verlassen kann. So werden die Anliegen und die zu benennenden Betroffenen in den nächsten Versionen zu finden sein.

Da es ein lebendiges Dokument ist - und da möchte ich Ihnen, lieber Herr Sterck, ein bisschen widersprechen -, dürfen wir zu diesem Zeitpunkt nicht Entscheidungen bekräftigen, die noch gar nicht beschlossen sind und ausdiskutiert sind. Mit der Vorlage der Stadtstrategie darf dieser Prozess nicht vorweggenommen werden.

Ich werbe daher hier für unseren gemeinsamen Änderungsantrag mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Textpassage auf Seite 226 zu der Rheinspange wie beantragt zu streichen. Damit wird dann nichts vorweggenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmt bitte für unsere teilweise gemeinsamen Änderungsanträge. Ich danke euch. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich habe eine weitere Wortmeldung von Frau Gabrysch vorliegen.

(Zurufe: Oh!)

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Ich freue mich, dass die Anmerkungen in Form von Kritik und sogar Formulierungen der KLIMA FREUNDE aus der BV Ehrenfeld vom Bündnis in dem Änderungsantrag zur Beschlussvorlage aufgegriffen wurden. Es ist also wenig verwunderlich, dass die KLIMA FREUNDE diesen Änderungsantrag als Mit Antragsteller unterstützen, genauso auch - das

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 79**

ist ebenfalls wenig überraschend - den zweiten Änderungsantrag von den Grünen und Volt. Natürlich sind auch wir gegen die Rheinspange.

Allerdings bleiben einige der seitens der KLIMA FREUNDE in den vergangenen Gremiensitzungen eingebrachten Kritikpunkte bisher unbeantwortet, zum Beispiel die nicht ausreichende Berücksichtigung der Sustainable Development Goals und die unzureichende Behandlung der Thematik soziale Gerechtigkeit oder auch des Themas Ressourceneffizienz.

Insgesamt ist uns die Vorlage zu unkonkret und leider völlig unzureichend im Hinblick auf die Themen Klimaneutralität und Klimaresilienz, selbst wenn das Papier nur als Fundament dienen soll - oder vielleicht auch gerade dann.

Zum Stichwort *Klimaneutralität* möchte ich an CDU und SPD gewandt hier noch einmal ganz deutlich sagen: Nein, mit einem Beschluss der Klimaneutralität 2035 ist das Thema Klimaneutralität nicht überholt und auch nicht erledigt.

Erstens müssen dem Beschluss dann auch erst noch Taten folgen. Zweitens gilt - auch das habe ich hier schon öfter kundgetan -: 2035 ist nicht schnell genug.

Ich sage noch einmal ganz ausdrücklich: Es ist unsere Verantwortung, hier für diese Stadt Entscheidungen zu fällen, die bezüglich Klimaschutz verfassungskonform sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Joisten noch einmal das Wort. Er hatte nämlich direkt nach seiner Rede mitgeteilt, dass er seinem Redebeitrag noch etwas hinzufügen möchte. Das gilt aber nicht als zweite Runde, Herr Joisten. Sie wollen nur noch das hinzufügen, was Sie eben nicht gesagt haben.

(Christian Joisten [SPD]: Genau so ist es!)

Er hat seine Redezeit auch nur ganz geringfügig überzogen. Das war ganz bestimmt so. Ich tippe hier nämlich immer mit und könnte gleich die Hitliste vorlesen. - Herr Joisten.

**Christian Joisten (SPD):** Ich danke Ihnen für die Klarstellung, Frau Reker. - Einen ganz wichtigen Punkt hatte ich eben unterschlagen, als es darum ging, darzustellen, dass wir diesem Änderungsantrag der Grünen zustimmen können. Ich nehme aber an, dass das nicht das Problem sein wird. Denn ich habe mich ja auch sehr klar zu der Rheinspange bekannt. Sie soll mit diesem Beschluss jetzt nicht - das habe ich auch bei allen anderen Rednern herausgehört - per se obsolet sein. Insofern würden wir uns nur dann so wie eben dargestellt verhalten können, wenn das Wörtchen *auch* nicht gestrichen würde.

Wenn Sie den Beschlusstext vor sich haben, sehen Sie ja, welche Teile des Textes gestrichen werden sollen. Im letzten Satz dürfte das Wörtchen *auch* nicht gestrichen werden. Damit würde er lauten:

Im Sinne der Verkehrswende sind auch für die Stadtbahn und den Rad- und Fußverkehr Rheinquerungen ...

Und so weiter. Das Wörtchen *auch* müsste also weiterhin enthalten sein. Dann könnten wir uns, wie gesagt, eine Enthaltung vorstellen. Ansonsten wäre es aus unserer Sicht ja ein Determinismus hin zu *nur Stadtbahn*. Und genau das wollen wir an der Stelle nicht. - Danke.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Christian, wenn *auch* hineinkommt, müsst ihr aber zustimmen und euch nicht nur enthalten!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das *auch* wird offensichtlich akzeptiert, Herr Joisten.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich Ihnen gerne einmal die Abstimmungsreihenfolge vortragen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag von der LINKEN und Frau Gabrysch, danach über den Änderungsantrag von Grünen, CDU, FDP, Volt, KLIMA FREUNDEN und GUT, anschließend über den Änderungsantrag von Grünen und Volt in der jetzt verabredeten Fassung mit dem Wörtchen *auch* und dann über die Vorlage in einer wahrscheinlich veränderten Fassung abstimmen.

### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 80

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag von der LINKEN und Frau Gabrysch. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen.  
- Das sind die Fraktion DIE LINKE, Frau Gabrysch, die Fraktion Die FRAKTION und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist er abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag von Grünen, CDU, FDP, Volt, Frau Gabrysch und Herrn Zimmermann abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist diesem Änderungsantrag zugestimmt.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

- Doch. Wer sagt denn Nein? - Zu etwas anderem. Okay.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wir waren schon einen Antrag weiter!)

- Es tut mir leid, dass ich jetzt nicht dieses Tempo mithalten kann.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag von Grünen und Volt in der soeben mündlich geänderten Fassung, also mit dem Wort *auch*, abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen sind die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Die SPD-Fraktion und die Oberbürgermeisterin enthalten sich. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich lasse nun noch über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der Fraktion der LINKEN, der SPD-Fraktion und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Der FDP-Fraktion. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

TOP 10.33 haben wir bereits behandelt und abgestimmt.

Tagesordnungspunkt

#### 10.34 Ausweitung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes 3303/2021

Ich frage, ob es Wortmeldungen gibt. Hier habe ich Frau Hoyer auf der Rednerliste stehen. - Nein, hat sich erledigt; okay. Also: Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### 10.35 Beschluss der Fördermaßnahme „Netzwerkarbeit“ für die Kölner City im Rahmen des Projektauftrags „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ 4225/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Frau Steinmann.

**Lisa Steinmann (SPD):** Ich hoffe, dass es jetzt nicht zum Grummeln führt, wenn ich als Frau zu später Stunde dann auch noch einmal das Wort ergreife. Ich möchte den Tagesordnungspunkt aber auch gar nicht unnötig strecken.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das Bundesförderprogramm *Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren* ist gut, wichtig und richtig. Ich freue mich sehr darüber, dass wir jetzt für Köln in die engere Auswahl bei der Antragstellung geraten und dieses Vorhaben heute auf den Weg bringen.

Dass der Projekttitel, den Köln über sein Einreichungspamphlet setzt, *Netzwerkarbeit* heißt, lässt mich hoffen und wünschen, dass wir genau in dieser Richtung auf eine multifunktionale Stadtmitte hin arbeiten und die monostrukturierte Denke der Handelslagen aus einer anderen Zeit überwinden. Denn nur so können wir die Citylagen bzw. die Innenstadtlagen auch langfristig zukunftsfähig machen.

Dazu bedarf es nicht nur Aufenthaltsqualität, sondern auch Lebensqualität. Orte des Handels müssen auch Orte der kulturellen Vielfalt und des kulturellen öffentlichen Lebens sein. Warum nicht ein Jugendzentrum in der Fußgängerzone? Warum nicht eine Kita in der Fußgängerzone? Warum haben wir in Köln noch kein Unperfekthaus mitten in der Stadt?

(Beifall bei der SPD)



### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 81

Ich setze sehr - und Ihr Projektvorhaben beschreibt es so - auf die Netzwerkarbeit im Zusammenspiel mit Leistungsträgern in dieser Stadt und wünsche Ihnen Mut und innovatives Fortschreiten bei der Gestaltung und auch im Hinblick auf mögliche Interimnutzungen.

Eine Sache ist mir aber sehr wichtig. Wir reden immer von Innenstadt. Wie wir alle wissen, ist das ein Zentrum mit überregionaler Bedeutung. Aber wichtig ist, dass wir bei diesem Prozess auch schauen - sowohl auf dem Weg dahin als auch im Nachgang langfristig -, welche Ableitungen wir für die Stadtteilzentren daraus ziehen können. Denn das ist etwas, was diese Stadt erst recht bunt und auch lebenswert macht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.36 Erhöhung der Jugendbeihilfe 2021 3844/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Philippi.

**Franz Philippi (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Um 21 Uhr muss so viel Zeit sein, der Verwaltung in aller Kürze ein großes Lob für diese Vorlage auszusprechen. Zu den 1,25 Millionen Euro der Jugendbeihilfe kommen 460 000 Euro on top. Das sind fast 30 Prozent. Dies ist ein sehr positives und gutes Signal an die Kölner Sportvereine in schwierigen Zeiten. Herzlichen Dank von uns dafür.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu:

#### **12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen**

Tagesordnungspunkt

##### **12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 68454/04**

**Arbeitstitel: Südlich Ottoplatz in Köln-Deutz  
3493/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### **12.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 64435/02**

**Arbeitstitel: Baufeld West, Kerpener Straße in Köln-Lindenthal  
3500/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich über den aktualisierten Beschlussvorschlag in Anlage 9 abstimmen, also wie Stadtentwicklungsausschuss, Anlage 11.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

TOP 12.3 haben wir schon behandelt.

Ich rufe auf:

#### **16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen**

##### **16.1 279. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 3711/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 82**

Wir kommen zu:

**17 Gremienbesetzungen**

Einige Vorschläge werde ich einzeln zur Abstimmung stellen müssen, aber gesammelt vorlesen.

Tagesordnungspunkt

**17.1 Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des RGRE am 24./25.03.2022  
Neubesetzung der Sitze im Hauptausschuss und Präsidium der Deutschen Sektion des RGRE  
2998/2021**

Vorgeschlagen werden für den Hauptausschuss Bürgermeister Dr. Ralf Heinen und für das Präsidium Bürgermeister Andreas Wolter.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.2 Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 24./25.03.2022 in Hannover - Benennung von Delegierten  
3547/2021**

Hier liegt ein Wahlvorschlag vor, der als gemeinsame Liste eingereicht worden ist. Ich lese ihn gleich einmal vor.

Zunächst müssen wir aber festlegen, wie viele Delegierte entsandt werden sollen.

Wie üblich, stimmen wir dabei zunächst über die Beschlussalternative ab. Die Alternative ist, acht Ratsmitglieder zu entsenden. Darüber stimmen wir jetzt ab. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Damit gilt diese gemeinsame Liste, die ich Ihnen jetzt einmal vortrage: Bürgermeisterin Brigitta von Bülow, Bürgermeister Andreas Wolter, Herr Dirk Michel, Frau Teresa De Bellis-Olinger, Frau Elfi Scho-Antwerpes, Bürgermeister Dr. Ralf Heinen, Herr Jörg Detjen und Herr Ralph Sterck.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine.

Da wir eine Gegenstimme der AfD-Fraktion haben, muss ich jetzt einzeln über die Wahlvorschläge abstimmen lassen, um das hier hieb- und stichfest zu machen. Ich lese sie jetzt also noch einmal vor.

Wer ist für den Wahlvorschlag der Grünen, Brigitta von Bülow und Andreas Wolter? - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - -

Nein, wir müssen anders abstimmen. Das ist eine Verhältniswahl. Jeder sollte also für seine Liste stimmen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das ist das Hare-Niemeyer-Verfahren!)

- Ja. Wir stimmen jetzt in der Verhältniswahl ab.

Wer ist also für den Wahlvorschlag der Grünen? Die Grünen kennen ja ihren Wahlvorschlag. Insofern muss ich ihn nicht noch einmal vortragen. - Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wer ist für den Wahlvorschlag der CDU? - Herr Zimmermann und Frau Gabrysch, ich kann Sie nicht verstehen. Sie machen mir Handzeichen. Bitte sprechen Sie.

**Thor-Geir Zimmermann** (GUT Köln): Wir hatten während des Wahlvorgangs für die Grünen gestimmt.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wer ist für den Wahlvorschlag der CDU? - Das sind die CDU-Fraktion und die AfD.

Wer ist für den Wahlvorschlag der SPD? - Das ist die SPD-Fraktion.

Wer ist für den Wahlvorschlag der LINKEN? - Das sind die LINKEN.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 83**

Wer ist für den Wahlvorschlag der FDP? - Das ist die FDP.

Damit sind alle Vorgesetzten, die ich gerade vorgetragen habe, gewählt.

(Vereinzelt Beifall)

Tagesordnungspunkt

**17.3 Neubenennung der Mitglieder für die Fachausschüsse der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) 3548/2021**

Hier liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag vor. Ich trage ihn jetzt einmal vor. Vorgesetzten werden:

- für den Deutsch-Französischen Ausschuss Bürgermeister Andreas Wolter und Frau Ursula Gärtner
- für den Deutsch-Polnischen Ausschuss Frau Erika Oedingen
- für den Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit Bürgermeisterin Brigitta von Bülow und Herr Jörg Detjen
- für den Arbeitskreis *Junge lokale und regionale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger* Frau Dilan Yazicioglu, Herr Christian Achtelik und Frau Maria Helms

Das ist der Wahlvorschlag.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion.

Dann passiert das Gleiche wie eben. Es sind die Wahlvorschläge, die ich gerade vorgetragen habe, eingereicht worden. Ich muss jetzt wieder einzeln darüber abstimmen lassen.

Wer dem Wahlvorschlag 1 der Grünen, Bürgermeister Andreas Wolter in den Deutsch-Französischen Ausschuss zu entsenden, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Grünen.

Dann lasse ich über den Wahlvorschlag 2 abstimmen. Wer ist dafür, Ursula Gärtner dorthin zu entsenden? - Das ist die CDU-Fraktion.

Meine Damen und Herren, die Verwaltung legt Wert darauf, dass wir noch einmal abstimmen. Auch das können wir machen. Wir haben das ja jetzt geübt.

Wer ist für den Wahlvorschlag 1 für den Deutsch-Französischen Ausschuss, Bürgermeister Andreas Wolter? - Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. - Danke.

Jetzt erfolgt die Abstimmung über den Wahlvorschlag 2, Frau Ursula Gärtner. - Das ist die CDU-Fraktion. - Damit sind alle für diesen Ausschuss gewählt.

Jetzt kommt der nächste Ausschuss. Das ist der Deutsch-Polnische Ausschuss. Da gibt es den Wahlvorschlag der SPD-Fraktion, Frau Erika Oedingen zu entsenden. - Damit ist sie auch gewählt. Die SPD-Fraktion stimmt natürlich für ihren Vorschlag und wählt Frau Oedingen.

Dann sind wir bei dem Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Da lautet der Wahlvorschlag 1 von den Grünen, Bürgermeisterin Brigitta von Bülow zu entsenden. - Dieser Wahlvorschlag wird natürlich bestätigt. Damit ist sie gewählt.

Außerdem gibt es den Wahlvorschlag 2, Herrn Jörg Detjen dorthin zu entsenden. - Dieser Wahlvorschlag wird durch die LINKEN bestätigt. Damit sind auch hier alle gewählt.

Jetzt kommen wir zu dem Arbeitskreis *Junge lokale und regionale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger*. Da haben wir drei Wahlvorschläge vorliegen. Es besteht auch die Möglichkeit, mehr als zwei Mandatsträger zu entsenden. Aber das müssen wir hier beschließen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Machen wir!)

- Das müssen wir hier noch einmal machen. Formal müssen wir auch hier noch einmal sagen: Es wäre gut, wenn die Stadt Köln in diesen Arbeitskreis drei Mandatsträgerinnen und Mandatsträger entsenden würde.

Stimmt jemand dagegen, drei Personen zu entsenden? Das kann ich mir zwar nicht vorstellen, Aber ich frage natürlich. - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Auch keine.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 84**

Dann können wir über die drei Wahlvorschläge abstimmen.

Wahlvorschlag 1 von den Grünen, Frau Dilan Yazicioglu. - Sie ist gewählt.

Wahlvorschlag 2 von Volt, Herr Christian Achtelek. - Das ist ein von der CDU-Fraktion abgetretenes Recht. Darum stimmen CDU-Fraktion und Volt dafür.

Wahlvorschlag 3 von der SPD-Fraktion, Frau Maria Helmig. - Auch diese Wahl ist erfolgt.

Dann sind bei Tagesordnungspunkt 17.3 jetzt auch wirklich alle gewählt. - Vielen Dank.

Bei den nächsten drei Gremienbesetzungen unter den Tagesordnungspunkten 17.4, 17.5 und 17.6 werde ich nicht mitstimmen.

Tagesordnungspunkt

**17.4 Gremienbesetzung - Berufung von Mitgliedern mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung 3893/2021**

Es sollen Natalie Binz und Achim Schmitz für Gerhard Jansen und Andreas Albrecht berufen werden.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.5 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss 3808/2021**

Für die Synagogengemeinde Köln Jennifer Raab für Alina-Toyah Schiller und Alina-Toyah Schiller für Tatjana Puris.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so gewählt.

Tagesordnungspunkt

**17.6 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss: Jugendamtselternbeirat 3979/2021**

Für den Jugendamtselternbeirat wird Ronja Zbik für Sonja Riedemann stellvertretend beratendes Mitglied.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so gewählt.

Tagesordnungspunkt

**17.7 Vorschlag von Mitgliedern für den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit 3974/2021**

Hier liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag vor.

Der Rat der Stadt Köln hat lediglich ein Vorschlagsrecht an die Bezirksregierung. Der Vorschlag umfasst zwei Ratsmitglieder nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren und ein Mitglied der Verwaltung.

Vorgeschlagen sind als Mitglieder des Verwaltungsausschusses Herr Daniel Bauer-Dahm von den Grünen und Herr Martin Erkelenz von der CDU-Fraktion; für die Verwaltung wird als drittes Mitglied Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau vorgeschlagen.

Gibt es weitere Vorschläge? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „TOP 17 - Neuwahl eines Mitgliedes im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden“ AN/2654/2021**

Dr. John Akude für Henk van Benthem.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Frau Gabrysch enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „TOP 17 - Neuwahl eines Mitgliedes im Ausschuss Klima, Umwelt und Grün“ AN/2653/2021**

Dr. John Akude für Felix Spehl.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Frau Gabrysch enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### 13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 85

#### **17.10 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Wahl für den Aufsichtsrat 4226/2021**

Hier soll Herr Ascan Egerer als neuer Verkehrsdezernent entsandt werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **17.11 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS): Entsendung in die Verbandsversammlung 4231/2021**

Auch hier soll Herr Egerer entsandt werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **17.12 Antrag der FDP-Fraktion „Benennung neuer Sachkundiger Einwohner“ AN/2662/2021**

Hier werden zwei neue Sachkundige Einwohner benannt, einmal für den Bauausschuss und einmal für den KuK usw. Sebastian Overhage und Gerd Kaspar sind die beiden Namen.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir haben noch eine Dringlichkeitsentscheidung zu genehmigen, meine Damen und Herren. Ich rufe daher auf:

#### **18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

#### **18.1 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 2023 in Köln 3618/2021**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Damit sind wir am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung angelangt. Ich bitte, jetzt die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 21.18 Uhr)

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 86****Anlage****zu Tagesordnungspunkt 3.1.1****zu Protokoll gegebene Rede**

**Philipp Busch (AfD):** Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sowohl der Grundantrag als auch die Änderungsanträge sind in der Gänze abzulehnen! Sie dienen keiner Verbesserung, sondern lediglich der Drangsalierung des Autofahrers! Während der letzten zwei Jahre hat sich statistisch gezeigt, dass die Menschen gerne Auto fahren. Dies soll ihnen vermiest und erschwert werden.

Mir stellt sich die Frage, wie Menschen ohne Smartphone dann parken sollen. Wird es dann doch eine Alternative dazu geben bzw. werden Parkscheinautomaten stehen bleiben müssen, oder dürfen diejenigen, die ohne Smartphone parken wollen, dann nicht mehr parken? Wer denkt an die Alten? Was ist, wenn wie gefordert kein Kiosk in der Nähe ist, wie von der SPD angedacht? Zu bedenken sei hier auch § 14 BBankG. Wie soll der Bargeldzahler parken?

Alles in allem soll hier eine Verteuerung des Individualverkehrs zu einem Umdenken führen. Nur führt dies nicht zu einem Umdenken, sondern zu einer finanziellen Unmöglichkeit derer, die nicht so gut gestellt sind. Wer erklärt denn der Krankenschwester, die aus Lindweiler morgens um 5 zur Arbeit nach Porz muss, dass sie ihr Auto abschaffen soll und entweder mit dem Rad oder dem begrenzt funktionierenden ÖPNV zukünftig zur Arbeit fahren soll?

Vielleicht sollte man den Dezernenten und den Bürgermeistern die Dienstfahrzeuge wegnehmen, und diese sollten mit dem ÖPNV ihre Termine wahrnehmen. Das wäre mal eine mutige Entscheidung! Auch würde es Parkraum in der Innenstadt freimachen. Daran zu rütteln ist wohl unmöglich. Aber wohin der Zug fahren soll, sehen wir auch in der vertagten Stellplatzsatzung, die wir im Übrigen auch so ablehnen! Selbst da, wo genug Parkraum zur Verfügung steht, soll dieser künstlich verknappt werden.

*Abschließend sehe ich hier keinen Masterplan, eher mit viel Wohlwollen eine Verschlimmbesserung. Wir lehnen, wie eingangs angekündigt, den Antrag und die Änderungen dazu ab. - Danke.*

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 87****Anlage****zu Tagesordnungspunkt 3.1.2****zu Protokoll gegebene Rede**

**Heiner Kockerbeck (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Immer mehr Kinder und Jugendliche mussten in den vergangenen 15 Jahren bundesweit in Heimen oder bei Pflegeeltern untergebracht werden: 2005 waren es 26 000 Minderjährige. Bis 2019 stieg die Zahl auf rund 50 000 an. Überforderung der Eltern oder eines Elternteils war und ist der häufigste Anlass dafür. Es geht bei den Heim- und Pflegekindern, um junge Mitbürger\*innen, die in sozial benachteiligten, schwierigen Umständen aufwachsen.

Wir haben es hier vielfach mit einer Folge von sozialer Spaltung und Armut zu tun. Gerade erst wieder hat eine Studie der Bertelsmann Stiftung ergeben, dass die Mittelschicht in Deutschland im Laufe von 25 Jahren deutlich geschrumpft ist. Allein von 2014 bis 2017 sind etwa 22 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter in die untere Einkommensschicht geraten. Die Corona-Krise hat dies noch verschärft.

Jugendliche in Obhut des Jugendamtes, ohne gutes Taschengeld der Eltern, wollen früh beginnen, eigenes Geld hinzuzuverdienen, und sie wollen früher als andere eine ungelernte Erwerbstätigkeit oder eine Ausbildung aufnehmen. Der für sie erreichbare, im Vergleich zu anderen geringe Verdienst hat für sie eine überragende, sozusagen sozial-moralische Bedeutung. Um diesen Jugendlichen Mut zu machen, für sich eine eigene Lebensperspektive zu finden, müssen im Umgang mit ihnen pädagogische und emanzipatorische Gesichtspunkte im Vordergrund stehen, nicht fiskalische unter der Frage: Wie können wir Jugendliche zu Heranziehung ihrer eigenen Heimunterbringung finanziell heranziehen?

Es dürfen nicht erst pauschal deutliche Geldbeträge von ihrem geringen Verdienst abgezogen werden, um dann auf die Formulare mit der Beantragung gesonderter Beihilfen zum Führerschein oder anderem hinzuweisen. Den Jugendlichen wird damit ihre abhängige Situation fortwährend

vor Augen geführt. Das ist „schwarze Pädagogik“, Anti-Pädagogik.

Die Bedeutung dieses Gesichtspunktes hat auch der Bundestag selbst erkannt, indem er sein Gesetz „Kinder- und Jugendstärkungsgesetz“ nannte. Er begrenzte 2021 den erlaubten Kostenbeitrag für eine Unterbringung durch das Jugendamt auf höchstens 25 Prozent des Einkommens. Das ist beachtlich: Der Gesetzgeber nennt hier ausdrücklich eine Höchstgrenze. Es gibt den Spielraum, diese Höchstgrenze zu unterschreiten.

Deshalb werbe ich bei allen demokratischen Mitgliedern des Stadtrats: Helfen Sie, die soziale Spaltung in Köln zu bekämpfen. Setzen sie die Kostenheranziehung für Heim- und Pflegekinder aus finanziellen Mitteln der Stadt auf null herab. Unterstützen Sie den gemeinsamen Antrag von FDP, der LINKEN und SPD.

**13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 Seite 88****Anlage****zu Tagesordnungspunkt 3.1.5****zu Protokoll gegebene Rede**

**Jennifer Glashagen** (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir wollen Köln zu einer noch lebenswerteren Stadt machen. Dazu bedarf es auch einer starken und innovativen Wirtschaft, in der sowohl heimische Kleinstbetriebe, Mittelständler\*innen, etablierte Großunternehmen als auch Start-ups einen Platz haben.

Junge wie alte Gründerinnen und Gründer stehen oft vor besonderen Herausforderungen. Im Gespräch mit ihnen - den Gründer\*innen - ist klar geworden, dass Bürokratie oft ein Hindernis in der Umsetzung von innovativen Ideen darstellt und dass der Wunsch nach mehr Unterstützung von städtischer Seite besteht. Außerdem hat auch diese Szene unter Corona gelitten.

Diesen Bedürfnissen kommen wir mit der Koordinationsstelle nach.

Die Kooperation zwischen der innovativen Start-up-Szene und der Kölner Verwaltung hat einige Synergieeffekte zur Folge: Wir erwarten einerseits einen Transfer von Know-how für technologiebasierte Lösungen, den Einsatz künstlicher Intelligenzen und die Möglichkeit, altbekannte Probleme neu zu denken.

Andererseits erhalten Gründerinnen und Gründer einen authentischen Einblick in die Herausforderungen, vor denen eine Stadt im 21. Jahrhundert steht, was im besten Fall neue Ideen entstehen lässt. Darüber können sich Start-ups finanzieren und gleichzeitig weiterentwickeln.

Beides wirkt sich positiv auf die Attraktivität des Wirtschafts- und Digitalstandorts Köln aus und stärkt als innovatives Element einer modernen Behördenkultur auch die Arbeitgebermarke Stadt Köln.

*Daher bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesem unkonventionellen Schritt auf dem Weg zu einer wirklichen Smart-City zuzustimmen.  
- Herzlichen Dank.*